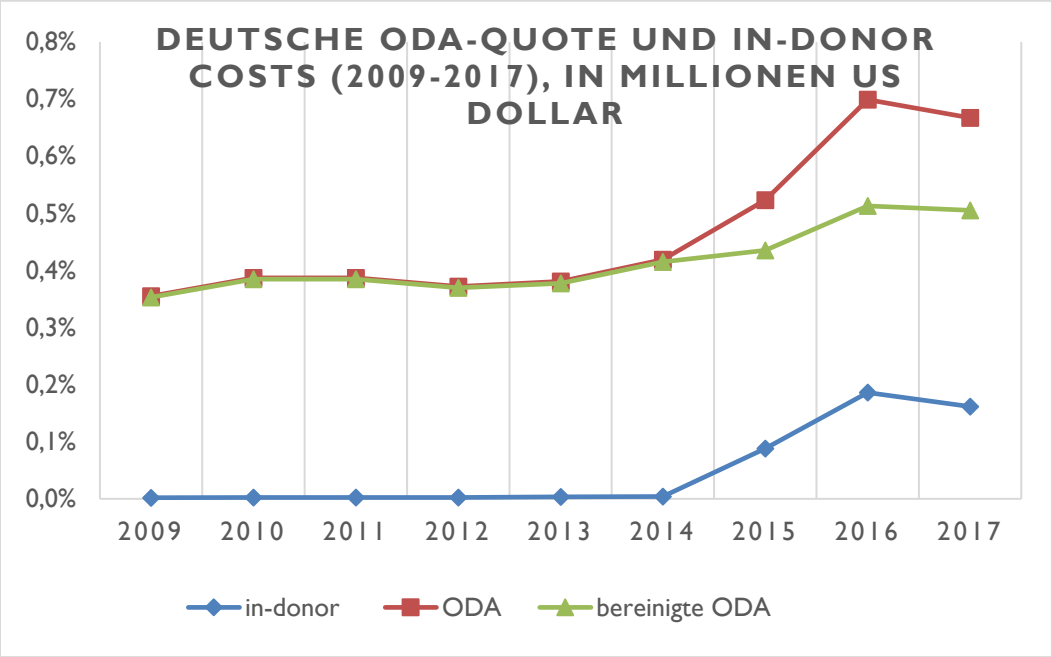
Theorie und Praxis

Wissenschaftliche Reihe zur Entwicklungszusammenarbeit,
Humanitären Hilfe und entwicklungspolitischen Anwaltschaftsarbeit



Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung

Kim Elaine Singfield

Die deutsche Entwicklungsfinanzierungspolitik seit 2009

Inwiefern wendet sich die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands den Interessen des eigenen Landes zu?
- Eine Analyse entlang der Themen Flucht und Migration

World Vision Institut

Nr. 15

World Vision
ZUKUNFT FÜR KINDER

Theorie und Praxis

Wissenschaftliche Reihe
zur Entwicklungszusammenarbeit, Humanitären Hilfe
und entwicklungspolitischen Anwaltschaftsarbeit,

herausgegeben vom
World Vision Institut

Die deutsche Entwicklungsfinanzierungspolitik seit 2009

Inwiefern wendet sich die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands den Interessen des eigenen Landes zu?

- Eine Analyse entlang der Themen Flucht und Migration

Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Arts

von
Kim Elaine Singfield

angefertigt am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität zu Köln

am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik

25. Mai 2019

Kim Elaine Singfield

Die deutsche Entwicklungsfinanzierungspolitik seit 2009

Inwiefern wendet sich die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands den Interessen des eigenen Landes zu? – Eine Analyse entlang der Themen Flucht und Migration

Theorie und Praxis Nr.15

Impressum

© World Vision Deutschland e.V. **2019**

Herausgeber:
World Vision Institut
Friedrichsdorf, Deutschland
Forschungsleitung: Dr. Caterina Rohde-Abuba

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis VII
Tabellenverzeichnis VII
Anhangsverzeichnis VIII
Abkürzungsverzeichnis IX

Einleitung 1

1. Allgemeine Grundlagen 8
1.1 Deutschland seit 2015 – die „Flüchtlingskrise" 8
1.1.1 Der Begriff „Flüchtlingskrise" 8
1.1.2 Die Situation in Deutschland seit 2015 9
1.2 Begriffsdefinition: Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik 11
1.3 Deutsche Entwicklungszusammenarbeit – Ziele & Aufbau 13
2. Grundannahmen der Utilitaristisch-Liberalen Außenpolitiktheorie 15
2.1 Grundannahmen der Theorie 15
2.2 Anwendung der Theorie & Hypothese 16
3. Forschungsmethode 18
3.1 Auswahl der Untersuchungseinheiten 18
3.2 Durchführung von Experteninterviews 19
3.3 Anwendung der Inhaltsanalyse nach Mayring 20
3.4 Analysedimensionen, Ausprägungen, Ankerbeispiele 22
4. Die ODA-Quote in Deutschland 23
4.1 Allgemeines zu ODA-Mitteln 23
4.1.1 Begriffserklärung & Entwicklung der deutschen ODA-Quote 24
4.1.2 Allgemeine Kritik und Relevanzfragen 25
4.2 Die Entwicklung der 0,7 Prozent-Quote 26
4.3 Verwendung deutscher ODA-Mittel 28
4.3.1 Entscheidung über Ausgaben 28
4.3.2 Empfängerländer deutscher ODA-Mittel 29
4.3.3 Länderprogrammierbare Hilfe 37
4.4 Erstes Zwischenfazit 38
5. Änderungen in der politischen Diskussion 39
5.1 Ergebnisse der Analyse 39
5.1.1 Änderungen der allgemeinen Ziele von EZ 40
5.1.2 Änderungen in der Auseinandersetzung mit Flucht und Migration 41
5.1.3 Änderungen in der Rolle der Eigeninteressen 46
5.2 Weitere Einflussfaktoren auf deutsche EZ 50

5.3 Kritik an den Änderungen und der Ausrichtung deutscher EZ 52
5.4 Zweites Zwischenfazit 53
6. Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 55
6.1 Projekte für Flüchtlinge innerhalb Deutschlands 55
6.2 Projekte in Entwicklungsländern 57
6.2.1 Bi- vs. Multilaterale Projekte 57
6.2.2 Bilaterale staatliche Projekte 59
6.3 Drittes Zwischenfazit 63
7. Fazit & Ausblick 64

Anhang 70
A1 – Tabellen und Abbildungen 70
A2 – Kodierleitfaden 82
A3 - Dokumente 93

Literaturverzeichnis 97

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1 Von der Forschungsfrage zur Interviewfrage (Kaiser 2014: 57) 20
Abbildung 3.2 Von der Forschungsfrage zu den Analysedimensionen, eigene Darstellung 20
Abbildung 4.1 Netto ODA-Quote Deutschland (2009-2017), in Prozent am Bruttonationaleinkommen, in Prozent 25
Abbildung 4.2 Deutsche ODA mit in-donor costs (2009-2017), in Millionen US Dollar 31
Abbildung 4.3 ODA-Mittel für ausgewählte Länder, 2009-2017, in Millionen US-Dollar 34
Abbildung 4.4 Asylanträge nach Herkunftsland, 2009-2018 34
Abbildung 4.5 Geographische Verteilung der deutschen Netto ODA (2009-2017), in Millionen US Dollar 35
Abbildung 4.6 Anteil der CPA an der deutschen ODA (2009-2017), in Prozent 37
Abbildung 6.1 Ausgaben und Anzahl Projekte, 2009-2018 60

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4.1 Anteil der in-donor costs an der deutschen ODA-Quote, 2009-2017 (in Prozent) 30
Tabelle 4.2 Top zehn Empfängerländer deutscher ODA in den Jahren 2009-2017 32
Tabelle 4.3 Zahlungen an LDCs, in Prozent an der Netto-ODA Deutschlands, 2009-2017 35
Tabelle 5.1 Hauptthemen der EZ, 2009-2018 40
Tabelle 6.1 Anzahl der Projekte in ausgewählten Ländern, 2009-2018 61

Anhangsverzeichnis

A1 - Tabellen und Abbildungen…….. 70
A1.1 Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 1995 in Deutschland…….. 70
A1.2 Liste der befragten Experten in Alphabetischer Reihenfolge…… 70
A1.3 Ausgewählte Dokumente für die Dokumentenanalyse, nach Erscheinungsjahr…….... 71
A1.4 Erweiterte Dokumente für die Dokumentenanalyse, nach Erscheinungsjahr……... 72
A1.5 Netto-ODA Deutschlands (in Prozent am BNE), 2009-2017……... 74
A1.6 Entwicklung der CPA und ODA Quote (in Millionen US Dollar), 2009-2017……..... 74
A1.7 Übersicht der deutschen bilateralen Projekte, 2009-2019……... 75
A1.8 Deutsche ODA-Mittel an Afghanistan (in Millionen US Dollar), 2009-2017…… 77
A1.9 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017……...……... 77
A1.10 Deutsche ODA-Mittel an den Iran (in Millionen US-Dollar), 2009-2017…….. 78
A1.11 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit iranischer Staatsangehörigkeit, *2009-2017*…….. 78
A1.12 Deutsche ODA-Mittel an den Irak (in Millionen US-Dollar), 2009-2017……... 79
A1.13 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017…….. 79
A1.14 Deutsche ODA-Mittel an Eritrea (in Millionen US-Dollar), 2009-2017…….. 80
A1.15 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit eritreischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017……...…... 80
A1 16 Deutsche ODA-Mittel an Syrien (in Millionen US-Dollar) 2009-2017……... 81
A1 17 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017…….. 81
A1.18 Anzahl Projekte mit dem Begriff Flucht oder Migration im Titel…….…... 82

A2 - Kodierleitfaden…….. 82
A2.1 Dimension 1: Finanzierung von EZ durch öffentliche Mittel, bilateral…….. 82
A2.2 Dimension 2: Entwicklung der allgemeinen Gründe und Ziele der deutschen EZ…... 85
A2.3 Dimension 3: Bewertung der Themen Flucht und Migration durch die deutsche Bundesregierung……. 88
A2.4 Dimension 4: Im Fokus stehende Regionen…….. 90

A3 - Dokumente……. 93
A3.1 Allgemeiner Leitfaden für die Experteninterviews…… 93
A3.2 Anschreiben der Experten…… 95

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMZ	Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
DAC	Development Assistance Commitee der OECD
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GEP	Globale Entwicklungspartner
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
IATI	International Aid Transparency Initiative
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Country
LIC	Other Low-Income Country
LMIC	Lower Middle-Income Country
NGO	Non-Governmental Organization
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
UMIC	Upper Middle-Income Country
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees

Einleitung

Das Ziel von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist seit ihrem Beginn von zwei Interessen geleitet. Zum einen geht es darum, Entwicklungsländer zu unterstützen und somit eine Verbesserung der Lebensumstände der Menschen vor Ort zu ermöglichen. Zum anderen spielen aber auch Eigeninteressen des Geberlandes bei der Mittelvergabe eine Rolle (Klingebiel 2015: 16).

Dieser Interessenkonflikt ist für Deutschlands in seiner aktuellen Situation relevant. Betrachtet man die Quote der deutschen ODA (*Official Development Aid*), welche den Anteil der öffentlichen Ausgaben für EZ am Bruttonationaleinkommen darstellt, wird deutlich, dass diese insbesondere seit 2015 zugenommen hat (OECD 2018). Allerdings ist umstritten, ob dabei tatsächlich die Entwicklungsländer mehr unterstützt wurden oder ob aufgrund der zunehmenden Innenpolitischen Auseinandersetzungen das Interesse des Eigennutzes im Vordergrund steht. Nachdem im Sommer und Herbst 2015 eine große Zahl an Personen nach Deutschland kamen und hier einen Antrag auf Asyl stellten, setzten sich die Medien, die Politik und auch die Bevölkerung zunehmend mit den Themen Flucht und Migration auseinander und es wurden Forderungen zur Eindämmung und Prävention von Flucht und Migration laut (Frank und Lades 2017: 1; Haller 2017: 132; Krempin 2017: 37).

Ziel dieser Masterarbeit ist es, rückblickend auf die letzten zehn Jahre, die Entwicklung und Zusammensetzung der deutschen ODA-Quote und die Veränderungen im politischen Diskurs zum Thema Flucht und Migration der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu untersuchen. Somit soll folgende Forschungsfrage beantwortet werden: **Inwiefern wendet sich die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands den Interessen des eigenen Landes zu? - Eine Analyse entlang der Themen Flucht und Migration**.

Um eine mögliche Entwicklung herauszustellen, wurde der Zeitraum von 2009-2019 für diese Untersuchung festgelegt, da 2009 eine neue Legislaturperiode der Bundesregierung begann und Dirk Niebel (FDP) die Stelle als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung antrat.

Dieser Arbeit geht eine Veröffentlichung der deutschen Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes e. V. Deutschland (2017) voraus, die zwar eine Steigerung deutschen Engagements erkennt, aber auch die Zunahme deutscher Interessen in der EZ sieht. Sie beschreibt einen „Trend zur Migrationsabwehr“ und fordert, die Ziele der Agenda 2030 wieder in den Fokus

zu stellen (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017: 5).

Klingebiel (2015) hingegen schreibt, dass die Motive der Eigeninteressen zwar historisch unterschiedlich, jedoch immer vorhanden waren und der Eigennutz von EZ sogar eine Legitimationsgrundlage deutscher EZ sei (Klingebiel 2015: 16). Andere Untersuchungen, die sich ebenfalls mit der Entwicklung der deutschen EZ befassen, bestätigen die Aussage, dass sich die deutsche EZ schon seit ihrem Beginn an den eigenen Interessen orientiert. Stockmann et al. (2016) schreiben sogar, dass diese Interessen einen Vorrang vor den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit haben, da in der Außenpolitik vor allem die Interessen des eigenen Landes berücksichtigt werden (Stockmann et al. 2016: 427).

Insbesondere in Bezug auf die Themen Flucht und Migration soll sich in der aktuellen politischen Diskussion in Deutschland ein inländischer Fokus abzeichnen, da Entwicklungszusammenarbeit (EZ) häufig in Zusammenhang mit „Fluchtursachenbekämpfung" oder sicherheitspolitischen Aspekten thematisiert wird. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren daher, dass EZ mehr auf die Bedürfnisse der Menschen in den Partnerländern ausgerichtet sein müsse und nicht für innenpolitische Diskussionen instrumentalisiert werden dürfe (Deutsche Welthungerhilfe e.V., terre de hommes Deutschland e.V. 2017).

Die Entwicklung der deutschen ODA-Quote ist Gegenstand vieler Untersuchungen zum Thema Entwicklungspolitik. So veröffentlichten Bohnet et al. (2018) eine Untersuchung über die ODA-Beiträge Deutschlands und ihrer zeitlichen Entwicklung. Allerdings stehen dabei die Anrechnungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und anderer Bundesressorts im Vordergrund. Sie kommen zu dem Schluss, dass immer mehr Akteure an den deutschen Leistungen beteiligt sind (Bohnet et al. 2018: 4). Interessant ist im Hinblick auf die ODA die Untersuchung von Knoll und Sherriff (2017), die den Einfluss von irregulärer Migration und Flucht auf die Entwicklung der ODA-Ausgaben betrachten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden im Fazit der hier durchgeführten Analyse gegenübergestellt.

In Bezug auf die Umsetzung von Entwicklungszusammenarbeit ist man sich in der Literatur einig, dass Deutschland sein Engagement sowie die finanziellen Mittel deutlich erhöht hat, wobei das Erreichen der 0,7 Prozent der ODA-Quote in Deutschland umstritten ist (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017; Reuke 2016). Denn eine genauere Betrachtung der deutschen ODA-Quote zeigt, dass ein großer Anteil aus Inlandskosten für die Immigration geflüchteter Personen im ersten Jahr besteht (BMZ 2017c). Mit der Anrechnung dieser sogenannten *in-donor refugee costs* setzen sich u. a. Knoll

und Sherriff (2017) in einer vergleichenden Studie auseinander. In Bezug auf Deutschland kommen sie zu dem Schluss, dass Deutschland vor 2015 sehr konservativ mit der Anrechnung vorgegangen sei und das mit der Anrechnung der Kosten für Flüchtlinge im Inland kein Rückgang der EZ oder der humanitären Hilfe erkennbar sei. Die Unterstützung im Inland sei stattdessen dazugekommen (Knoll und Sherriff 2017: 137). Die Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre de hommes Deutschland e. V. (2017) weisen in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass in Bezug auf die tatsächlich transferierten ODA-Mittel, die Unterstützung der *Least Developed Countries* (LDCs) abnimmt und mehr für die Bekämpfung der Fluchtursachen eingesetzt werde (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017: 6). Dementgegen schreiben Knoll und Sherriff (2017), dass die Zahlungen an LDCs nicht abnehmen, aber auch nicht steigen.

Aufgrund dieses Forschungsstandes stellt sich die Frage, welche Interessen im Vordergrund stehen und wie sich diese verändert haben. Bisher ist auch unklar, welche Auswirkungen diese Veränderungen, insbesondere in Bezug auf die Themen Flucht und Migration, auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit haben und ob der Anteil der Eigeninteressen über einen bestimmten Zeitraum hinweg zugenommen hat. Die vorliegende Masterarbeit unterscheidet sich dadurch von vorherigen Arbeiten (Knoll und Sherriff 2017; Schorlemmer 2009), dass ein alleiniger Fokus auf Deutschland als Geberland liegt sowie dadurch, dass eine Untersuchung über die Veränderung der Quote in Bezug zur Innenpolitik über einen längeren Zeitraum durchgeführt wird. Dieser Aspekt fehlt in der Veröffentlichung der Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. (2017), in der vor allem die Entwicklungen seit 2015 betrachtet werden.

Dieser Untersuchung liegt dabei eine spezifische Theorie zugrunde. Da die EZ In Deutschland Teil der Außenpolitik ist, ist sie somit „(…) in deren normativen Kontexten aus Werten, Prinzipien und Zielen eingebettet." (Schmidt 2015: 29). Daher sind für diese Untersuchung auch Theorien der Außenpolitik relevant. Für diese Arbeit wurde die von Freund und Rittberger (2001) entwickelte Theorie ausgewählt, welche die liberale Theorie der Außenpolitik mit der Theorie des Utilitarismus verbindet. Die liberale Theorie der Außenpolitik geht davon aus, dass das außenpolitische Handeln eines Staates sich vor allem anhand seiner gesellschaftlichen Strukturen und Interessen erklären lässt (Ihne und Wilhelm 2013: 60), während die Theorie des Utilitarismus auf der Annahme rational handelnder Akteure basiert (Kirchgässner 2008: 12). Die Verbindung dieser beiden Theorien wurde ausgewählt, weil Freund und Rittberger davon ausgehen, dass das nationale Interesse eines Landes die Außenpolitik mitbestimmen.

Es soll hierbei eine akteursorientierte (Moravcsik 1997: 517–519) und gleichzeitig staatszentrierte Erklärung von Außenpolitik verfolgt werden. Im Unterschied zu der eigentlichen Theorie sollen nicht Individuen, sondern kollektive Akteure untersucht werden („Opening the black box" (Hellmann und Baumann 2006: 137–138)). Außerdem stehen die politisch-administrativen Akteure im Fokus (unmittelbar an politischen Entscheidungen beteiligt). Da diese Theorie zuvor noch nicht auf den Bereich der EZ angewendet wurde und außerdem eine Änderung innerhalb der Theorie stattfindet, besteht neben der oben beschriebenen sozialen Relevanz eine theoretische Relevanz für diese Untersuchung.

Die Ermittlung der Präferenzen der Akteure (hier der Bundesregierung und insbesondere des BMZ) erfolgt empirisch-induktiv anhand der Analyse von Finanzdaten in der Entwicklungszusammenarbeit, Äußerungen in Dokumenten, Projekten der deutschen EZ und der Befragungen von Experten. Das methodische Vorgehen umfasst somit drei Aspekte:

(1) Die Analyse von öffentlich zugänglichen Finanzdaten deutscher EZ;
(2) Eine Inhaltsanalyse ausgewählter Dokumente nach Mayring (2015);
(3) Befragung von ExpertInnen[1] unter Vorgaben von Witzel (1985, 2000), Kaiser (2014) und Busse (2003) und einer anschließenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2015).

Die Auswertung der Expertengespräche und die Inhaltsanalyse der Dokumente wird mit Hilfe der Analysesoftware MAXQDA vorgenommen. Auf diese Weise erfolgt eine nachvollziehbare und übersichtliche Einsortierung in die Kategorien für die Inhaltsanalyse.

Um festzustellen, ob die Zunahme von Migranten und Flüchtlingen[2] in Deutschland zu einer Veränderung der Ziele von EZ und der Stellung von Eigeninteressen geführt hat, wurden drei Unterfragen formuliert, welche jeweils in einem eigenen Analysekapitel beantwortet werden. Zu jedem dieser Unterkapitel wurde außerdem eine These formuliert, die am Ende dieser Arbeit angenommen oder verworfen wird. Diese wurden aus der dargestellten Theorie abgeleitet, dass Innenpolitische Interessen einen Einfluss auf das außenpolitische Handeln haben.

[1] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet und das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

[2] In dieser Arbeit wird der Begriff „Flüchtling" verwendet, wenn es sich um anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention handelt, da dieser Begriff in den Gesetzestexten der Vereinten Nation verwendet wird, welcher eine zentrale Rolle im deutschen Asylrecht einnimmt (Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge 1951, Protokoll über die Rechtstellung der Flüchtlinge 1967, New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten 2016). Auch die zuständige Bundesbehörde, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, verwendet diesen Begriff. Für Personen ohne geklärten Status wird der Begriff „Geflüchtete" verwendet und für Personen, die einen Status jedoch keine Anerkennung als Flüchtlinge erhalten haben, wird der Begriff „Migranten" verwendet.

1. Frage: Welche Änderungen hat es in der Verwendung der finanziellen Mittel gegeben? (4. Kapitel)

These: Die Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen, werden auch am meisten durch die ODA-Quote unterstützt. Daher nimmt die Unterstützung von LDCs ab.

2. Frage: Handelt es sich bei der Vergabe von Mitteln um eine rationale, eigennützige Entscheidung? (5. Kapitel)

These: EZ in Deutschland wird zunehmend für innenpolitische Zwecke/Diskussionen instrumentalisiert; die Bedürfnisse der Partnerländer rücken in den Hintergrund.

3. Frage: Welche Ziele werden mit entwicklungspolitischen Projekten verfolgt? (6. Kapitel)

These: Projekte deutscher EZ zielen vor allem auf die Minderung von Flucht und Migration nach Deutschland ab.

Während für die Kapitel über die Grundlagen, die Theorie und das methodische Vorgehen auch Sekundärliteratur herangezogen wird, bauen die anschließenden Kapitel der Analyse hauptsächlich auf Primärquellen auf. Bei den Sekundärquellen handelt es sich insbesondere bei Quellen zu den Themen Flucht und Migration seit 2015 um Aufsätze oder Zeitungsartikel, da diese Auseinandersetzungen sehr aktuell sind. Im Kapitel über die theoretische Grundlage wird vor allem auf die direkten Schriften von Freund und Rittberger (2001) eingegangen, wobei die Theorie von Hellmann und Baumann (2006) ebenfalls eine Rolle in der Umsetzung spielt.

In den folgenden Analysekapiteln werden vor allem die analysierten Dokumente und die Ergebnisse der Experteninterviews verwendet. Dabei ist bei den Experteninterviews eine subjektive Meinungsäußerung zu beachten und daher werden bei den Aussagen zusätzlich die Äußerungen der Sekundärliteratur hinzugezogen, um beispielsweise ein Argument zu unterstützen oder andere Sichtweisen aufzuzeigen. Dafür werden vor allem der Bericht der Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. (2017), der Aufsatz von Joachim Betz zur Entwicklungsfinanzierung (2015), der Überblick zu der Entwicklung deutscher Entwicklungspolitik von Bohnet (2015) sowie die bereits präsentierten ODA-Analysen verwendet.

Bei den Primärquellen handelt es sich um frei verfügbare Daten der OECD (*Organization for Economic Co-operation and Development)* und des BMZ, relevante Dokumente der Bundesregierung aus den Jahren 2009 bis 2019 und Aussagen von Experten in Experteninterviews.

Insgesamt wurden 67 Dokumente, Interviews und Presseerklärungen analysiert und zwölf Experteninterviews geführt.

- 4. Kapitel: ODA-Daten und Experteninterviews (eventuell noch Dokumente)
- 5. Kapitel: Vor allem Dokumentenanalyse, aber auch Experteninterviews
- 6. Kapitel: Dokumente, Experten, IATI-Daten, Sekundärliteratur

Experteninterviews wurden als Quelle ausgewählt, da die Experten einen Zugang zu Wissen ermöglichen, welches nur direkt beteiligte Personen besitzen (Gläser und Laudel 2010: 13). Außerdem ist die persönliche Einschätzung der Experten zu dem Forschungsthema relevant, da sie diese aufgrund ihrer Erfahrungen getroffen haben. Bei der Auswahl der Experten wurden Personen aus der Forschung, aus *Non-Governmental Organizations* (NGOs) und aus der Politik ausgewählt, um eine Heterogenität der Quellen sicherzustellen.

Die Wahl für eine Analyse der Dokumente ist dadurch begründet, dass somit ein Wandel in der öffentlichen Auseinandersetzung erkannt werden kann. Um eine übersichtliche Analyse zu ermöglichen, ist die Auswahl unterschiedlicher Quellen entlang operationaler Regeln erfolgt. Bei allen Quellen spielen ausschließlich Daten/Aussagen der letzten zehn Jahre eine Rolle. Des Weiteren beschränkt sich die Analyse auf Daten und Dokumente über die Bundesrepublik Deutschland, da sich die Untersuchung insgesamt auf Deutschland beschränkt. Die zu analysierenden Dokumente müssen offiziell von der Bundesregierung (oder einem Ministerium) veröffentlicht worden sein und müssen Informationen über die Orientierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beinhalten. Bei den geförderten Projekten darf es sich nicht um privat geförderte Projekte handeln. Insgesamt findet eine Konzentration auf die bilaterale Zusammenarbeit statt. Das liegt zum einen daran, dass die direkte Zusammenarbeit Deutschlands im Zentrum der Arbeit steht, zum anderen sind die Daten über die bilaterale Zusammenarbeit besser nachzuvollziehen und öffentlich zugänglich. Mit der Inhaltsanalyse wird das umfassende Material systematisch gekürzt und nur die für diese Untersuchung wichtigen Inhalte der einzelnen Jahre bestehen bleiben. Diese Aussagen werden dann auf eine mögliche Veränderung hin untersucht.

Um die formulierte Fragestellung zu beantworten, werden im ersten Kapitel zunächst einige Grundlagen präsentiert, die für das Verständnis der weiteren Arbeit notwendig sind. Dafür wird zunächst eine historische Einordnung mit der Betrachtung der sogenannte „Flüchtlingskrise“ in Deutschland seit 2015 durchgeführt. Anschließend wird eine Definition zentraler Begriffe sowie ein Überblick über die Ziele der deutschen Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahre gegeben. Im zweiten Kapitel wird zunächst die Theorie von Freund und Rittberger (2001) dargelegt und anschließend erläutert, wie diese Theorie und

die daraus resultierende Hypothese angewendet werden soll. Das dritte Kapitel erklärt, wie die präsentierte Theorie nun auf die Forschungsfrage angewendet wird und wie die Experteninterviews (3.2) sowie die Inhaltsanalyse nach Mayring (3.3) durchgeführt werden.

Es folgen drei Kapitel für die unterschiedlichen Analysen, die sich auch kritisch mit den Äußerungen der Bundesregierung auseinandersetzen und somit alle Gesichtspunkte darstellen. In Kapitel 4 geht es um die deutsche ODA-Quote und die Frage, wofür Deutschland die ODA-Mittel verwendet. Nach einer Präsentation der Grundlagen (4.1) folgt anschließend die Analyse der Entwicklung des 0,7 %-Ziels (4.2), bevor in einem letzten Schritt dieser Analyse die genaue Verwendung der ODA-Mittel betrachtet wird (4.3). Im fünften Kapitel werden zunächst die Ergebnisse der Analyse zu drei Schwerpunkten präsentiert: Die allgemeinen Ziele von EZ (5.2.1), die Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Migration (5.2.2) und die Rolle der Eigeninteressen (5.2.3). Die Aussagen der Experten werden hier ebenfalls integriert. In einem nächsten Schritt werden weitere Einflussfaktoren (5.3) sowie Kritiken über die Änderungen der Ausrichtung deutscher EZ (5.4) zusammengetragen. Im dritten und letzten Analysekapitel geht es um die Projekte, die Deutschland zwischen 2009 bis 2018 durchgeführt hat. Dafür werden zum einen Projekte für Flüchtlinge innerhalb Deutschlands (6.1), aber auch Projekte in Entwicklungsländern analysiert (6.2). Allen Analysekapiteln folgt aufgrund einer besseren Übersichtlichkeit ein kurzes Zwischenfazit, was die Erkenntnisse des Kapitels noch einmal zusammenfasst. Jedoch werden erst im abschließenden Fazit dieser Arbeit alle gestellten Unterfragen beantwortet und somit eine Antwort auf die Forschungsfrage gegeben.

1. Allgemeine Grundlagen

In diesem Kapitel zu den allgemeinen Grundlagen wird zunächst die Situation seit 2015 beleuchtet, bevor eine kurze Definition der wichtigsten Begriffe sowie eine Übersicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gegeben wird. Dieses Hintergrundwissen ist notwendig, um die spätere Analyse in den Kontext einordnen zu können.

1.1 Deutschland seit 2015 – die „Flüchtlingskrise"

Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Flüchtlingskrise", wird die Zunahme an Flüchtlingen und Migranten, die vor allem seit 2015 nach Deutschland kommen, dargestellt. Hierbei soll die Situation in Deutschland beleuchtet sowie der Umgang damit in der deutschen Politik präsentiert werden. Das Thema Migration[3] wird dabei zunächst nicht behandelt, da Deutschland schon vor 2009 als ein Einwanderungsland bezeichnet wird (Hanewinkel et al. 2017: 1) und Flucht eine besondere Form der Migration darstellt (Roland et al. 2018: 229).

1.1.1 Der Begriff „Flüchtlingskrise"

Der Begriff der „Flüchtlingskrise" wird in den deutschen Medien, der Öffentlichkeit, als auch in der Literatur zu diesem Thema wie selbstverständlich verwendet, ohne dass eine Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit stattfindet. Hier soll eine kurze Auseinandersetzung mit dem Begriff der *Krise* stattfinden, bevor sich der Begrifflichkeit der *Flüchtlingskrise* zugewendet wird.

> „Die Diagnose einer Krise kann Ausdruck einer Deutung politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Entwicklungen sein, die als Resultat oder Vorboten größerer Umwälzungen gesehen werden. Unsicherheit und Instabilität kennzeichnen Zeiten der Krise." (Luft 2017: 8)

Dabei kann die Krise eine einmalige Zuspitzung einer Situation sein, aber auch ein entscheidendes Ereignis oder ein chronischer Zustand. Verwendet wird der Begriff mittlerweile in allen Bereichen, wie der Regierungskrise, Eurokrise oder der Wirtschaftskrise (Koselleck 1982) und ist somit zu einem vieldeutigen Schlagwort geworden.

Bei dem Begriff *Flüchtlingskrise* stellt sich zunächst die Frage: Eine Krise für wen? Zum einen bestehen *humanitäre Krisen* in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge, die sich aus diesem Grund gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Laut der Genfer Konvention ist ein Flüchtling jemand, der aus „(…) Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, seiner Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder wegen seiner politischen

[3] Ausführliche Informationen über die historische Entwicklung der Migration nach Deutschland finden sich in den Länderprofilen Migration: Hanewinkel und Oltmer (2015); Hanewinkel et al. (2017).

Überzeugungen (…)“ (GFK, Art. 1) sein Heimatland verlässt. Außerdem können Krieg, Gewalt, der Klimawandel oder die Aussicht auf ein besseres Leben, Menschen dazu bewegen, an einem anderen Ort Zuflucht zu suchen (Luft 2017: 15).

Wenn diese Menschen Europa erreichen, entstehen Probleme der Versorgung und Unterbringung, denen viele Aufnahmeländer zunächst nicht gewachsen sind. Daher wird in diesem Zusammenhang von einer *Verwaltungskrise* (Hahlen und Kühn 2016) gesprochen.

Außerdem sei es laut der Landeszentrale für Politische Bildung des Landes Rheinland-Pfalz eine erneute *humanitäre Krise*, wenn Menschen in den Aufnahmestaaten mit Gewalt auf die Zunahme von Asylantragsstellern in Deutschland reagieren (Landeszentrale Politische Bildung Rheinland-Pfalz 2016: 2).

Auf Ebene der Europäischen Union wird häufig die fehlende Solidarität, auf der die EU eigentlich aufgebaut sein sollte, in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ kritisiert und daher als eine *EU-Krise* bezeichnet (Crepaz 2018: 29). Daher ist die Verwendung des Begriffs *Weltkrise* (Bade 2018: 351) durchaus nachvollziehbar.

Aufgrund der dargestellten unterschiedlichen Krisen, die mit dem allgemeinen Begriff der „Flüchtlingskrise“ assoziiert werden, ist nicht ausschließlich festzustellen, was gemeint ist, wenn von „Flüchtlingskrise“ die Rede ist. Dabei muss beachtet werden, dass häufig keine Unterscheidung zwischen „Flüchtlingen“, „Geflüchteten“ und „Migranten“ stattfindet (siehe Fußnote 2).

1.1.2 Die Situation in Deutschland seit 2015

In diesem Teil der Arbeit soll kurz aufgezeigt werden, was während und unmittelbar passiert ist, nachdem 2015 eine hohe Anzahl an Personen in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt hat. Dies ist besonders wichtig, um den Hintergrund zu verstehen, aufgrund dessen eventuelle Änderungen in der Finanzierung vorgenommen wurden.

Bereits im Jahre 2013 sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht gewesen, wie seit des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Die Auseinandersetzungen zwischen dem Assad Regime und der Opposition, der IS-Terror im Irak und Syrien, der Bürgerkrieg in Somalia, Menschenrechtsverbrechen in Eritrea (Roland et al. 2018: 238–240).

Im April 2015 erreichten Bilder von sterbenden Menschen im Mittelmeer die deutsche Bevölkerung, was zu Entsetzen und Unverständnis geführt hat. Im August desselben Jahres setzt Deutschland schließlich das Dublin-Verfahren für Syrer aus und wenige Tage danach,

am 31. August 2015, hält Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre später häufige zitierte Rede während der Sommerpressekonferenz der Bundeskanzlerin in Berlin:

> „Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden." (Bundesregierung 2018b)

Später wurde insbesondere der Aussage „wir schaffen das" eine nicht vorhersehbare Bedeutung zugemessen, die Befürworter und Gegner für sich nutzten (Heißler 2016). Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland wurde zu einem Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung (Krempin 2017: 37).

Während im November 2015 die Zahl der Flüchtlinge ihren Höchststand erreichte (BAMF 2019), begann sich die deutsche Bevölkerung in zwei Lager zu spalten. Zum einen gab es zunehmend Beschwerden und Äußerungen über die Unzufriedenheit mit der Aufnahme der hohen Anzahl an Personen. Menschen fühlten sich von der Regierung im Stich gelassen und vernachlässigt. Auf der anderen Seite entwickelte sich eine Willkommenskultur, die Solidarität und Verantwortlichkeit als zentrale Themen repräsentierte (Holmes und Castaneda 2016: 19). Die ständige Präsenz des Themas habe außerdem dazu beigetragen, dass die Wahrnehmung in der Bevölkerung beeinflusst und ein Bedrohungsgefühl entstand (Wendekamm 2015: 57). Zu dem Gefühl einer Bedrohung in den Aufnahmeländern trugen laut Haller (2017) auch die Medienberichterstattungen bei. Und er kommt zu dem Schluss, dass schon im ersten Halbjahr 2015 die deutsche Bevölkerung von „(…) Meldungen und Berichten rund um das Dauerthema Flüchtlinge/Asylanten (…)" (Haller 2017: 132) überschwemmt wurde.

Vorfälle wie die sexuellen Übergriffe in Köln in der Silvesternacht 2015/2016 (Behrendes 2016) und der Anschlag von Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 (Böckler et al. 2017) verstärkten das Misstrauen in die Politik der Bundesregierung. Teile der Bevölkerung sagten aus, dass sie sich im Rahmen dieser Ereignisse zunehmend bedroht und sich damit von der Regierung allein gelassen fühlten (Behrendes 2016: 322). Diese Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung schlug sich auch in der Bundestagswahl im September 2017 nieder, bei der die CDU und die SPD deutlich an Wählern verloren, während die rechtspopulistische Partei AfD Stimmen dazu gewinnen konnte (Bundeswahlleiter 2017).

Obwohl die Verunsicherung gegenüber dem Thema der Zuwanderung von Flüchtlingen in der Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sei, schreibt die Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e. V. (GfK), dass dieses trotzdem „(…) auch 2017 das Topthema der deutschen Sorgenagenda (…)" (Frank und Lades 2017) sei. Denn trotz

der rückgängigen Anzahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge würde die Bevölkerung nun die nächste Herausforderung in der Integration der Flüchtlinge sehen (Frank und Lades 2017: 1).

Aus dieser kurzen historischen Einordnung wird deutlich, dass ein Handlungsdruck auf die Innenpolitik entstand. Das wird u. a. durch die Verschärfung des Flüchtlingsrechts in Deutschland seit 2015 (Klingst et al. 2018: 7) erkennbar. Die Bevölkerung erwartete von der Bundesregierung, dass sie etwas unternimmt, um die aktuelle Situation unter Kontrolle zu bringen.

1.2 Begriffsdefinition: Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik

Die Begriffe der *Entwicklungszusammenarbeit* und *Entwicklungshilfe* werden umgangssprachlich häufig gleichgesetzt. Auch die Bedeutung der *Entwicklungspolitik* ist nicht immer eindeutig. Daher soll hier eine Abgrenzung zwischen diesen Begriffen stattfinden, die Zusammenhänge erklärt und erläutert werden, was mit einem *Entwicklungsland* gemeint ist. Nur so kann eine Definition der einzelnen Begriffe erfolgen.

Dabei ist in der der Literatur nicht eindeutig und übergreifend festgelegt, was genau mit dem Begriff *Entwicklung* ausgedrückt werden soll. Stockmann et al. (2016) schreiben, der Begriff stamme aus dem 19. Jahrhundert „(…) als Legitimationsgrundlage für die Übertragung westlicher wirtschaftlicher, kultureller und politischer Lebensformen auf außereuropäische Lebensformen“ (Stockmann et al. 2016: 1)[4]. Der Begriff sei allerdings weiterentwickelt und später durch eine säkulare Definition ersetzt worden. Es gehe mittlerweile grundlegend darum, dass Länder eine Möglichkeit erhalten, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch aufzuholen und somit an dem Konsum- und Wohlstandsmodell des Westens teilzunehmen (Stockmann et al. 2016: 1). Andere Definitionen gehen einen Schritt weiter:

> „Entwicklung ist ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozioökonomischer Prozess, der auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, die Freiheit von Mangel anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und einer nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung verpflichtet ist.“ (Shinwari 2012: 57–58)

Sucht man nach einer Definition zu den Unterschieden zwischen Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit, findet man verschiedene Aussagen. So schreiben Ihne und Wilhelm (2013: 8), dass *Entwicklungshilfe* im Allgemeinen die Unterstützung durch Industrieländer bezeichnet während mit *Entwicklungszusammenarbeit* die Zusammenarbeit mit Entwick-

[4] Hier finden sich auch die zahlreichen Wurzeln des politischen Begriffs sowie die unterschiedlichen Dimensionen der Entwicklung im „entwicklungspolitischen Hexagon“.

lungsländern bei der Durchführung von Projekten gemeint ist. Das BMZ erklärt den Unterschied anders:

> „Die deutsche Regierung betrachtet die Länder und Organisationen, mit denen sie entwicklungspolitisch zusammenarbeitet, nicht als Empfänger von Hilfsleistungen, sondern als gleichberechtigte Partner. (…) Der Begriff Entwicklungszusammenarbeit beschreibt diese intensive Partnerschaft viel besser als der früher übliche Begriff Entwicklungshilfe." (BMZ 2018a)

Demnach wurde der Begriff der Entwicklungshilfe durch den Begriff der Entwicklungszusammenarbeit abgelöst, da dieser das tatsächliche Geschehen besser darstellt. Die beiden präsentierten Definitionen müssen sich jedoch nicht gegenseitig ausschließen. Für die Bundesrepublik Deutschland erfolge laut oben genannter Definition immer eine Zusammenarbeit und nicht bloß eine Unterstützung von Entwicklungsländern, die daher als Partner angesehen werden. Auch World Vision e. V. verwendet den Begriff Entwicklungszusammenarbeit, um eine Kooperation auf Augenhöhe anstatt eine Überlegenheit eines Landes darzustellen (World Vision e.V. 2019). Demnach betreibe Deutschland Entwicklungszusammenarbeit und keine ausschließliche Entwicklungshilfe (mehr).

Entwicklungspolitik ist ein sehr komplexer Bereich der Politik und verfolgt eine „Querschnittsaufgabe" (Ihne und Wilhelm 2013: 5). Dies resultiert daraus, dass für den Begriff Entwicklung, wie oben dargestellt, keine klare Definition vorgegeben ist und dieser Begriff unterschiedliche Dimensionen umfasst (z. B. wirtschaftlicher oder technischer Fortschritt) (Andersen und Woyke 2013; Schmidt 2015: 29). Das Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung definiert den Begriff folgendermaßen:

> „Zur Entwicklungspolitik gehören alle politischen Aktivitäten und staatlichen Maßnahmen, welche die technische und soziale Entwicklung der sogenannten Entwicklungsländer fördern. Grundsätzlich hat die Entwicklungspolitik das Ziel, die Lebensverhältnisse der Menschen in diesen Ländern zu verbessern." (Schneider und Toyka-Seid 2018)

Hier wird deutlich, dass sich dieser Bereich mit unterschiedlichen Aspekten der Politik beschäftigt, aber keinem bestimmten Ziel zugeordnet ist. Außerdem wird Entwicklungspolitik häufig als ein Teil der Außenpolitik betrachtet (Andersen und Woyke 2013; Stockmann et al. 2016: 427), der somit die Interessen des eigenen Landes gegenüber anderen Staaten vertreten muss.

Für die vorliegende Untersuchung ist es von Bedeutung, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht der einzige Teil der Entwicklungspolitik ist und somit in einem Spannungsverhältnis zwischen den Interessen des eigenen Landes und den Interessen der Entwicklungsländer steht.

Laut BMZ besteht für den Begriff *Entwicklungsland* ebenfalls keine einheitliche Definition. Auch im Vertrag über die Europäische Union (EUV) ist keine allgemein gültige Definition zu

finden. Dennoch führt das BMZ eine Anzahl von Merkmalen auf, die von den meisten Entwicklungsländern erfüllt werden:

> „1. eine schlechte Versorgung großer Gruppen der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, dadurch Unterernährung und Hunger;
> 2. ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, Armut;
> 3. keine oder nur eine mangelhafte Gesundheitsversorgung, eine hohe Kindersterblichkeitsrate und eine geringe Lebenserwartung;
> 4. mangelhafte Bildungsmöglichkeiten, eine hohe Analphabetenquote;
> 5. hohe Arbeitslosigkeit, ein insgesamt niedriger Lebensstandard, eine oft extrem ungleiche Verteilung der vorhandenen Güter." (BMZ 2019b)

Es wird zusätzlich darauf verwiesen, dass international in der Regel eine Liste von Ländern verwendet wird, die vom Entwicklungsausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erstellt wird. Diese Liste[5] wird alle drei Jahre zu einem Großteil anhand des Pro-Kopf-Einkommens eines Landes entwickelt (Klingebiel 2013: 6). Dabei handelt es sich um Länder, die durch Geberländer als ODA angerechnet werden können. Innerhalb der Entwicklungsländer gibt es noch folgende weitere Abstufungen: *Least Developed Countries* (LDCs), *Other Low-Income Countries* (Other LICs), *Lower Middle-Income Countries* (LMICs) und die *Upper Middle-Income Countries* (UMICs).[6]

1.3 Deutsche Entwicklungszusammenarbeit – Ziele & Aufbau

Die Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland[7] und die Ziele, welche damit verfolgt werden, haben sich im Laufe der Jahre verändert. Hier soll daher ein kurzer Überblick der vergangenen und aktuellen Ziele gegeben sowie die Bedeutung von EZ dargestellt werden.

In der Frühphase der deutschen Entwicklungspolitik standen eine Vielfalt an außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund. Auch das Ansehen Deutschlands sollte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder gesteigert werden.[8] Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sei jedoch eine Verschiebung der Interessen erkennbar gewesen (Schmidt 2015: 34). So wurden politische und menschenrechtliche Kriterien für die Vergabe von Mitteln eingeführt. Aber auch später wurden die wirtschaftlichen Interessen einbezogen. So äußerte sich Dirk Niebel, Entwicklungsminister von 2009 bis 2013: „Ich interpretiere das Z im Namen des BMZ darum so, wie es von Anfang an gemeint war: als wirtschaftliche Zusammenarbeit, nicht als wiederholte Zuzahlung" (Schmidt 2015: 33).

[5] Diese Liste ist allerdings nicht verbindlich und die einzelnen Länder haben einen Beurteilungsspielraum, welche Länder sie als Entwicklungsländer ansehen Shinwari (2012: 58–59)
[6] Diese Abkürzungen wurden aus einem Glossar der OECD entnommen: OECD (2012: 290).
[7] Eine Übersicht zu der Entwicklung der Europäischen EZ, findet sich bei Shinwari (2012).
[8] Zum aktuellen Ansehen Deutschlands in der Welt, schreiben Beier et al. (2018: 43), dass Deutschland menschlicher geworden sei und aufgrund seiner humanitären Verhaltensweise Bewunderungen erhält.

Nachdem zunächst eine sehr hohe Anzahl an Empfängerländern berücksichtigt wurde, reduzierte Heidemarie Wieczorek-Zeul (ehem. Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Ende der 1990er Jahre die Zahl der Empfängerländer auf 70 und es wurde sich zunehmend auf die Prävention von Konflikten konzentriert (Schmidt 2015: 32–34). 2012 erfolgte eine Reduzierung auf 50 Länder (Bundesregierung 2012b).

Um zu einem besseren Verständnis der Ziele und Aufgaben von deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu gelangen, sollen nun einige Zielsetzungen präsentiert werden.
Das Lexikon des BMZ definiert EZ als:

> „Entwicklungszusammenarbeit (EZ) will Menschen die Freiheit geben, ohne materielle Not selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten und ihren Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Sie leistet Beiträge zur nachhaltigen Verbesserung der weltweiten wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse. Sie bekämpft die Armut und fördert Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Entwicklungszusammenarbeit trägt zur Prävention von Krisen und gewalttätigen Konflikten bei.“ (BMZ 2018a)

Mit der Entwicklungspolitik verfolge Deutschland laut Bohnet (2015) vier Ziele[9]:

> „(…) [1] die weltweite Armut zu bekämpfen, [2] den Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, [3] die Globalisierung gerecht zu gestalten und [4] die Umwelt zu schützen. Diese Anliegen ergänzen sich gegenseitig und stehen in einem inneren Wirkungszusammenhang.“ (Bohnet 2015: 19)

Demnach verfolgt Deutschland mit seiner EZ humanitäre, aber keine sicherheitspolitischen Ziele. Ob die gennannten Ziele tatsächlich die einzigen sind, ist umstritten (vgl. u. a. Kollatz 1985). Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass sich EZ in Deutschland nie ausschließlich auf die Interessen der Partnerländer konzentriert hat (Klingebiel 2015: 17).

[9] In der Literatur wird zum Teil von fünf Kriterien der deutschen EZ gesprochen (Colschen (2010: 330). Allerdings handelt es sich hierbei wahrscheinlich um Kriterien, die das Niveau von Governance in den Partnerländern bewerten.

2. Grundannahmen der Utilitaristisch-Liberalen Außenpolitiktheorie

In diesem Kapitel soll die ausgewählte Theorie zunächst allgemein dargestellt und anschließend auf die Fragestellung angewendet werden. Ziel ist es, aus der Theorie eine Hypothese zu entwickeln, welche anschließend empirisch überprüft wird. Auf diese Weise dient die Theorie als ein Handwerkszeug der anschließenden Analyse.

Da Entwicklungspolitik einen Teil der Außenpolitik darstellt (Stockmann et al. 2016: 427), wird auch eine Theorie aus diesem Feld verwendet. Mit dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, ob die innenpolitischen Interessen das außenpolitische Handeln in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit beeinflussen. Aus diesem Grund wurde die von Freund und Rittberger (2001) entwickelte Theorie ausgewählt, welche die liberale Theorie der Außenpolitik mit der Theorie des Utilitarismus verbindet.

2.1 Grundannahmen der Theorie

Liberale Theorien der Außenpolitik gehen davon aus, dass sich das außenpolitische Handeln eines Staates vor allem anhand seiner gesellschaftlichen und nationalen Interessen erklären ließe (Ihne und Wilhelm 2013: 60). Das Handeln in der Außenpolitik hat das Ziel, die im inneren des Staates gebildeten Präferenzen umzusetzen (Brummer und Oppermann 2014: 32). Somit ist es bei der Betrachtung der Außenpolitik mit Hilfe der Theorie des Liberalismus ein Kernelement, den Blick auf die Innenseite des Handelns in der Außenpolitik zu richten (Wilhelm 2006: 60–61). Dies führt zu der ersten Grundannahme der Theorie: Die Außenpolitik eines Staates wird durch die Interessen von Akteuren innerhalb eines Landes konzipiert.

In der klassischen Theorie des Utilitarismus geht es um das Individuum als *homo oeconomicus*. Hier wird davon ausgegangen, dass ein Individuum stets bemüht ist, seinen Eigennutzen mit möglichst wenig Aufwand zu maximieren und somit rational zu handeln (Kirchgässner 2008: 12). Die zweite Grundannahme sind demnach rational handelnde Akteure. Somit bildet das Interesse der Akteure in der Theorie von Freund und Rittberger die unabhängige Variable, während die Außenpolitik die abhängige Variable darstellt.

In ihrer Theorie unterscheiden Freund und Rittberger (2001) anschließend zwischen einer strukturierten („structural“) und akteursorientierten („agency based“) Erklärung von Außenpolitik (Freund und Rittberger 2001: 71–72). Während bei der strukturierten Erklärung die außenpolitischen Präferenzen eines Landes direkt aus den innenpolitischen Strukturen abgeleitet werden, konzentriert sich die akteursorientierte Erklärung auf die Interessen

der gesellschaftlichen Akteure. Der zweite Erklärungsansatz steht dabei im Zentrum der Theorie und entspricht der klassisch liberalen Theorie (Moravcsik 1997: 516).

Das grundlegende Interesse aller Akteure ist es dabei, das eigene Überleben zu sichern. Um die Präferenzen der Akteure in der Außenpolitik zu bestimmen, findet eine Unterscheidung zwischen (1) politisch-administrativen und (2) privaten Akteuren (Unternehmen, Wirtschaft, Interessengruppen) statt. Diesen Akteuren werden theoretische „Grundinteressen" zugeordnet (Krause 2011: 35–56). Bei den politisch-administrativen Akteuren stehen demnach drei Interessen im Vordergrund. Zunächst der Erhalt oder die Erweiterung der aktuellen Entscheidungskompetenz und somit keine Übertragung an internationale Organisationen. Außerdem die Ausweitung der finanziellen Mittel sowie das starke Interesse der Wiederwahl (Krause 2011: 36). Bei den privaten Akteuren hingegen steht vor allem die Verbesserung der finanziellen Mittel im Vordergrund (Bienen et al. 1999: 14–15). Anhand dieser Basis-Interessen sollen sich in einem nächsten Schritt die Präferenzen der Akteure ermitteln lassen.

Dafür werden zwei unterschiedliche Herangehensweisen diskutiert. Zum einen die empirisch-induktive Ermittlung der Präferenzen und zum anderen die theoretisch-deduktive Herangehensweise. Für die erste Methode nennen Freund und Rittberger drei mögliche Formen: (1) Die Beobachtung des Verhaltens der Akteure, (2) die Untersuchung von Äußerungen in Dokumenten und (3) die Befragung von Experten. Bei der theoretisch-deduktiven Methode werden die Präferenzen aus den theoretischen Grundinteressen abgeleitet.

Da die induktive Methode keine Möglichkeit der Überprüfung bietet, bevorzugen die Autoren an dieser Stelle die theoretisch-deduktive Methode. Jedoch weisen sie darauf hin, dass dieses Vorgehen besonders in Politikfeldern, die nicht direkt mit der Wirtschaftspolitik zusammenhängen, angewendet werden soll. Denn dort sei es schwierig, die Grundinteressen auf bestimmte Entscheidungssituationen anzuwenden (Freund und Rittberger 2001: 79–80).

Freund und Rittberger formulieren folgende Hypothese, auf der die Thesen für diese Arbeit gestützt sind: "The core hypothesis of utilitarian-liberal foreign policy theory is that domestic interests shape the foreign policy behavior of a country" (Freund und Rittberger 2001: 68).

2.2 Anwendung der Theorie & Hypothese

Dafür soll nun kurz vorgestellt werden, wie die präsentierte Theorie auf die Fragestellung angewendet wird. Im Unterschied zur eigentlichen Theorie sollen hierfür nicht Individuen, sondern kollektive Akteure untersucht werden. Hellmann und Baumann (2006) präsentieren

ein Vorgehen als Alternative zum rationalen Akteur, welche sie als „opening the black box" bezeichnen (Hellmann und Baumann 2006: 163-139). Während das Modell des rationalen Akteurs das Geschehen innerhalb des Staates als eine „black box" behandelt, wird hier genau diese Box geöffnet, um die Entscheidungen in der Außenpolitik besser nachvollziehen zu können. Dabei können Kollektive auftreten, die als ein einziger Akteur angesehen werden.

> „Außenpolitik wird nicht als die Handlung eines einzigen Akteurs angesehen, sondern als das Ergebnis eines politischen Entscheidungsprozesses, an dem mehrere Akteure beteiligt sind." (Hellmann und Baumann 2006: 138)

Des Weiteren stehen politisch-administrative Akteure im Fokus, die unmittelbar an Entscheidungen beteiligt sind. Hier werden die Grundinteressen, welche Freund und Rittberger (2001: 69) diesen Akteuren zuschreiben, in der Analyse berücksichtigt. Eine Voraussetzung der Umsetzung dieser Grundinteressen in Präferenzen ist die Durchsetzungsfähigkeit der Akteure im Bereich Entwicklungspolitik. Dabei wird empirisch-induktiv vorgegangen und es wurden zwei der drei möglichen methodischen Formen ausgewählt: Aussagen in Dokumenten und Aussagen von Experten.

Die aus der präsentierten Theorie abgeleitete Hypothese lautet daher, dass ein Zusammenhang zwischen der Ausrichtung von EZ und den innenpolitischen Interessen der politisch-administrativen Akteure besteht.

3. Forschungsmethode

Mit der Forschungsmethode wird die dargestellte Theorie nun auf die Fragestellung angewendet. Dafür erfolgt hier die Ermittlung der Präferenzen der Akteure (hier der Bundesregierung und insbesondere des BMZ) empirisch-induktiv anhand der Äußerungen in Dokumenten zum Thema der deutschen Entwicklungspolitik und/oder Entwicklungszusammenarbeit, anhand von Projekten der deutschen EZ und durch die Befragungen von Experten.

3.1 Auswahl der Untersuchungseinheiten

Wie bereits in der Einleitung erläutert, beschränkt sich die Inhaltsanalyse der Dokumente auf Veröffentlichungen der Bundesregierung oder einem Ministerium, welche Auskünfte über die Schwerpunkte der deutschen EZ beinhalten. Dabei musste eine Auswahl getroffen werden, die sich zum Teil auf wiederkehrende Dokumente konzentriert und somit eine bessere Vergleichbarkeit ermöglicht. Eine gesamtheitliche Analyse ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

Die Auswahl der Experten wird zum Großteil aus der Fragestellung begründet. Ziel der Auswahl ist es, dass die kontaktierten Experten über möglichst relevante und präzise Informationen zu der Fragestellung verfügen und für eine Befragung bereit und verfügbar sind (Kaiser 2014: 71). Die Annahme, dass die ausgewählten Experten über die gesuchten Informationen verfügen, wird aufgrund ihrer Veröffentlichungen oder Positionen begründet und dem damit einhergehenden exklusiven Zugang zu den Informationen. Im Rahmen dieser Arbeit sollen aus den Bereichen der Forschung, aus NGOs und aus der Politik mindestens jeweils zwei Experten befragt werden, ohne dass die Qualität der Experten abnimmt. D. h. es sollen keine Experten befragt werden, die die oben genannten Auswahlkriterien nicht erfüllen, nur weil sonst ein Mangel an Interviews bestünde.

Die Relevanz der drei gewählten Sektoren ergibt sich aus dem Forschungsinteresse dieser Arbeit, nach der eine Änderung in politischen Entscheidungen untersucht wird. Experten aus dem Bereich der Forschung haben oft historische Kenntnisse und begründen ihre Erkenntnisse auf wissenschaftlichem Vorgehen und Quellen. Mitarbeiter von NGOs besitzen häufig eine sehr kritische Perspektive auf politisches Handeln und hinterfragen politische Entscheidungen. Vertreter aus der Politik oder Mitarbeiter aus Ministerien können Vorgänge erläutern und geben einen exklusiven Einblick in die Entscheidungsfindung. Kontaktiert wurden insgesamt 33 Personen, von denen mit 12 erfolgreich ein Interview durchgeführt werden konnte.

3.2 Durchführung von Experteninterviews

Mit den Experteninterviews soll spezifisches Wissen erschlossen werden, welches nur Personen besitzen, die aufgrund ihrer Stellung oder Erfahrungen Zugang zu diesem Wissen haben (Gläser und Laudel 2010: 12–13). Für die Planung, Durchführung und Auswertung der Experteninterviews wurden die Vorgaben von Witzel (1985, 2000), Kaiser (2014) und Busse (2003) befolgt.

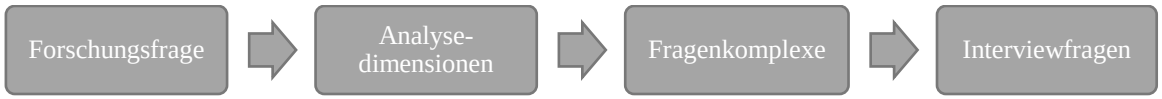
Für die Kontaktaufnahme wurde sich an die Empfehlungen der oben genannten Literatur gehalten. Daher wurden die ausgewählten Personen zunächst schriftlich per Brief kontaktiert, da dieser seltener ignoriert wird als eine E-Mail und in der Regel gleich gelesen wird (Kaiser 2014: 77). Bei späteren Anfragen wurde auf die Zusendung eines Briefs verzichtet und aufgrund von Zeitmangel eine Kontaktaufnahme ausschließlich per E-Mail vorgenommen. Die enthaltenden Informationen blieben unverändert (siehe Anhang A3.2).

Gläser und Laudel (2010: 153) gehen davon aus, dass durch telefonische Interviews die Kontrolle über das Gespräch eingeschränkt werde und dass Informationsverluste bestünden. Diekmann (2018: 502) hingegen verweist darauf, dass methodische Forschungen herausgefunden haben, dass eine mangelhafte Qualität durch telefonische Interviews nicht nachgewiesen werden konnte. Aufgrund der Vorteile der Flexibilität und geringen Kosten, wurde daher häufig diese Form des Interviews verwendet und dabei Hinweise von Christmann (2012) und Busse (2003) bei der Durchführung beachtet.

Da vor allem die individuelle Wahrnehmung der Experten von Problemstellungen mit gesellschaftlicher Relevanz für diese Arbeit von Bedeutung ist, wurde das Problemorientierte Interview nach Witzel (1985) angewandt. Die Befragung wurde daher entlang eines Leitfadens durchgeführt, welcher entlang der Vorgaben von (Kaiser 2014: 52–54) erstellt wurde. Dieser Leitfaden dient dazu, die Befragung zu strukturieren und sicherzustellen, dass alle Aspekte behandelt werden, die für das Forschungsinteresse von Bedeutung sind. Der Gesprächsverlauf soll dennoch offen gestaltet werden und kann daher von der erstellten Struktur abweichen.

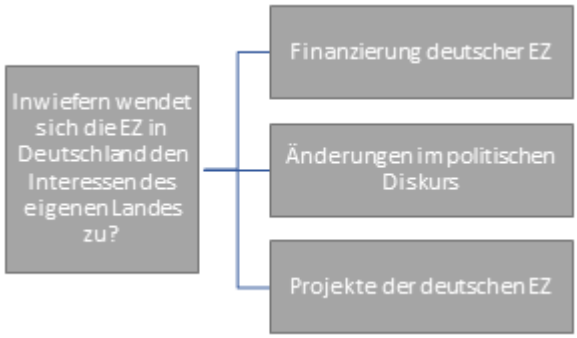
Für die Erstellung der Interviewfragen muss das Forschungsproblem zunächst so konstruiert werden, dass sich daraus geeignete Fragen entwickeln lassen.

Abbildung 3.1 Von der Forschungsfrage zur Interviewfrage (Kaiser 2014: 57)



Zunächst müssen Analysedimensionen von der Forschungsfrage abgeleitet werden. Dabei geht es um die Faktoren, die auf die Gestalt oder die Veränderungen eines Phänomens einwirken (Kaiser 2014: 57). Für die Beantwortung der Forschungsfrage wurden folgende Dimensionen identifiziert:

Abbildung 3.2 Von der Forschungsfrage zu den Analysedimensionen, eigene Darstellung



Anschließend wurden diese Dimensionen in Fragekomplexe übersetzt (Kaiser 2014: 59) und beinhalten Anweisungen, wie die Ausprägungen der jeweiligen Dimension empirisch überprüft werden. In einem letzten Schritt wurden die Fragekomplexe zu tatsächlichen Interviewfragen fortentwickelt, die nachvollziehbar und beantwortbar sind. Aus allen formulierten Fragen wurde für jeden Experten ein individueller Leitfaden erstellt, um möglichst präzise und effektive Fragen zu stellen und dem Gesprächspartner zu signalisieren, dass sich mit dem Thema und der Person intensiv auseinandergesetzt wurde (Gläser und Laudel 2010: 150).

Die Aufnahmen des Gesprächs wurden anschließend transkribiert und mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Bei der Auswertung muss insbesondere die Subjektivität der Antworten beachtet werden. Die Namen und Funktionen der interviewten Experten, finden sich im Anhang (A1.2) in alphabetischer Reihenfolge. Um die Anonymität der Aussagen zu gewährleisten, wurde jedem Experten per Losverfahren eine Nummer von 1-12 zugewiesen.

3.3 Anwendung der Inhaltsanalyse nach Mayring

Aufgrund des Interpretativen Ansatzes (Keller 2011: 76), wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) für die Analyse der Dokumente gewählt. Diese eignet sich insbesondere für die Analyse von Prozessen des Wandels und geht dabei streng systematisch vor. Ziel

dieser Methode ist es, „(…) das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2003: 58).

Aber auch hier gibt es kritische Stimmen, u. a. weil sich diese Vorgehensweise zu sehr an quantitativen Verfahren der Analyse orientieren und keine Berücksichtigung des Einzelfalls stattfinden würde (Gläser und Laudel 2010: 198–199).[10] Mayring selbst sieht in der Kombination mit quantitativen Verfahren jedoch keinen Widerspruch, denn dies könne „(…) zur Überwindung der so oft kritisierten Dichotomisierung ‚qualitativ‘ vs. ‚quantitativ‘ führen (…)“ (Mayring 1991: 213). Zentrale Vorteile der Methode währen zudem die Transparenz des Vorgehens und die Intersubjektivität der Ergebnisse.

Das qualitative Verfahren wurde ausgewählt, da dieses insgesamt offener gestaltet werden kann und auf keinen Vorannahmen aufbaut. Während in der quantitativen Inhaltsanalyse die Dokumente auf bereits vorgegeben definierte Kategorien analysiert werden, werden die Kategorien einer qualitativen Inhaltsanalyse aus dem ausgewählten Material extrahiert (Lamnek und Krell 2016).

Das ausgewählte Material durchläuft dafür zunächst einige Arbeitsschritte zur Bestimmung und Beschreibung der Dokumente, bevor die tatsächliche Analyse stattfindet. Für diese Arbeit wird die inhaltlich-strukturierende Vorgehensweise (Mayring 2015: 103) verwendet. Dafür werden, entlang der formulierten Fragestellung, zunächst Analysedimensionen bestimmt. Anschließend wird ein Kategoriensystem entworfen, wobei Definitionen, Ankerbeispiele und Kodierregeln jeder Haupt- und später auch Subkategorie zugewiesen werden. Anschließend wird das Material auf die formulierten Kategorien geprüft und eventuell Kategorien überarbeitet oder neu hinzugefügt. Bevor es zur Auswertung kommt, wird das Material paraphrasiert und die einzelnen Kategorien nach Jahren zusammengefasst. Die genannten Schritte sowie die anschließende Auswertung wurden mithilfe des Programms MAXQDA durchgeführt.

Für diese Arbeit wurden drei Analysedimensionen formuliert: 1) Die Finanzierung deutscher EZ, 2) Deutsche Interessen und Ziele in der EZ, und 3) Projekte deutscher EZ. Hieraus wurde anschließend das Kategoriensystem entworfen (siehe Anhang A2).

[10] Weitere Kritikpunkte finden sich u. a. bei Ramsenthaler, C. (2013). Was ist "Qualitative Inhaltsanalyse"? In M. Schnell, C. Schulz, H. Kolbe & C. Dunger (Hrsg.), *Der Patient am Lebensende. Eine Qualitative Inhaltsanalyse.* Wiesbaden: Springer, 23–42.

Für die Inhaltsanalyse wurden relevante Dokumente entlang der oben definierten Kriterien gesucht, in denen sich die Bundesregierung bzw. das BMZ oder das Auswärtige Amt mit Entwicklungspolitik beschäftigen. Ausgenommen sind damit internationale Vereinbarungen.

Zu den analysierten Dokumenten gehören die drei in dem Zeitraum veröffentlichten Entwicklungspolitischen Berichte. Da der Entwicklungspolitische Bericht nur alle drei Jahre veröffentlicht wird, wurde zusätzlich der Bericht von 2008 analysiert, da dieser auch für die folgenden Jahre relevant ist. Weitere relevante Dokumente des BMZ aus den einzelnen Jahren zur Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands sind ebenfalls Teil der Analyse. Dabei handelt es sich um Dokumente, die sich allgemein mit der Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe befassen und nicht ausschließlich mit einem Thema (wie z. B. Flucht, Migration, Klima oder Wirtschaft) oder einer bestimmten Region beschäftigen. Von dieser Eingrenzung ausgenommen ist das Thema der Finanzierung von EZ, da dieses ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit ist.

Diese vorläufige Auswahl wurde um Dokumente erweitert, die sich allgemein mit der Außenpolitik und im Besonderen mit Entwicklungspolitik auseinandersetzen. Im Archiv der Bundesregierung konnten dazu Dokumente unterschiedlicher Art gefunden werden (Pressekonferenzen, Interviews, Regierungserklärungen) (ein Überblick über die ausgewählten Dokumente finden sich im Anhang A1.3 und A1.4).

3.4 Analysedimensionen, Ausprägungen, Ankerbeispiele

Für die Inhaltsanalyse wurden aus der Forschungsfrage und der vorgestellten Theorie zunächst vier Strukturierungsdimensionen (Typisierungsdimensionen) gemäß den Vorgaben Mayrings (2015: 67) abgeleitet:

1. Finanzierung von EZ;
2. Im Fokus stehende Gründe und Ziele;
3. Bewertungen von Flucht und Migration;
4. Im Fokus stehende Regionen.

Ziel all dieser Dimensionen ist es, Änderungen über die Jahre hinweg festzustellen und einen möglichen Wandel zu identifizieren. Dabei liegt die Theorie zugrunde, dass innenpolitische Interessen einen Einfluss auf die Ausrichtung der Außenpolitik und somit auf die Entwicklungspolitik haben.

Aus diesen Strukturierungsdimensionen wurden anschließend Ausprägungen bestimmt und ein Kategorienleitfaden, bestehend aus Haupt- und Subkategorien, erstellt. Im Anhang findet sich dazu eine Tabelle einschließlich einer Definition und Ankerbeispielen zu jeder

Kategorie (A2). Anschließend wurde das Material, bestehend aus den Dokumenten und den Experteninterviews, durchlaufen und mit Hilfe von MAXQDA den definierten Kategorien zugeordnet. Dabei waren die Kategorien für die Dokumente und Experteninterviews zwar ähnlich, wurden aber unabhängig voneinander zugeordnet. Auch wurden während des Vorgangs induktiv neue Kategorien definiert und dem Katalog hinzugefügt. Abschließend wurde das extrahierte Material paraphrasiert und pro Kategorie und Jahr zusammengefasst. Dabei wurden die Vorgaben von Mayring (2015: 67–69) beachtet.

Im nächsten Kapitel steht zunächst die erste Strukturierungsdimension im Mittelpunkt. Die Auseinandersetzung mit der zweiten und dritten Dimension findet in Kapitel 5 statt, während die vierte Dimension im sechsten Kapitel untersucht wird.

4. Die ODA-Quote in Deutschland

Die Untersuchung der deutschen Entwicklungsleistungen gibt Aufschluss darüber geben, ob Änderungen stattgefunden haben und wie sehr diese insbesondere von der seit 2015 stattfindenden Flucht- und Migrationskrise beeinflusst wurden. Dafür wird zunächst überprüft, inwiefern sich Deutschland an dem ODA-Ziel von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) orientiert, bevor anschließend die Verwendung von ODA-Leistungen näher betrachtet wird. Somit wird die These überprüft, ob die Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen, auch am meisten durch die deutschen ODA-Mittel unterstützt werden und dass dadurch die Zahlungen an LDCs abgenommen hat.

Als Datengrundlage dienen hierbei vor allem die von der OECD veröffentlichten und frei verfügbaren Daten, angegeben in Millionen US Dollar (constant prices 2015) oder als Anteil am BNE (in Prozent)[11]. Eine weitere Quelle für die folgende Analyse der ODA-Quote stellen die durchgeführten Experteninterviews dar.

4.1 Allgemeines zu ODA-Mitteln

Hier wird zunächst die Bedeutung der ODA-Quote sowie deren Relevanz für die EZ erläutert und allgemeine Kritikpunkte aufgezeigt. Diese Schritte bilden die Grundlage für die anschließende Analyse.

[11] Für 2018 wurden im April 2019 die vorläufigen Zahlen bereits bekanntgegeben, jedoch werden die endgültigen Zahlen erst am Ende des Jahres durch den *Development Assistance Committee der OECD* (DAC) veröffentlicht (BMZ 2019e).

4.1.1 Begriffserklärung & Entwicklung der deutschen ODA-Quote

Die *Official Development Assistance* (ODA) erfasst in der *Netto ODA* den Anteil der öffentlichen Ausgaben eines Landes für Entwicklungszusammenarbeit, gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) in US Dollar. Sie ist definiert als staatliche Hilfe für die Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand in den Entwicklungsländern. Um eine Intersubjektivität und Vergleichbarkeit zu ermöglichen, hat die OECD mehrere Kriterien festgelegt, die erfüllt sein müssen, damit diese Hilfe als ODA angerechnet werden kann (Klingebiel 2013: 5–8; OECD 2018). So müssen die Mittel von einer öffentlichen Stelle stammen (Ministerien, öffentliche Institutionen) und einem vom DAC definierten Förderbereich zugeteilt werden können. Als Leistung zählt u. a. der Transfer von Geld (auch Darlehen), Waren und Dienstleistungen, die in Entwicklungsländer transferiert werden, aber auch Beiträge an internationale Organisationen[12]. Ausnahmen, die eine Anrechnung für die Entwicklung im Geberland ermöglichen, werden in diesem Kapitel noch ausführlicher dargelegt.

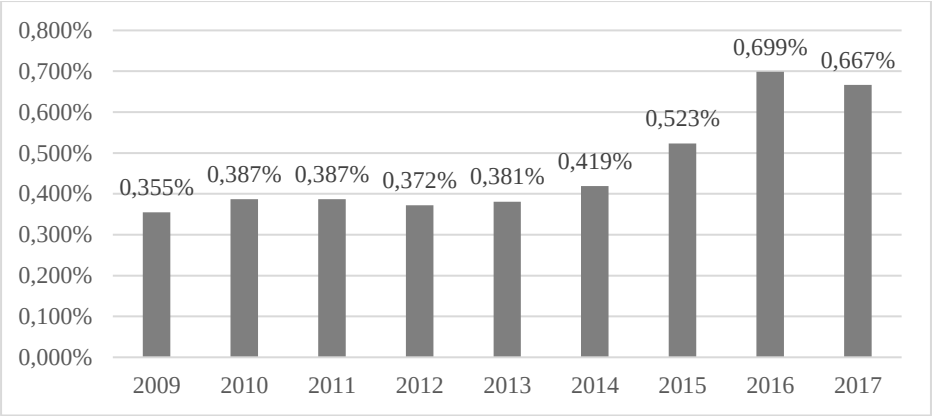
Die Messgröße wurde im OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) festgelegt und es werden dabei nur Unterstützungen für Entwicklungsländer einberechnet, die auf der Liste der OECD stehen. Diese Liste wird alle drei Jahre von der OECD aktualisiert und die Hilfe kann sowohl bilateral als auch multilateral (z. B. über die Vereinten Nation oder die Weltbank) geleistet werden (OECD 2018). Der größte Beitrag für die ODA-Anrechnung kommt in Deutschland vom BMZ.[13]

Betrachtet man die allgemeine deutsche ODA-Quote seit 2009 ist diese bis 2014 zunächst relativ konstant geblieben und war nur leichten Schwankungen ausgesetzt. Anschließend stieg die Quote sehr stark an. Während die Quote 2015 nur um 0,104 Prozentpunkte stieg, folgte der bis dahin größte Anstieg der ODA-Quote innerhalb eines Jahres. Von 2015 (0,523 %) bis 2016 (0,699 %) gelang es Deutschland, 0,176 Prozentpunkte mehr an die ODA-Quote anzurechnen, was einer Zunahme von 33,65 % entspricht. Im Folgejahr fiel diese Quote jedoch wieder um 0,032 Prozentpunkte auf 0,67 % am BNE. Laut vorläufigen Zahlen ist die deutsche ODA 2018 weiter auf 0,61 % gesunken.

[12] Ausführliche Informationen, was als ODA angerechnet werden kann, findet sich in einem Leitfaden des BMZ: https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/Leitfaden_Was_ist_ODA_BJ2017.pdf.

[13] Allerdings befassen sich Bohnet et al. (2018) damit, dass dieser Anteil in den letzten Jahren zurückgegangen ist (S. 7) und untersuchen, welche Auswirkungen die Beiträge aus anderen Bundesressorts haben. Während 2008 noch 54 Prozent der ODA-Mittel Beiträge des BMZ waren, sind es 2015 nur noch 37,4 Prozent (Bohnet et al. 2018: 11).

Abbildung 4.1 Netto ODA-Quote Deutschland (2009-2017), in Prozent am Bruttonationaleinkommen, in Prozent



Quelle: OECD (2019), Net ODA (indicator), eigene Darstellung

Für die Angabe der finanziellen Leistungen Deutschlands für EZ im Rahmen der ODA-Quote tauchen zwei unterschiedliche Herangehensweisen auf, um diese Leistungen mit anderen Ländern zu vergleichen. Zum einen die Angabe der prozentualen Zahlen, gemessen am BNE, wobei Deutschland im internationalen Vergleich 2009 auf Rang 15 und 2017 auf Rang acht stand. Die andere Herangehensweise, welche auch das BMZ auf seiner Webseite präsentiert, betrachtet die absoluten Werte der Ausgaben. Vergleicht man die tatsächlich eingesetzten Mittel, war Deutschland zwischen 2009 und 2014 der drittgrößte und seit 2017 der zweitgrößte Geber der DAC-Länder. Die Angabe erfolgt hier in der Regel in Millionen US-Dollar (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017: 10–11).

Ein Experte erklärt, dass man das, was ein Land wirklich leistet, an dem prozentualen Anteil der ODA sehen könne. Insbesondere Personen aus der Politik, die diesen Anteil positiver darstellen wollen, würden jedoch häufig die absoluten Zahlen angeben um Deutschland besser dastehen zu lassen (E6).

4.1.2 Allgemeine Kritik und Relevanzfragen

Ein Experte beschreibt einen grundsätzlichen Fehler in Bezug auf die Ausgaben der ODA-Mittel, der zu Missverständnissen führt:

> „Ein systematischer Fehler ist eigentlich, dass der Erfolg der EZ in Deutschland gewertet wird mit der Menge des Geldes, das ausgegeben wird. Das ist ein grundsätzlicher Fehler. Solange das so ist, wird sich nicht viel ändern, weil dann immer das Ziel der Regierung sein wird, mehr Geld auszugeben und viel Geld auszugeben, egal für was. Hauptsache es ist ausgegeben. Das ist einfach falsch. Es müssen numerische Ziele her. Dass man nicht sagt, wir geben viel Geld aus, sondern wir wollen beispielsweise die Armutsrate im Land X um, keine Ahnung, 5 Prozent senken. Dann haben sie ein numerisches Ziel.“ (E8)

Bei der Ausgabe der ODA-Mittel fehle ein bestimmtes Ziel, dass erreicht werden soll, um die Ausgabe der Mittel zu rechtfertigen und Ergebnisse präsentieren zu können (E8).

Auch die Relevanz von ODA-Mitteln ist laut Betz (2015) in den Empfängerländern sehr unterschiedlich. Sie könnten jedoch nicht für den Fortschritt bzw. die Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Situation eines Landes verantwortlich gemacht werden (Betz 2015: 24). Ein Experte sagt dazu jedoch, dass durch den Einsatz der Mittel riesige Projekte ermöglicht werden und die Welt somit besser gemacht werde. Zwar sei es schwierig, eine genaue Relevanz zu messen, aber aufgrund dieser Erfolge könne man von einer entscheidenden Unterstützung sprechen (E1).

Allerdings sind sich die befragen Experten in diesem Punkt uneinig und viele stehen dem sehr kritisch gegenüber. So sei der Einsatz der Mittel nicht effizient, da die Bundesregierung einen positiven Effekt gar nicht richtig messen könne und nicht nachvollziehen kann, was tatsächlich mit dem Geld in den einzelnen Projekten bewirkt wird (E8). Der Stellenwert der ODA sei realistisch gesehen in den meisten Ländern deutlich zurückgegangen, da andere Kapitalflüsse ein Vielfaches von dem darstellen, was EZ leistet. Mit Ausnahme von Ländern in Afrika, würden die ODA-Mittel in den Entwicklungsländern lediglich ein Nischendasein erfüllen (E2). Mittlerweile seien die Rücküberweisungen, welche Menschen an ihre Familien in ihren Herkunftsländern tätigen, um ein Vielfaches höher, als die ODA-Mittel aller Geberländer zusammengenommen (E10). Jedoch weist ein Experte darauf hin, dass diese Rücküberweisungen eigentlich kein Thema der EZ seien und nicht pauschal mit positiven Auswirkungen verknüpft werden dürften. Denn dafür müsse „(…) das Geld so investiert werden, dass am Ende ein Wohlstandsgewinn für die gesamte Familien dabei herausspringt“ (E5).

Weitere allgemeine Kritikpunkte werden von Betz (2015) zusammengefasst:

> „Im Zentrum stehen hier die beklagte Fragmentierung der Geber und Projekte, die mangelnde Vorhersehbarkeit der Zuwendung, das fehlende ownership der Projekte und Programme durch die Regierungen der Empfängerländer und – damit zusammenhängend – das Übermaß an Verwaltungsaufwand, restriktiven Verwendungsauflagen oder Vorbedingungen (Konditionalität).“ (Betz 2015: 27)

4.2 Die Entwicklung der 0,7 Prozent-Quote

Am 24. Oktober 1970 wurde in einer UN-Vollversammlung beschlossen, dass bis zur Mitte der aktuellen Dekade alle wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder alles dafür tun werden, damit eine ODA-Quote von mindestens 0,7 % des BNE für die Unterstützung von Entwicklungsländern erreicht wird (UN-Resolution 2626 (XXV)). Erreicht wurde in Deutschland bis 1975 eine Quote von 0,39 % und bis 1980 eine Quote von 0,44%. Das geplante Ziel wurde somit weit verfehlt (OECD 2018).

Eine erneute Debatte zur Erreichung der 0,7 % begann 1982 durch einen Vorschlag des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Bundesregierung, welche der Bundestag einstimmig beschlossen hatte. Darin hieß es: „Ungeachtet der derzeitigen finanziellen Engpässe soll das 0,7 %-Ziel weiter verfolgt werden“ (Deutscher Bundestag 1982: 4). Tatsächlich kam es im folgenden Jahr zu einem Anstieg der ODA-Quote Deutschlands auf 0,47 %, jedoch fiel sie anschließend wieder ab und konnte erst 2015 übertroffen werden (OECD 2018).

2009 kam es im Koalitionsvertrag zwischen der CDU, CSU und FDP erneut zu einer Festlegung auf die Erreichung der 0,7 %-Quote (CDU/CSU und FPD 2009). In den Jahren 2010 und 2011 kam es auch zu einem leichten Anstieg von 0,38 % (Abbildung A1.5).

Da die zu erreichende Quote jedoch weiterhin in weiter Ferne lag, kam es 2011 im Bundestag zu einem „Aufruf zu einem fraktionsübergreifenden entwicklungspolitischen Konsens zur Erreichung des 0,7 %-Ziels“. Unterschrieben wurde dieser Aufruf von 372 Abgeordneten bei einer Gesamtzahl von 620 (Reuke und Grohse 2013: 27). In der Abstimmung zum Haushalt 2012 stimmten jedoch alle Abgeordneten mit ihrer Fraktion. Reuke und Grohse (2013) schreiben dazu:

> „Die ständige Wiederkehr von ‚Wir erreichen das Ziel‘ und die gleichzeitig feststellbare Nichterreichung schaffen ein Gefühl der Wirkungslosigkeit und erwecken den Eindruck, das sei nun mal schicksalhaft und nicht zu ändern.“ (Reuke und Grohse 2013: 6)

Auf der dritten internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2015 in Addis Abeba verwies die UN-Generalversammlung erneut auf die Wichtigkeit der Erreichung des 0,7 %-Ziels und unterstrich zusätzlich die Forderung von 0,15 % bis 0,20 % für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) (VN-Generalversammlung 2015: §51).

Tatsächlich ist ein stufenweiser Anstieg in Deutschland zu erkennen und 2015 wurde eine Quote von 0,51 % erzielt. 2016 erreichte Deutschland schließlich zum ersten Mal die ODA-Quote von 0,7 % des BNE und somit das mit der UN vereinbarte Ziel. Nach 2016 ging diese Quote jedoch wieder zurück, sodass 2017 das 0,7 %-Ziel wieder verfehlt wurde.

An der Festlegung dieses 0,7 %-Ziels gibt es aber auch zahlreiche Kritiken. So sei eine starre Quote und das Festhalten an dieser heute nicht mehr angemessen. Es sollte mehr um die qualitativen Ziele der EZ gehen, anstatt um quantitativ mehr EZ. Diese Meinung vertrat u. a. auch Dirk Niebel (Szent-Ivanyi 2013). Weiter wird kritisiert, dass vieles von dem, was Deutschland leiste, nicht als ODA angerechnet wird. So werde klar zwischen Verteidigung und Entwicklung unterschieden, was nicht alle Länder so vornehmen würden. Da eine weltweite Vergleichbarkeit gar nicht mehr möglich ist, sei die Erreichung der 0,7 % längst veral-

tet. Gleichzeitig sei es jedoch ein wichtiger symbolischer Akt, zu dem man stehen sollte (E4). Ein Experte äußerte sich über den Rückgang sehr enttäuscht, da eine weitere Erhöhung der Quote bereits versprochen wurde. Gerade in Bezug auf Afrika sei es wichtig, dass Deutschland weiterhin dieses Ziel verfolgt (E7).

Interessant ist im Zusammenhang mit dem effizienten Einsatz der ODA-Mittel ein Hinweis von Sieler (2010) in einem Forschungspapier der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Er berichtet, dass Jeffrey Sachs 2005 berechnet habe, „(…), dass 0,44 % des BNE der OECD Länder in 2006 bzw. 0,54 % in 2015 ausreichen würden, um die MDGs zu erreichen". Jedoch würden diese tatsächlichen Bedarfe der Entwicklungsländer in den Diskussionen um die Erreichung der 0,7 % oft nicht beachtet. Ähnliche Aussagen oder ein Nachweis zu dieser Aussage konnten nicht gefunden werden.

4.3 Verwendung deutscher ODA-Mittel

Um nachvollziehen zu können, wohin die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in Form von ODA seit 2009 geflossen sind und um zu erfahren, wofür diese Mittel verwendet wurden, werden hier unterschiedliche Aspekte der deutschen ODA beleuchtet. Ziel ist es zu erfahren, ob Herkunftsländer von Flüchtlingen stärker unterstützt werden und welchen Fokus Deutschland für seine finanzielle Unterstützung gewählt hat.

4.3.1 Entscheidung über Ausgaben

Bereits am Entwicklungshaushalt könne man erkennen, wo das Geld hinfließt und wie hoch die ODA voraussichtlich sein wird (E6, E8). Für jedes Ministerium wird jedoch zunächst geprüft, wie viel benötigt wird und wo eventuell Kürzungen vorgenommen werden können. Dabei werden in den Haushaltsverhandlungen Finanznachfragen geltend gemacht (E9) und Anträge und Projekte vorgelegt. Anschließend wird im Haushaltsausschuss des Bundestages über den Mehrbedarf eines Ministeriums verhandelt, wobei aber auch immer aktuelle Herausforderungen beachtet werden (E8).

So sei der Haushalt des BMZ in den letzten Jahren immer weiter angewachsen. Dies begründete sich zunächst auf Themen wie der Bekämpfung des Klimawandels, Mitteln für Konfliktprävention und der Friedensarbeit. Spätestens seit 2014 habe jedoch die wachsende Zahl an Flüchtlingen einen Anteil an der Erhöhung (E1, E3, E6, E7, E8, E9). Bei einer so großen Herausforderung werde vom BMZ erwartet, dass es angemessen reagiert. Dabei mussten zum einen Flüchtlinge und Partnerländer bei der Bewältigung der Krise unterstützt werden, zum anderen entstand durch die Zunahme von Flüchtlingen in Deutschland auch ein innenpolitischer Fokus.

> „Das generiert politischen Druck und der wird umgeleitet in Aktionspläne und Strategien. Da gibt es eine ganze Menge, (…), aber vor allem mehr Geld für die Häuser, vor allem für das BMZ und für das Auswärtige Amt." (E9)

Mit den einzelnen Ländern, die durch deutsche Mittel unterstützt werden, wird eine zweijährliche Verhandlung darüber geführt, wie groß die finanzielle Unterstützung sein soll und welche inhaltlichen Strukturen verfolgt werden sollen (E9). Der Einsatz der Mittel werde abschließend durch Mechanismen in Deutschland aber auch vor Ort evaluiert (E1).

Bei der Verwendung der Mittel gibt es trotz der Zunahme einige Kritik. So werde bereits sehr früh festgelegt, zu welchem Zweck die Gelder genau ausgegeben werden müssen. Es müsse dann „krampfhaft" nach einem Weg gesucht werden, um dieses Geld für den festgelegten Bereich auszugeben. Die Folge sind Projekte, die „völlig unsinnig" seien (E9). Außerdem werden Projekte z. T. so unspezifisch formuliert, dass beinahe alles darunter angerechnet werden könne. Die Gelder, die für ein Projekt bewilligt wurden, müssten dann auch ausgegeben werden. „Dann am Ende des Jahres heißt es, wir haben jetzt noch so viel Geld auf dem Konto, das muss jetzt noch weg. Das ist kein Witz! Das verstehen viele nicht und wissen es auch nicht" (E9). Dies könne beispielsweise zutreffen, wenn ein Bürgerkrieg oder ein anderer Konflikt in einem Gebiet eingetreten ist, wo ein Projekt umgesetzt werden sollte und was sich damit verzögern würde. Ein anderer Experte widerspricht dieser Aussage und behauptet, dass alle Gelder effektiv eingesetzt werden. Jedoch gehe dieser davon aus, dass wenn die Grundstruktur eines Projektes vernünftig ist, eine sofortige Umsetzung der Gelder möglich sei und dass daher keine Gelder übrigblieben (E4).

4.3.2 Empfängerländer deutscher ODA-Mittel

In-donor costs

Begründet wird der immense Anstieg zwischen den Jahren 2015 und 2016 dadurch, dass sogenannte *in-donor costs*, die bei der Berechnung der ODA mit einbezogen werden können, deutlich höher lagen als zuvor. Dabei handelt es sich um die Ausgabe öffentlicher Mittel für die Entwicklung im Geberland, die in Ausnahmefällen anrechenbar sind. Dazu zählen bei der Umsetzung von Projekten entstehende Verwaltungskosten, Kosten für Bildung im Bereich Entwicklungspolitik und relevante Forschungen sowie Leistungen, die für Staatsangehörige aus den definierten Entwicklungsländern aufgebracht werden (BMZ 2019c).

Der Großteil, der für den Anstieg der *in-donor costs* verantwortlich ist, besteht aus der Flüchtlingshilfe im eigenen Land (*in-donor-refugee costs*). Da die Anrechnung für Kosten von Flüchtlingen im Inland von jedem Land anders vorgenommen werden, vereinbarte der DAC-Ausschuss 2017 fünf Berichterstattungsrichtlinien, um die Anrechnung zu präzisieren und

eine bessere Konsistenz, Vergleichbarkeit und Transparenz zwischen den Geberländern zu ermöglichen. In diesen „clarifications" wurde formuliert, warum und was angerechnet werden sollte (OECD 2017). Faktisch kann jedoch jedes Land selbst entscheiden, was sie als *in-donor costs* anrechnet. Die OECD lässt dabei viel Spielraum, z. B. bei den pauschalen Kosten, die pro Kopf für Unterbringung, Verpflegung und administrative Aufgaben angerechnet werden können (E3).

Dass die Erreichung der 0,7 % nur mit Hilfe der Flüchtlingsausgaben im Inland möglich war, ist kein Geheimnis und so veröffentlichte das BMZ nach der Bekanntgabe der Quote des Jahres 2016 eine Pressemitteilung mit dem Titel: „Deutsche ODA-Quote steigt bedingt durch die Flüchtlingsausgaben im Inland erstmals auf 0,7 Prozent" (BMZ 2017b). Bei der Anrechnung wurden insbesondere Leistungen berücksichtigt, die nach Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland anfallen. Kosten, die bei der Abschiebung von Asylbewerbern entstehen, sind nach den OECD-Kriterien nicht an die ODA anrechenbar (Bundesregierung 2016a: 6).

Zwar habe Deutschland diese Ausgaben schon vor 2016 angerechnet, jedoch sei dann eine andere Berechnungsgrundlage gewählt (Bohnet et al. 2018: 3) und die Methodik der Erhebung geändert worden (E3). Während 2015 von 417.274 Asylanträgen insgesamt 70,5 % in der ODA berücksichtigt wurden, waren es 2016 von den 681.270 insgesamt 94,9 % (Bohnet et al. 2018: 27). Obwohl also die Anzahl der Asylbewerber deutlich anstieg, wurde auch die Anrechnung der für diese Personen entstehenden Kosten prozentual häufiger angerechnet. Hinzu kommt, dass seit 2015 zusätzlich Kosten für die (Grund-) Bildung von Asylbewerbern an die ODA angerechnet werden (Bundesregierung 2016a: 4).

In der folgenden Tabelle wird aufgezeigt, wie viel Prozent diese *in-donor costs* an der gesamten deutschen ODA-Quote ausmachen.

Tabelle 4.1 Anteil der in-donor costs an der deutschen ODA-Quote, 2009-2017 (in Prozent)

	2009	**2010**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**
in-donor costs	0,66%	0,68%	0,70%	0,64%	1,12%	1,20%	16,51%	26,30%	24,23%

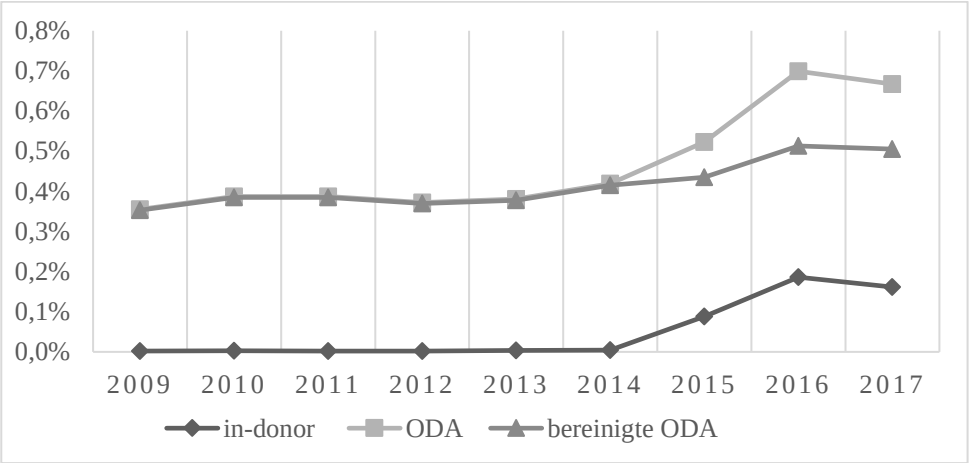
Quelle der Daten: stats.oecd.org/qwids, eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Der Anstieg von 1,20 % im Jahre 2014 auf 16,51 % im Folgejahr und anschließend sogar auf 26,30 % ist enorm.

Die Bundesregierung verweist zwar immer wieder darauf, dass die Anrechnung mit den Richtlinien der OECD einhergehe, aber dennoch gibt dazu viel Kritik. Sogar die OECD selbst

äußern sich kritisch gegenüber der Anrechnung, da Zweifel an der Verfolgung der eigentlichen Ziele bestehen. Denn wenn die Mitglieder die ODA-Mittel zur Deckung der Flüchtlingskosten nutzen und ihre ODA nicht entsprechend erhöhen, stehen weniger Ressourcen für Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern zur Verfügung (OECD 2016). Jedoch trifft diese Kritik nicht auf Deutschland zu, da auch ohne die Flüchtlingsausgaben ein Anstieg der deutschen ODA-Quote zu verzeichnen ist (E9), wie die folgende Graphik bestätigt[14].

Abbildung 4.2 Deutsche ODA mit in-donor costs (2009-2017), in Millionen US Dollar



Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung

Zwar wurde das 0,7 %-Ziel 2016 ohne die *in-donor costs* mit 0,52 % verfehlt, aber ein Anstieg ist im Vergleich zu den Jahren davor deutlich zu erkennen. Die Anrechnung der Flüchtlingskosten hat demnach nicht automatisch zu einer Verringerung des Budgets für andere Bereiche geführt (Knoll und Sherriff 2017: 137). Entwicklungsminister Gerd Müller betont ebenfalls, dass mit höheren Flüchtlingskosten in Deutschland keine Abnahme der Unterstützung von Flüchtlingen in Krisengebieten einhergeht. Denn die Investitionen in den Herkunftsländern zur Schaffung von langfristigen Bleibeperspektiven sei 20-mal effektiver (BMZ 2016).

Die Anrechnung der Flüchtlingskosten im Inland wurde u. a. als „Scheinriese“ und „Rechentrick“ (Bündnis90/Die Grünen-Bundestagsfraktion 2017; 2018), „Kulissenschieberei“ (E8) und als „Augenwischerei“ (E2) bezeichnet und wird auch von einem Großteil der befragten Experten abgelehnt. Damit werde keine nachhaltige Erreichung des 0,7 %-Ziels gewährleistet

[14] Ob die Anrechnung der *in-donor costs* 2017 wieder zurückgegangen ist, kann aktuell nicht gesagt werden, da diese Zahlen für das Jahr 2017 noch nicht zur Verfügung stehen.

und man habe nur Glück gehabt, dass es einmal geklappt hat (E8). Außerdem entstehe so ein Glaubwürdigkeitsproblem der EZ, denn

> „(…) ein Großteil des Geldes, was als EZ etikettiert wird, bleibt in Deutschland. Deutschland ist dadurch der größte Einzelempfänger der eigenen EZ und das zieht das Ganze natürlich ins Lächerliche. Von daher würde ich sagen, dass das nicht gerechtfertigt ist und rausgerechnet werden sollte." (E3)

Es sei zwar richtig, dass Deutschland die Menschen, die nach Deutschland kommen, unterstützt, aber das sollte man von der ODA-Quote trennen. Die deutsche ODA sei keine Messgröße, um aufzuzeigen, wie sehr man sich um die Flüchtlinge im eigenen Land kümmert. Nur so würden die Ausgaben ernst genommen werden. Es sei kein Beitrag für die Entwicklung zu erkennen und somit keine Anrechnung gerechtfertigt, obwohl die OECD eine solche Anrechnung erlaubt (E12).

Ein Experte stellt jedoch die Frage, wie relevant es ist, ob Flüchtlingskooperationen nun in Deutschland oder in den Heimatländern der Flüchtlinge stattfinden. Denn wenn die Menschen in Deutschland eine gut (Aus-) Bildung erhalten würden, könnten sie nach der Rückkehr dieses Wissen für die Entwicklung ihres Heimatlandes anwenden. Auch dies sei eine Form der Entwicklungszusammenarbeit (E4).

Hauptempfängerländer

In der folgenden Tabelle werden die zehn Länder aufgezeigt, die seit 2009 durchschnittlich am meisten durch die deutsche ODA unterstützt wurden. Dafür wurde zunächst ein Ranking für die Jahre 2009 bis 2017 erstellt und anschließend der Durchschnittsrang berechnet. Die Standardabweichung zeigt, wie stark die einzelne Position eines Landes über den genannten Zeitraum hinweg geschwankt hat.

Tabelle 4.2 Top zehn Empfängerländer deutscher ODA in den Jahren 2009-2017

Empfängerland	**Durchschnittsrang**	**Standardabweichung**
Afghanistan	2,44	1,64
Volksrepublik China	3,00	1,33
Indien	3,67	3,40
Brasilien	9,56	9,75
Westjordanland und Gazastreifen	12,56	4,30
Vietnam	13,22	4,49

Ukraine	14,11	5,80
Pakistan	14,33	5,54
Syrische Arabische Republik	15,56	14,72

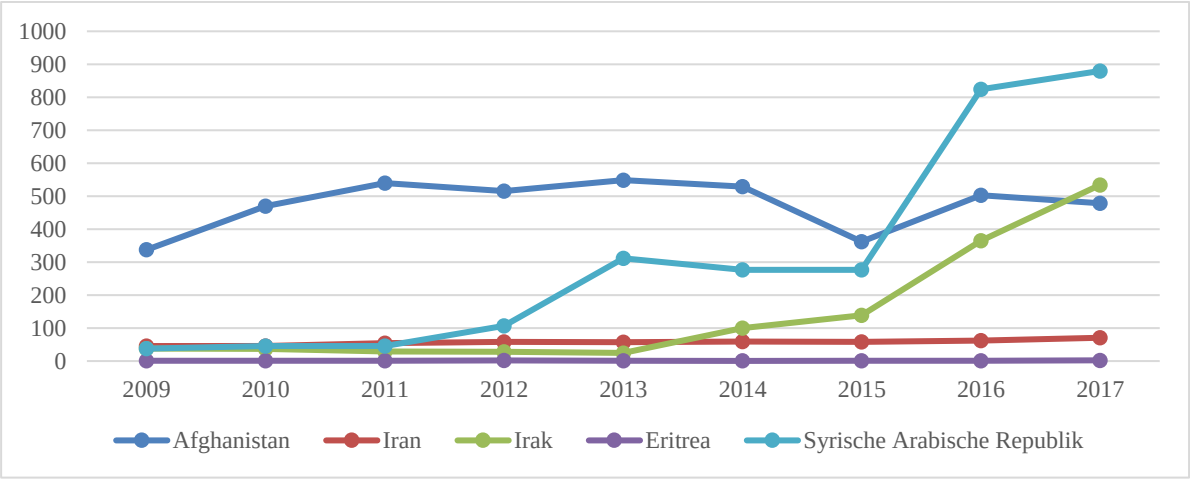
Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

Zwar gehören China als auch Indien zu den von der OECD festgelegten Entwicklungsländern, jedoch sind beide weder *LDCs* noch *other LICs*. Indien wird in der DAC Liste der ODA-Empfänger als *LMIC* und China seit 2011 sogar als *UMIC* gezählt. Es finden sich drei unterschiedliche Begründungen, warum diese Länder dennoch einen großen Anteil der deutschen ODA erhalten: (**1**) Wie im nächsten Teil noch diskutiert wird, bieten diese weiter entwickelten Länder mehr Kapazitäten an, um größere Projekte umzusetzen (E12). (**2**) Man investiere in diese eher nicht klassischen Entwicklungsländer, um in Grenzregionen wie Nepal zusammenarbeiten. Man sollte nicht nur Länder, sondern auch einzelne Regionen betrachten, wo Sicherheit und Perspektiven nur durch eine Kooperation möglich sind (E4). (**3**) Werden bei den Investitionen klare wirtschaftliche Ziele verfolgt. So begründet die Bundesregierung dies unter anderem damit, dass das Ministerium auch für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zuständig sei (E12) und es solle gewährleistet werden, dass die Chinesen bspw. weiterhin Verträge mit deutschen Unternehmen abschließen. Zwar sei es legitim, auch wirtschaftliche Ziele zu verfolgen, diese sollte man dann aber klar als solche angeben (E7).

In den folgenden Grafiken werden die durch die ODA bereitgestellten Mittel sowie die Anzahl der Asylanträge[15] in Deutschland von Personen aus ausgewählten Ländern einander gegenübergestellt. Dabei fiel die Wahl auf die fünf Länder, aus denen Personen in den letzten Jahren die meisten Asylanträge in Deutschland gestellt haben.

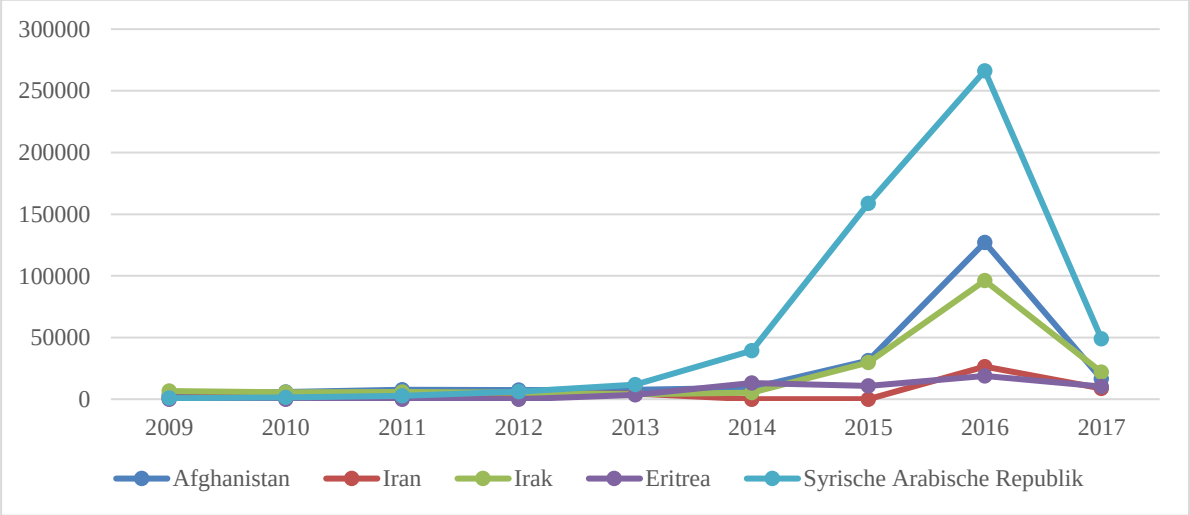
[15] Diese Zahl wurde ausgewählt, da es keine amtlichen Zahlen über Personen gibt, die nach Deutschland gekommen sind aber keinen Asylantrag gestellt haben. Es handelt sich daher um einen Näherungswert.

Abbildung 4.3 ODA-Mittel für ausgewählte Länder, 2009-2017, in Millionen US-Dollar



Quelle: Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

Abbildung 4.4 Asylanträge nach Herkunftsland, 2009-2018



Quelle: Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

Um einen möglichen Zusammenhang deutlicher zu erkennen, finden sich im Anhang weitere Graphiken für jedes Land (A1.8 bis A1.17).

Aus den Daten lässt sich erkennen, dass die Mittel für Afghanistan generell sehr hoch sind, aber insbesondere 2015 plötzlich weniger wurden. 2016 kommen mehr Menschen aus Afghanistan nach Deutschland und auch die ODA-Mittel steigen wieder. Im Iran sind die Mittel generell nicht sehr hoch und durch den Anstieg an Asylanträgen in Deutschland findet kaum eine Veränderung der Unterstützung statt. Im Irak ist bereits ein deutlicher Anstieg seit 2013 zu erkennen und somit vor dem Anstieg der Asylanträge. Allerdings wird dieser Anstieg steiler, als mehr Personen nach Deutschland kommen. Daten der Asylantragsteller aus Eritrea konnten erst ab 2013 gefunden werden. In dieses Land gingen generell sehr wenig

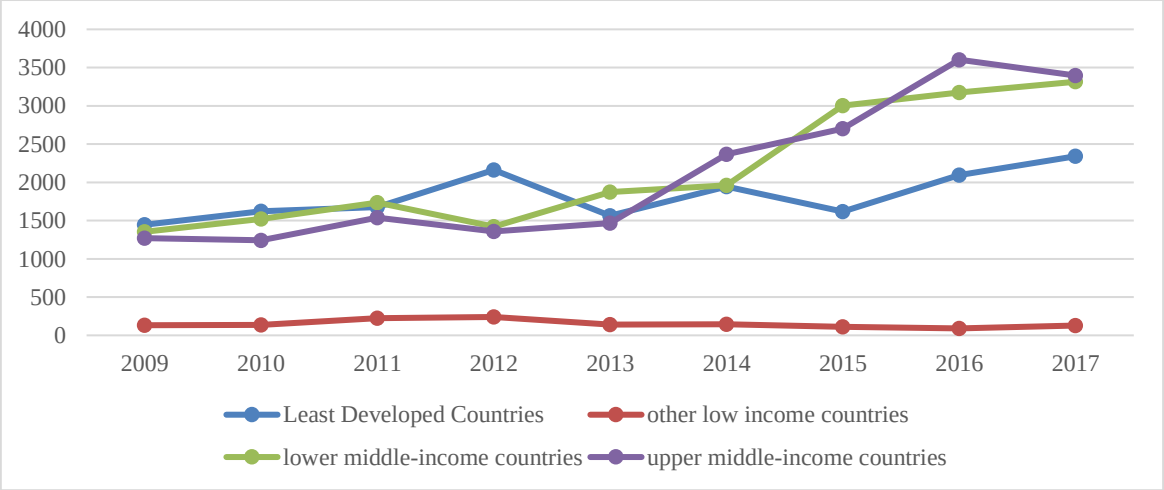
Mittel, aber es ist ein minimales Wachstum seit 2014 erkennbar. Für Syrien findet ein Anstieg der Mittel bereits seit 2011 statt, jedoch wird das Wachstum seit 2015 deutlich steiler. Dies geht mit der Anzahl der Asylanträge aus Syrien einher.

LDCs

Trotz steigender ODA, wird kritisiert, dass die ärmsten Länder am wenigsten davon profitieren und die Mittel mehr für die Bekämpfung von Fluchtursachen eingesetzt werden(Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017: 6). Die Unterstützung dieser Länder sei jedoch besonders wichtig, da trotz allgemein abnehmender Abhängigkeit, gerade in diesen Ländern die Relevanz von ODA-Mitteln immer noch sehr beachtlich ist (Betz 2015: 24).

Betrachtet man die folgende Graphik der Verteilung der Netto-ODA nach Einkommensgruppen, fällt auf, dass weder die Zahlungen an LDCs[16] noch die an LICs über die letzten Jahre stark angewachsen sind und die absoluten Zahlen immer wieder Schwankungen ausgesetzt waren.

Abbildung 4.5 Geographische Verteilung der deutschen Netto ODA (2009-2017), in Millionen US Dollar



Quelle: OECD (2019) Distribution of Net ODA (indicator), eigene Darstellung

Auch hier soll der prozentuale Anteil der ODA-Mittel an LDCs betrachtet werden:

Tabelle 4.3 Zahlungen an LDCs, in Prozent an der Netto-ODA Deutschlands, 2009-2017

	2009	**2010**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**
Anteil an LDCs	13,6 %	13,6 %	13,7 %	18,1 %	12,5 %	13,6 %	8,9 %	8,5 %	9,7 %

[16] Um von der OECD als LDCs eingestuft zu werden, muss ein Land die Werte für Einkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und soziale Entwicklung unterschreiten (OECD (2012: 290).

Quelle: OECD (2019) Distribution of Net ODA (indicator), eigene Darstellung

Durch diese prozentuale Darstellung wird deutlich, dass der Anteil der ODA, welcher in LDCs ging, deutlich abgenommen hat. Während 2012 fast ein Fünftel in diese Länder ging, war es 2016 noch nicht einmal ein Zehntel der Netto-ODA. Insbesondere seit 2015 ist der prozentuale Anteil zurückgegangen.

Die Begründungen, warum die Unterstützung nicht so stark angestiegen ist wie die der LICs und der UMICs, sind sehr unterschiedlich. Einige Experten begründen die Entscheidung damit, dass eher Eigeninteressen Deutschlands eine Rolle spielen und die Bedürftigkeit in den Hintergrund geraten würde (E2, E12). Insbesondere als Dirk Niebel Entwicklungsminister war, seien vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt worden (E6). Auf der anderen Seite seien strukturelle Voraussetzungen ein wichtiger Faktor, da LDCs viele Mittel nicht umsetzen könnten und keine Finanzierungsinstrumente oder Marktkredite eingesetzt werden können. Es sei daher unklar, ob mehr Unterstützung auch zu mehr Entwicklung führen würde, da die Kapazitäten der LDCs schlecht seien und die Projektdurchführung mit viel Aufwand verbunden sei (E9).

Die Unterstützung der LDCs sei aus diesem Grund wie ein „(…) Eimer mit Löchern, wo man viel Wasser hineinschütten kann, der aber trotzdem nicht voll wird (…)“. Nur wenn die Regierung eines Landes kooperiert, keine Korruption besteht und das Volk im Fokus steht, könne man diese Löcher stopfen. Ansonsten sei es den Ländern nicht möglich, die Mittel für den angedachten Zweck aufzunehmen (E8). Es sei eine politische Entscheidung der Bundesregierung gewesen, sich auf Staaten zu konzentrieren, die reformwillig sind.

Ein Experte stimmt zwar zu, dass die Umsetzung von Projekten in LDCs mühsamer sind, dass jedoch langfristige Zusagen auch einen Erfolg bringen würde. Die Behauptung des BMZ, dass hier keine Projekte umgesetzt werden könnten, sei falsch. Es würde nur etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen (E6). Es bestehe somit ein Zwiespalt: Obwohl man sich eigentlich auf die bedürftigsten Länder konzentrieren sollte, müsse man dann eine geringere Wirkung in Kauf nehmen (E2).

Zwei der Experten weisen darauf hin, dass nun eine Verschiebung auf LDCs stattfinden könnte, wenn diese Transitländer von illegaler Migration oder Aufnahmeländer geworden sind, wie z. B. Mali, Niger oder der Tschad. Für diese Länder habe das BMZ die Mittel aufgestockt (E9, E10).

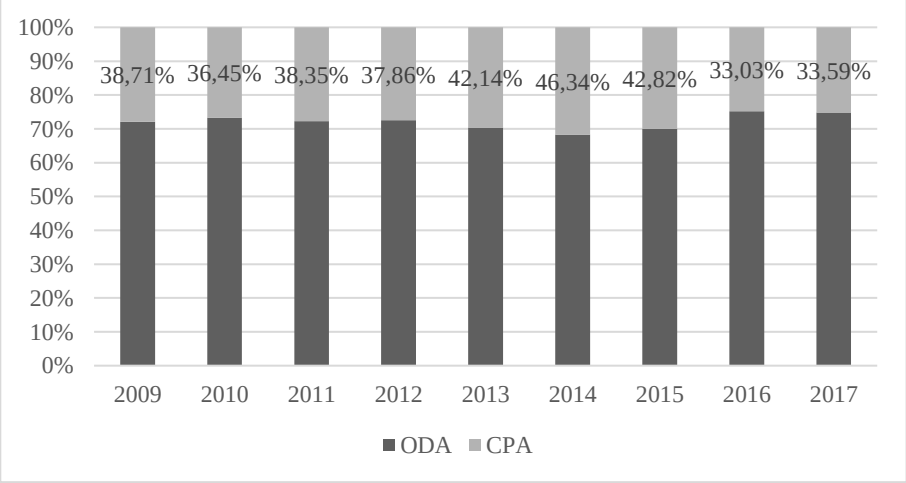
4.3.3 Länderprogrammierbare Hilfe

Mit dem *Country Programmable Aid* (CPA), wird der Anteil an der ODA bezeichnet, den die Geberländer für einzelne Länder oder Regionen festlegen (programmieren) können. Dabei können die jeweiligen Partnerländer bei dem Einsatz der Mittel ein maßgebliches Mitspracherecht haben. Die CPA ist vor allem notwendig, „(…) um den externen Bedarf der Länder des globalen Südens an öffentlicher Entwicklungsfinanzierung zu decken, (…)“ (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2011: 14).

Berechnet wird die CPA, indem von der ODA diejenigen Leistungen abgezogen werden die (1) unvorhersehbar sind (z. B. Humanitäre Hilfe, Schuldenerlasse), (2) keine Grenzen überschreiten (Verwaltungskosten, Studienkosten, Bildung und Forschung in der EZ des Geberlandes) und (3) nicht Teil von Kooperationsvereinbarungen zwischen den Regierungen sind (OECD 2019). Sie entspricht somit dem Anteil der ODA, der faktisch für die Umsetzung von Programmen in der Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern aufgebracht wird und tatsächlich vor Ort ankommt. Die CPA ist also eine Teilmenge der Leistungen, die an die ODA angerechnet werden (Bohnet et al. 2018: 23; Meyling 2016: 39).

Betrachtet man den prozentualen Anteil der CPA an der gesamten ODA seit 2009 wird deutlich, dass der Anteil leichten Schwankungen ausgesetzt ist. Aber insbesondere 2016 hat eine deutliche Abnahme des CPA-Anteils stattgefunden, als dieser von 42,82 % (2015) auf 33.03 % (2016) gesunken ist. Am stärksten war der Anteil 2014 mit 46,34 %.

Abbildung 4.6 Anteil der CPA an der deutschen ODA (2009-2017), in Prozent



Quelle: OECD (2019), Country Programmable Aid (CPA) (indicator), eigene Darstellung

Wenn man aber die Entwicklung der absoluten Zahlen der ODA und der CPA betrachtet (Tabelle A1.6 im Anhang), zeigt sich, dass mit einem Anstieg der ODA auch die CPA ange-

stiegen ist. Demnach war der prozentuale Anteil zwar niedriger, aber die absoluten Ausgaben in Form von länderprogrammierbarer Hilfe sind seit 2013 angestiegen.

4.4 Erstes Zwischenfazit

Folgende Änderungen fanden in der Verwendung der Mittel statt: Die Analyse der deutschen ODA-Quote hat gezeigt, dass auch ohne die Anrechnung der *in-donor costs* ein Anstieg stattgefunden hat. Durch die Experteninterviews wurde jedoch Kritik in der Betrachtung deutscher EZ mit Hilfe der ODA-Quote geäußert. Dies habe dazu geführt, dass die Regierung mehr Geld aufwenden will, um die Quote zu erhöhen und dabei den Zweck der Mittel in den Hintergrund stellt. In allen Jahren wurde in den Dokumenten geschrieben, dass das 0,7 %-Ziel erreicht werden soll und dennoch ist die Quote wieder zurückgegangen.

Betrachtet man die Verwendung deutscher ODA-Mittel ist eine Unterteilung in *in-donor costs* und in die Ausgaben in den Partnerländern sinnvoll. Bei den *in-donor costs* wurde deutlich, dass nicht nur die Zunahme an Asylanträgen für die höhere Anrechnung zuständig war, sondern dass auch in Prozentzahlen mehr Kosten für diese Menschen angerechnet wurden. Dies entspricht zwar den OECD-Regeln, kann aber laut den Experten zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit deutscher EZ führen.

Schaut man sich die anderen Empfängerländer deutscher ODA und die Anzahl der Asylanträge der ausgewählten fünf Länder an, ist nicht immer eine Korrelation erkennbar. Während für Afghanistan, den Irak und Syrien ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Asylanträgen und bereitgestellten Mitteln erkannt werden kann, gilt dies nicht für den Iran oder Eritrea. In Bezug auf die Mittel für unterschiedliche Einkommensgruppen wurde aufgezeigt, dass die Unterstützung für LDCs nicht so stark angestiegen ist wie für LMICs und UMICs. Obwohl die absoluten Zahlen während der letzten Jahre leichten Schwankungen ausgesetzt waren, haben die Zahlungen insgesamt leicht zugenommen haben. Allerdings hat der prozentuale Anteil deutlich abgenommen. Die Erklärungsansätze hierfür reichen von Umsetzungsschwierigkeiten in den LDCs bis hin zu der Verfolgung von wirtschaftlichen Interessen. Eine Verringerung aufgrund der Konzentration auf die Bekämpfung von Fluchtursachen konnte jedoch nicht bestätigt werden.

Die Untersuchung der CPA haben gezeigt, dass die Ausgaben zwar gestiegen sind, aber nicht proportional zur ODA. Die gestiegenen ODA-Mittel wurden demnach nicht für die direkte Umsetzung von Programmen eingesetzt. Ob dies in der Politik so kommuniziert wurde und welche Rolle die Interessen Deutschlands dabei spielten, wird im anschließend Kapitel analysiert.

Die Entscheidung bezüglich der Höhe der Ausgaben orientiert sich laut den Untersuchungen an aktuellen Herausforderungen, da durch diese ein politischer Druck entsteht, der zu einer Erhöhung der Mittel in dem bestimmten Bereich führt. Auch in Bezug auf die Flucht- und Migrationskrise ist dieser Umstand zu erkennen. In Bezug auf die zugrunde liegende Theorie wird somit deutlich, dass die Präferenzen Deutschlands einen Einfluss auf die Mittelvergabe haben. Die politisch-administrativen Akteure wollen ihre Machtposition erhalten und geben daher dem politischen Druck nach. Durch diesen Druck gelingt es ihnen außerdem, ihre finanziellen Mittel zu erweitern.

5. Änderungen in der politischen Diskussion

In diesem Kapitel wird untersucht, ob eine Änderung in der politischen Auseinandersetzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit stattgefunden hat. Dabei stehen besonders die Themen Flucht und Migration im Fokus. Dafür werden die ausgewählten Dokumente (Tabellen A1.3 und A1.4 im Anhang) sowie die durchgeführten Experteninterviews analysiert. Die Frage, der hier insbesondere nachgegangen wird, ist, ob in der Entwicklungspolitik Deutschlands rationale, eigennützige Entscheidungen getroffen werden. Damit steht die zweite These, dass EZ in Deutschland hauptsächlich für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert wird, im Vordergrund.

5.1 Ergebnisse der Analyse

Zunächst wird ein Überblick zu der Entwicklung der allgemeinen Gründe und Ziele von Entwicklungszusammenarbeit gegeben. Dabei wird geschaut, welche Themenbereiche in den einzelnen Jahren im Fokus standen, was als Hauptproblem wahrgenommen wurde und ob es Unterschiede aufgrund des Entwicklungsministers gab. In einem zweiten Schritt wird sich auf die Bewertung und die Auseinandersetzung der deutschen Bundesregierung mit den Themen Flucht und Migration konzentriert und damit der Frage nachgegangen, wie sich die Wahrnehmung dieser Themenschwerpunkte während der letzten zehn Jahre geändert hat. Abschließend wird noch einmal näher betrachtet, ob und welche Eigeninteressen eine Rolle spielten. Dabei werden bei allen drei Darstellungen immer erst die Ergebnisse der Dokumentenanalyse und anschließend die Aussagen der Experten aufgeführt.

5.1.1 Änderungen der allgemeinen Ziele von EZ

Die nachfolgende Tabelle wurde mithilfe der Dokumentenanalyse erstellt und zeigt, dass obwohl bestimmte Themen wie die Bekämpfung von Hunger, Armut und Klimawandel immer von Bedeutung sind, das Thema Migration erst seit 2013 und Flucht erst seit 2014 Hauptthemen der deutschen EZ darstellen.

Tabelle 5.1 Hauptthemen der EZ, 2009-2018

Jahr	**Hauptthemen**
2009	Armut und Hunger bekämpfen, Klima schützen, Sicherheit in Entwicklungsländern und Deutschland
2010	Verhindern von Klimawandel und Hunger, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
2011	Bekämpfung von Armut, Förderung der Wirtschaft in Entwicklungsländern, Nothilfe
2012	Bildung, Umsetzung der Menschrechte weltweit, wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken
2013	Migration und Zuwanderung, Armut & Hunger, Wirtschaft, Sicherheitspolitische Themen
2014	Bekämpfung von Fluchtursachen, Unterstützung von Rückkehrern, Bekämpfung von Armut, Hunger und Klimaveränderungen
2015	Flüchtlinge in Deutschland, Bekämpfung von Fluchtursachen, Linderung von Hunger
2016	Gestaltung von Migration, Rückkehr & Integration, Bekämpfung von Fluchtursachen und Hunger
2017	Legale Migration ermöglichen, Rückkehr & Integration, Bekämpfung von Fluchtursachen, Bildung, Armut & Hunger
2018	Reduzierung illegaler Migration, Minderung von Fluchtursachen, (Re-) Integration in Heimatländern, Frieden

Die genannten Themen als zentrale Ziele der deutschen EZ wurden auch von einem Großteil der Experten aufgezählt (E2, E4, E5, E8, E9, E10).

In den Jahresberichten der Bundesregierung und in den Sommerpressekonferenzen von Bundeskanzlerin Angela Merkel spielt Entwicklungspolitik eine zunehmend wichtige Rolle und rückt näher ins Zentrum der Politik. Dies deckt sich mit der Aussage eines Experten, dass der Entwicklungspolitik eine Aufwertung in Bezug auf die öffentliche Aufmerksamkeit als auch für die finanzielle Unterstützung gelang (E12). Der Etat sei kontinuierlich gestiegen, zunächst für Klimaziele der Bundesregierung, anschließend für Krisenprävention oder Friedens-

arbeit und seit 2014 sei das Thema der Flucht- und Migrationskrise der Grund für einen Anstieg der finanziellen Unterstützung (E9, E12).

Weiterhin hat sich die EZ immer an internationalen Zielen orientiert, wie den MDGs von 2000 (BMZ 2014a: 9; Deutscher Bundestag 2008: 12), den SDGs von 2016 (E8; BMZ 2018c: 5) und den Zielen der Agenda 2030 von 2015 (E1, E3, E9, BMZ 2018c: 6; CDU/CSU und SPD 2018: 18).

5.1.2 Änderungen in der Auseinandersetzung mit Flucht und Migration

Während bereits deutlich wurde, inwiefern Flucht und Migration zunehmend zu einem Hauptthema in der EZ geworden sind, werden hier nun insbesondere die Änderungen in der Wahrnehmung und Themenschwerpunktsetzungen ermittelt.

2009: Im 13. Entwicklungspolitischen Bericht von 2008 geht es darum, dass EZ das Ziel verfolge, die Perspektiven von Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern, damit sie in ihrem eigenen Land bleiben können (Deutscher Bundestag 2008: 52). Obwohl das Thema Flucht 2009 eine untergeordnete Rolle spielt, wird im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP unter dem Punkt „Deutschland in internationaler Verantwortung" in Bezug auf Afrika von „Flüchtlingsströmen" (CDU/CSU und FPD 2009: 121) und einer darauf bezogenen großen Herausforderung gesprochen. Ansonsten wird auf die Flucht aufgrund von Klimaveränderungen hingewiesen (Deutscher Bundestag 2008: 27). Migration wird häufiger aufgegriffen und wird als eine Chance betrachtet. Aus diesem Grund kommt der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine Schlüsselrolle zu (Deutscher Bundestag 2008: 74–76). Bei derzeitigen Migrationsströmen werde Deutschland ebenfalls Verantwortung übernehmen und die Gewährleistung humanitärer Standards unterstützen (Deutscher Bundestag 2008: 78).

2010 und **2011** wurden keine umfassenden Dokumente zur Entwicklungspolitik in Deutschland veröffentlicht. Es wird sich in den ausgewählten Dokumenten eher auf ganz bestimmte Themenbereiche konzentriert, was dazu führt, dass weder Flucht noch Migration eine wirkliche Rolle spielen. In dem Jahresbericht der Bundesregierung 2010/2011 wird die Wichtigkeit von Integrationskursen betont, um eine Integration von Migranten in Deutschland zu ermöglichen (Bundesregierung 2011a: 60). Ansonsten wird in Bezug auf Entwicklungen in Nordafrika Migration als eine von mehreren gemeinsamen Herausforderungen genannt, für die man eine Lösung finden muss (Bundesregierung 2011a: 70).

2012 veröffentlichte die Bundesregierung ein zweiseitiges Dokument zum Weltflüchtlingstag, in welchem auf die weltweit wachsende Zahl an Flüchtlingen hingewiesen wird, die

aus verschiedenen Gründen zunimmt. Das „Flüchtlingsproblem“ werde vom UNHCR angegangen, welchen die Bundesregierung (vor allem finanziell) unterstützt (Bundesregierung 2012a).

Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht von **2013** wird Migration als eine von mehreren zentralen Herausforderungen betrachtet (BMZ 2013: 7). Migration habe dabei negative aber auch positive Auswirkungen auf die globale Entwicklung und nehme aufgrund der Globalisierung zu. Risiken würden dabei insbesondere durch die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften entstehen. Jedoch würden die Rücküberweisungen von Geldern in die Heimatländer sowie rückkehrende Migranten mit einem erweiterten Wissen ebenfalls eine Chance für die Entwicklungsländer darstellen (BMZ 2013: 152). Auch im Koalitionsvertrag wird die Zuwanderung als eine Medaille mit zwei Seiten betrachtet. Sie sei eine Chance, die aber mit Herausforderungen verbunden ist. Obwohl die Integration einen langen Prozess darstelle, würden Migranten einen „(…) bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes leisten“ (BMZ 2013: 76).

2014 kommt es zu einer deutlich erhöhten Auseinandersetzung mit Flüchtlingen, wobei die Auseinandersetzung mit dem Thema Migration nicht mehr zentral ist. Die Bekämpfung der Ursachen von Flucht sowie die Unterstützung der Rückkehrer sind in fast allen Dokumenten dominant vertreten. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der BMZ-Haushalt für das kommende Jahr erneut erhöht werden (Bundesregierung 2014a).

Durch das BMZ wird unter anderem die Sonderinitiative *Fluchtursachen bekämpfen-Flüchtlinge reintegrieren* gestartet, um „(…) die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu reduzieren, Flüchtlinge zu unterstützen oder sie nach ihrer Rückkehr wieder in die Gesellschaft einzugliedern“ (BMZ 2014a: 23). Insbesondere im Interview mit Gerd Müller wird verdeutlicht, dass weitere Hilfe vor Ort dringend nötig ist, um die Entstehung weiterer Flüchtlinge zu verhindern (Gaugele und Mülherr 2014). Auch der zweite Teil der Sonderinitiative der Reintegration sei wichtig, da viele Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren wollen und man sie dabei unterstützen müsse (BMZ 2014a: 23). Somit geht der Anspruch über eine Nothilfe hinaus.

In der Sommerpressekonferenz von Angela Merkel, welche einen Monat nach dem Interview mit Gerd Müller stattgefunden hat, geht es weder in der einführenden Rede noch in den anschließenden Fragen um die Situation in Syrien oder um die Unterstützung von Flüchtlingen (Bundesregierung 2014b).

Spätestens seit **2015** ist das Thema Flüchtlinge im Fokus der deutschen Politik. Es ist von „Flüchtlingskrise“ und „Flüchtlingsströmen“ die Rede, die auf dem Weg nach Europa sind

oder es bereits erreicht haben (Bundesregierung 2015c). Dabei können zwei Bereiche identifiziert werden, die dabei eine Rolle spielen.

Zum einen geht es um die Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland. Besonders in der Sommerpressekonferenz von Angela Merkel geht es um die Aufnahmebereitschaft Deutschlands. Konflikte, die auf anderem Wege nicht gelöst werden konnten, müssen nun mit der Aufnahme der Flüchtlinge gelöst werden.

> „Menschen, die sich zum Beispiel aus Eritrea, aus Syrien oder dem Nordirak auf den Weg machen, müssen oft Situationen oder Ängste aushalten, die uns wahrscheinlich schlichtweg zusammenbrechen ließen. Deshalb müssen wir beim Umgang mit Menschen, die jetzt zu uns kommen, einige klare Grundsätze gelten lassen. Diese Grundsätze entstammen nicht mehr und nicht weniger als unserem Grundgesetz, unserer Verfassung." (Bundesregierung 2015b)

Der zweite Zentrale Bereich betrifft die Bekämpfung der Ursachen von Flucht in den Herkunftsländern. Diesem ist seit 2015 eine zusätzliche Bedeutung zugekommen, woraufhin die Erhöhung der Mittel für diesen Bereich bewilligt wurde (Bundesregierung 2015a: 31). Als Begründungen für diese Schwerpunktsetzung wird auf der einen Seite die Verantwortung Deutschlands gegenüber den Menschen in Not und zum anderen die bereits überforderten Nachbarländer Syriens genannt (Monath und Scheffer 2015). Besonders bei Gerd Müller stehen die humanitären Gründe für die Bekämpfung von Fluchtursachen im Vordergrund.

2016 stehen erneut vor allem die Herausforderungen der „Flüchtlingskrise" (auch Gerd Müller verwendet diesen Begriff nun) im Fokus entwicklungspolitscher und innenpolitischer Interessen.

Angela Merkel rechtfertigt in der Bundespressekonferenz ihre Entscheidung aus dem Jahr 2015 damit, dass dies eine historische Aufgabe gewesen sei, die Deutschland bewältigen konnte. Zwar seien die letzten Monate voller Herausforderungen gewesen, jedoch sei Deutschland damit seiner humanitären Verantwortung gerecht geworden (Bundesregierung 2016b). Rechtfertigen musste sie sich vor allem aufgrund der Terroranschläge in Ansbach und Würzburg sowie der Geschehnisse in der Kölner Silvesternacht. Ein großer Bestandteil der Bundespressekonferenz ist daher die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und durch Personen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen und hier straftätig wurden. Obwohl Angela Merkel betont, dass aus diesem Grund die Bereitschaft, Menschen in Not aufzunehmen nicht abnehmen dürfe, erkennt sie auch die Sorgen der Bevölkerung.

> „Dass die Ereignisse große Verunsicherung hervorrufen, dass sie die Menschen zweifeln lassen, dass sie Angst erzeugen, das ist doch unbestritten. Trotzdem bleibe ich dabei, dass Angst nicht der Ratgeber für politisches Handeln sein kann." (Angela Merkel auf der Bundespressekonferenz 2016c)

Insbesondere die illegale Migration will man nun angehen. Dies geht zum einen aus der Pressekonferenz hervor, aber auch aus der „Strategie für Migration und Entwicklung – Aktionsplan für die Außendimension der Migrations- und Flüchtlingspolitik“ (Bundesregierung 2016c). Flucht- und Migrationsbewegungen sollen aktiv gesteuert und gestaltet werden, was einen positiven Effekt für Deutschland und für die Zuwanderungs- und Herkunftsländer habe (Bundesregierung 2016c: 2). Legale Migration müsse verfolgt werden, um so den ankommenden Migranten einen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen (Bundesregierung 2016c: 8) und ein weiteres Sterben im Mittelmeer zu verhindern (Bundesregierung 2016b). Auch das Thema Rückkehr spielt in der Strategie eine Rolle, denn „ (…) zu einer glaubhaften Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört neben der notwendigen Schutzgewährung auch die Rückkehr der Menschen ohne Bleibeperspektive“ (Bundesregierung 2016c: 2). Außerdem ist die Minderung von Fluchtursachen weiterhin relevant. Für die Menschen sollen vor Ort Bleibeperspektiven geschaffen werden, insbesondere mit Hilfe von Beschäftigungsförderungen (Bundesregierung 2016d: 2, 2016c: 3).

Im 15. Entwicklungspolitischen Bericht von **2017** werden die Flucht- und Migrationsbewegungen als die Felder mit der höchsten Priorität der Bundesregierung eingestuft (BMZ 2017a: 133). Auch auf der Sommerpressekonferenz 2017 vertritt Angela Merkel die Position, dass die humanitären Aufgaben im Fokus stehen und nun langfristige Strukturen dafür geschaffen werden sollen. Ebenso stellt sie die Bekämpfung von Schleppern im Mittelmeer in den Fokus, um hier ein weiteres Sterben zu verhindern (Bundesregierung 2017c).

Bedrohungsszenarien sind in den Hintergrund getreten und bei Fragen der Sicherheit spielen vor allem die Handlungen von Schleppern und das Verhindern illegaler Migration eine übergeordnete Rolle. Alle ausgewählten Dokumente beschäftigen sich mit Möglichkeiten Migration zu steuern und zu regeln. Es müsse eine legale und humanitäre Lösung für die Zuwanderung ermöglicht werden. Daher wird eine entwicklungsfördernde Gestaltung gefordert, um diese Art der Migration zu fördern (BMZ 2017a: 132–133). Insbesondere der Entwicklungspolitische Bericht betont, dass eine richtige Gestaltung von Migration zu positiven Ergebnissen führen kann (BMZ 2017a: 132).

Ein zentrales Thema ist weiterhin die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Dabei sollen vor allem langfristige und nachhaltige Lösungen gemeinsam mit den Partnerländern gefunden werden, um eine Flucht von Menschen zu verhindern (BMZ 2017a: 48). Notsituationen, die durch Krieg, Hunger und Gewalt entstehen, sollen mit Hilfe von Präventionsmaßnahmen verhindert werden (BMZ 2017a: 129; Bundesregierung 2017a: 59), wäh-

rend wirtschaftlichen Fluchtgründen Bildungs- und Beschäftigungsprogramme entgegengesetzt werden (BMZ 2017a: 90).

Die Gefahr von terroristischen Bedrohungen in Europa spielen **2018** erneut eine größere Rolle, wobei auch irreguläre Migrationsbewegungen als ein Risiko für Aufnahmeländer darstellen sollen (Auswärtiges Amt 2018: 27). Eine weitere Entwicklung sei nur möglich, wenn Sicherheit gewährleistet werden kann (Auswärtiges Amt 2018: 5). Die „Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands" gelte es gegen den entstandenen Terrorismus und Radikalismus zu schützen (Auswärtiges Amt 2018: 48). Auch die deutsche Bevölkerung habe deutlich gefordert, dass Migration mehr Steuerung und Ordnung brauche. Angela Merkel spricht daher über den „Kampf gegen illegale Migration" (Bundesregierung 2018b). Im Koalitionsvertrag (CDU/CSU und SPD 2018) und in den Aussagen des BMZ findet sich ebenfalls die Forderung der Reduzierung irregulärer Migration und ungesteuerter Fluchtbewegungen. Durch eine Steuerung möchte man eine Situation wie 2015 und Risiken für beide Seiten vermeiden. Auch im *Masterplan Migration* des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat geht es um „Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung" (BMI 2018). Mit dieser Steuerung könne man das große Potenzial von Migration fördern. Erneut wird auf die positiven Auswirkungen hingewiesen, auch bezüglich des Bedarfs an Fachkräften in Deutschland. Insgesamt wird 2018 noch mehr über geregelte Migration diskutiert als schon 2017.

Die Minderung von Fluchtursachen steht weiterhin im Fokus deutscher Politik. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wird der Begriff „Fluchtursachenbekämpfung" verwendet. Dabei sollen aber nicht Flüchtlinge, sondern Ursachen für deren Flucht bekämpft werden. Dafür müssen Einkommensmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden und Präventionsvorkehrungen getroffen werden. Dadurch werde auch den Flüchtlingen geholfen, aus ihrer Notsituation herauszukommen (BMZ 2018c: 6).

Bei der (Re-) Integration geht es um die (freiwillige) Rückkehr und die anschließende Integration in den Heimatländern, die von deutschen Projekten unterstützt werden soll. Bereits in der Sonderinitiative sei zwar damit begonnen wurden, doch nun soll hierbei noch mehr Hilfe geleistet werden (CDU/CSU und SPD 2018: 18).

Für die Erfüllung der SDGs nennt das BMZ drei Tätigkeitsbereiche, welche die dargestellten Aussagen noch einmal zusammenfassen: „Erstens: Minderung von Fluchtursachen; Zweitens: Stabilisierung von Aufnahmeregionen (…); Drittens: (Re-) Integration (…)" (BMZ 2018c: 16).

Ein Experte (E5) unterscheidet die Änderungen im Bereich Flucht und Migration nach zwei Phasen: (1) Im Spätsommer bis Herbst 2015 sei eine deutlich erkennbare Tendenz der Öffnung erkennbar gewesen. Es habe eine große Bereitschaft für die Aufnahme und Unterstützung der Schutzsuchenden gegeben. (2) Anschließend sei ein Wandel der Perspektive von Bevölkerung und Politik deutlich zu erkennen. Es entstand der Eindruck, dass zu viele Menschen nach Deutschland gekommen wären und dass zu wenig Unterstützung von der EU erfolgt.

> „So ist zunehmend stärker eine Diskussion aufgekommen, die vor allen Dingen nicht mehr das Element des Schutzes betonte, sondern zunehmend stärker vor dem Hintergrund von Anschlägen das Element der Sicherheitsgefahr betonte. Also zunehmend stärker wird die Bewegung als Bedrohung bzw. als Gefahr verstanden." (E5)

Dieses Gefühl sei dadurch entstanden, dass der Zustrom scheinbar unkontrolliert erfolgt ist. Aufgrund dieser Ängste innerhalb der Gesellschaft habe sich auch die Politik auf die Steuerung und Begrenzung von Migranten und Flüchtlingen konzentriert. Es habe also zunächst wenig politische Steuerung stattgefunden, bis in der Bevölkerung ein Wandel stattgefunden hat. Daraufhin sei auch die Politik restriktiver und präsenter geworden (E5).

Ein Ergebnis dieser Maßnahmen sei das Aufkommen des Begriffs der *Fluchtursachenbekämpfung*. Verwendet wird dieser seit etwa 2015 und er sei seitdem ein zentrales Thema der Politik geworden, weil er von allen Themen der EZ am meisten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalte (E12). So wurde er im Koalitionsvertrag 2018 häufiger aufgeführt und immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig dieses Thema gerade sei (E5). Auch in der sektoralen Verwendung von Mitteln seien Projekte zur Fluchtursachenbekämpfung deutlichen angewachsen (E2). Ob dies jedoch tatsächlich eine Änderung in der EZ zur Folge hatte, wird bezweifelt. So sei das lediglich eine PR-Logik gewesen und eigentlich werde EZ genau so weiter betrieben, wie zuvor. Es sei nur ein „neues Label" für etwas verwendet wurden, was nichts Neues mit sich bringe (E11). Außerdem sei *Fluchtursachenbekämpfung* eine Kulisse, mit der man mehr Geld für den Bereich erhalten kann, da aus fachlicher Sicht gar keine Bekämpfung von Fluchtursachen möglich sei (E12). Trotz der starken Weiterentwicklung während der letzten Jahre sei die Anzahl der Flüchtlinge nämlich kaum zurückgegangen (E2).

5.1.3 Änderungen in der Rolle der Eigeninteressen

Hier wird nun auf die allgemeine Änderung der Eigeninteressen in Bezug auf EZ geschaut und somit ermittelt, ob eine Verschiebung oder Intensivierung dieser Interessen stattgefunden hat.

2009 betont Dirk Niebel in einem Interview, dass EZ interessengeleitet und gut für die deutsche Wirtschaft sei. Einen Widerspruch mit den Zielen der EZ sieht er darin nicht (Schäfers 2009). Auch im Koalitionsvertrag wird darauf hingewiesen, dass das politische Handeln Deutschlands sowohl von den Werten des Grundgesetzes als auch durch die Wahrung der eigenen Interessen geleitet wird (CDU/CSU und FPD 2009).

2010 rückt Dirk Niebel die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern weiter in den Vordergrund. Damit soll zum einen die Armut in diesen Ländern bekämpft werden, zum anderen werden erneut die Vorteile für die deutsche Wirtschaft betont.

> „Jeder für Entwicklungszusammenarbeit bilateral umgesetzte Euro fließt nach Expertenschätzungen mit 1,80 Euro zurück in die deutsche Exportwirtschaft, erklärte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel. ‚Es ist also auch ein großes Eigeninteresse, das in der Entwicklungszusammenarbeit mitspielt', sagte er dem Handelsblatt." (Riedel 2010)

Im Jahresbericht 2009/2010 wird ebenfalls auf die deutschen Interessen in der Entwicklungspolitik hingewiesen, da Konflikte in anderen Ländern auch eine Gefahr für Menschen in Deutschland darstellen würden (Bundesregierung 2010).

2011 betrachtet Angela Merkel EZ als eine „Win-Win Situation", da Deutschland nicht nur karitativer Geber sei, sondern auch gerechte Gesellschaft erschaffen möchte, um „(…) selbst Neues für sich aufzunehmen" (Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland 2011). Das von EZ nicht nur die Empfänger, sondern auch die Geber profitieren, wird in dem Jahresbericht der Bundesregierung (Bundesregierung 2012b: 76), im Interview mit Dirk Niebel (Bundesregierung 2011b) und in dem Bericht zur Entwicklungspolitik des BMZ zur deutschen Entwicklungspolitik (BMZ 2011: 3) erklärt.

2012 wurden wenig Aussagen über Eigeninteressen getroffen. Nur eine Äußerung des BMZ konnte dieser Kategorie zugeordnet werden: „Der wichtigste Grund, aus dem wir Menschen in anderen Ländern unterstützen: Weil wir es können und weil es auch direkt in unserem Interesse liegt" (BMZ 2012: 2).

Im Jahr **2013** veröffentlichten Entwicklungspolitischen Bericht und im Koalitionsvertrag spielen die Interessen Deutschlands erneut eine Rolle. So seien die Bekämpfung von Terroristen in Mali, der Kampf gegen Armut als auch die Lösung regionaler Probleme in Afrika im Interesse des eigenen Landes (BMZ 2013: 70; CDU/CSU und SPD 2013: 123). Obwohl bei den anderen Dokumenten wieder die Themen Armut, Hunger, Klima und Wirtschaft im Mittelpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit stehen, rücken sicherheitspolitische Themen in den Fokus. Dirk Niebel verweist dabei auf die mögliche Bedrohung für Deutschland durch die Islamisten in Afrika (Gaugele und Malzahn 2013) und auch im Entwicklungspolitischen Bericht wird auf die Zusammengehörigkeit von Sicherheit und Entwicklung verwie-

sen und erklärt, dass Armut eine Gefahr für Frieden und Sicherheit weltweit darstelle. Um diesen Sicherheitsgefahren zu begegnen, müssten Konfliktursachen bekämpft werden (BMZ 2013: 98).

2014 weißt Angela Merkel in der Sommerpressekonferenz darauf hin, dass Deutschland eine außenpolitische Verantwortung habe, der sie gerecht werden müsse. Diese sei politisch und entwicklungspolitisch wahrzunehmen, auch in der Gesellschaft. Die folgende Erklärung, warum diese notwendig sei, lässt jedoch erneut ein Eigeninteresse erkennen:

> „Da ist es ganz entscheidend und sehr positiv, wenn möglichst viele darauf hinweisen, dass wir auf Dauer nur in Frieden und Demokratie leben können, wenn wir uns auch um Krisenherde anderswo kümmern." (Bundesregierung 2014b)

Ansonsten treten Eigeninteressen in den ausgewählten Dokumenten von 2014 eher selten auf.

2015 wird auf die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes hingewiesen, damit während der großen Aufnahmebereitschaft Deutschlands die Interessen des eigenen Landes nicht in den Hintergrund geraten (Bundesregierung 2015b). Obwohl jedem Flüchtling in Deutschland ein ordentliches Verfahren zustehe, seien Bund und Länder mit großen Herausforderungen konfrontiert. Daher geht es um eine möglichst schnelle Integration von Personen, die eine gute Bleibeperspektive haben (Bundesregierung 2015a).

2016 im Schatten der Ereignisse in Ansbach, Würzburg und der Kölner Silvesternacht (s. o.), weswegen Deutschlands sicherheitsrelevante Interessen in den Mittelpunkt gerückt werden. Daher sollen Flucht- und Migrationsbewegungen aktiv gesteuert werden, was einen positiven Effekt für Deutschland habe (Bundesregierung 2016b). Auch Gerd Müller äußert sich dahingehend, dass Entwicklungszusammenarbeit und die Steuerung der Migration im Interesse Deutschlands sei (Bundesregierung 2016d: 10).

In den ausgewählten Dokumenten von **2017** werden Eigeninteressen kaum genannt, wobei Angela Merkel erneut betont, dass der eigene Wohlstand und die eigene Sicherheit von den anderen Ländern und deren wirtschaftlicher Entwicklung abhinge (Bundesregierung 2017c).

2018 tauchen die Eigeninteressen in Bezug auf die Sicherheit Deutschlands aber auch im Zusammenhang mit der Unterstützung für Flüchtlinge auf. Die „Souveränität und territoriale Integrität Deutschlands" gelte es gegen den entstandenen Terrorismus und Radikalismus zu schützen (Auswärtiges Amt 2018: 48). Angela Merkel sagt in ihrer Sommerpressekonferenz, dass Außengrenzschutz ein Teil von Entwicklungspolitik sei.

Außerdem sei eine Unterstützung der Flüchtlinge notwendig, um Wohlstand in Deutschland aufrechtzuerhalten. Durch die Prävention von Krisen käme man auch der Verantwortung gegenüber der Sicherheit der eigenen Bevölkerung nach (Auswärtiges Amt 2018: 44). Beim Fachkräftezuwanderungsgesetz stehen ebenfalls deutsche Interessen im Mittelpunkt, auch weil dieses Gesetz bei der Steuerung von Migration unterstützen kann (Bundesregierung 2018b).

Im Koalitionsvertrag wird das Wahlergebnis aufgegriffen und auf eine Unzufriedenheit und Verunsicherung in der deutschen Bevölkerung geschlossen. Daher wolle man Deutschland „(…) besser, sicherer und gerechter (…)" (CDU/CSU und SPD 2018: 4) machen, um die Bedürfnisse der Wähler zu befriedigen.

Eigeninteressen haben also immer wieder eine Rolle für die Ausrichtung von EZ gespielt. Ein Experte ist der Meinung, dass diese Eigeninteressen tatsächlich eine immer größere Bedeutung gewonnen haben und dass dadurch die eigentlichen Ziele in den Hintergrund gerückt seien.

> „Was die Ziele, die Ausrichtung, den Sinn von EZ angeht, da hat meiner Meinung nach eine Art ‚rebranding' stattgefunden. Dass eben EZ nicht mehr als Ausdruck der Solidarität verstanden wird oder als unsere ökologische und historische Verantwortung für ärmere Menschen, sondern sehr viel stärker im Eigennutzen/Eigeninteresse definiert wird." (E3)

Auch das Thema Sicherheit sei in der Debatte um die Migration nach Deutschland von Bedeutung (E5). Zwar sei die innere Sicherheit aktuell nicht gefährdet (E11), aber das Thema sei erneut aufgekommen (E3). Grund dafür sei, dass der Grenzschutz 2015 überrollt wurde und das zu Angst in der Bevölkerung darüber geführt habe, dass die Sicherheit Deutschlands gefährdet sei (E8). Natürlich haben die Anschläge der letzten Jahre zu einer Verunsicherung geführt und die Bundesregierung müsste bereit sein, im eigenen Land mehr Geld für die Vermeidung weiterer Anschläge zu investieren (E11). Allerdings weist dieser Experte darauf hin, dass es bereits seit dem 11. September 2001 die Forderung gäbe, Entwicklungspolitik auch für die Terrorismusprävention einzusetzen.[17]

Ein weiteres Eigeninteresse seien wirtschaftliche Interessen. Dabei müsse man jedoch bedenken, dass es bei der EZ nicht nur um humanitäre Hilfe gehe, sondern auch um wirtschaftliche Zusammenarbeit. Daraus ergebe sich ein positives Ergebnis für beide Seiten. Wenn sich z. B. Afrika weiterentwickelt, bestehe mehr wirtschaftliches Interesse deutscher Bauindustrien, wovon auch die Menschen vor Ort profitieren würden (E8). Besonders von

[17] In der Literatur findet unter dem Begriff „Securitization" eine Diskussion über den Zusammenhang zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik statt. Dazu: Maihold (2005) und Brand (2016).

einer geordneten Migration würden beide Seiten profitieren. Wenn z. B. ein Facharbeiter aus Ghana ein Visum und einen Job in Deutschland erhält, dann profitiere von dieser Anstellung sowohl der Migrant selbst als auch das deutsche Unternehmen (E9). Eine Zuwanderungsregel sei hier schwierig einzuordnen, da das wirtschaftliche Interesse dominant sei. Es gehe dann bspw. um die Interessen von Arbeitgeberverbänden und entwicklungsfördernde Effekte spielen dabei weniger eine Rolle (E3). Die Entwicklungspolitik werde wirtschaftlich gesteuert und es gäbe mittlerweile bereits Geschäftsmodelle, um damit Geld zu verdienen (E7). Die Wirtschaft verfolge mit der Entwicklung andere Ziele als die Öffentlichkeit oder die Politik im Allgemeinen. Man solle ihrer Meinung nach eher weiterentwickelte Länder intensiver unterstützen, da man sich dadurch eine Markterschließung in Vorbereitung von privaten Direktinvestitionen erhofft (E2). Somit würde man zwar die Entwicklung unterstützen, aber nur, wenn diese auch dem eigenen Land nutzt. Auch durchführende Organisationen, wie die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), würden wirtschaftliche Interessen verfolgen. So sei es in ihrem Interesse, wenn der Bereich der Flüchtlingsbekämpfung immer weiter in den Fokus der Politik gerät, da sie dann mehr Aufträge erhalten würden. Daher würden sie mit ihrer EZ auch kommerzielle Interessen verfolgen (E12).

Zwei der Experten stellen ganz offen in Frage, wessen Interessen priorisiert werden. E6 ist sich sicher, dass es das oberste Ziel der Fluchtursachenbekämpfung sei, Menschen daran zu hindern, nach Europa zu kommen. Man wolle die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen eingrenzen und daher die eigenen Interessen über die der anderen stellen. Auch E2 stellt sich die Frage, ob die Ausgabe von Mitteln etwas zur Armutsbekämpfung beitragen soll, oder ob vordergründig unser Interesse der Stabilisierung der Länder, aus denen die Flüchtlinge zu uns kommen, besteht.

5.2 Weitere Einflussfaktoren auf deutsche EZ

Um zu überprüfen, ob Eigeninteressen tatsächlich einen Einfluss auf die Ausrichtung deutscher EZ haben, wurden die Experten danach gefragt, wie sich die Ausrichtung gestaltet. Es wurden insgesamt sechs unterschiedliche Einflussfaktoren kategorisiert: Humanitäre Verantwortung, Erwartungen und Forderungen der Bevölkerung, innenpolitische Themen und Amtsinhaber, wirtschaftliche Interessen, innere Sicherheit und sonstige Eigeninteressen. Dabei geht es im Besonderen um Faktoren, die während der letzten zehn Jahre einen Einfluss auf die Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Migration hatten. Hier sollen nun die Aussagen für die Einflussnahme durch a) die Bevölkerung und b) die Innenpolitik dargestellt werden.

Wie oben bereits angerissen, haben die Debatten in der Bevölkerung eine Auswirkung auf politische Entscheidungen. Hier bestehe sogar ein Wechselverhältnis:

> „Das heißt also, je stärker eben die Bewegung in dieser Debatte kritisch gesehen wird in der Gesellschaft, desto stärker reagiert Politik auch restriktiv. Je stärker restriktiv hier von politischer Seite agiert wird, desto stärker wird diese Bewegung auch von Seiten der Gesellschaft kritisch gesehen." (E5)

Der 2018 erstellte Meinungsmonitor von Gleser und Schneider (2018) soll Aufschluss über die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit geben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass etwa 90 % die Arbeit der EZ wichtig finden, wobei sich sogar 40 % für mehr Engagement in der Bekämpfung von Armut aussprechen (Gleser und Schneider 2018: 8). Die Bevölkerung erwarte eine wirksame Zusammenarbeit und dass Deutschland seiner Verantwortung nachkommt, eine angemessene Unterstützung zu leisten (E3). Ein Experte kritisiert diese Ergebnisse und sagt, dass Entwicklungspolitik für die Bevölkerung eine geringe Rolle spiele, da sie nicht bereit wären, viel Geld in diesen Bereich zu investieren (E2).

In Bezug auf die „Flüchtlingskrise" sei aufgrund der Erwartungen in der Bevölkerung ein politischer Druck entstanden. Die überbrachten Bilder und die ankommenden Flüchtlinge in Deutschland hätten dazu geführt, dass die Bevölkerung von der Regierung die Umsetzung von Maßnahmen forderte. Diesem Druck sei mit politischen Strategien und Maßnahmen begegnet worden (E9). Die Regierung habe mit Investitionen versucht, Handlungsfähigkeit zu suggerieren und zu zeigen, dass sie alles im Griff habe. Das sei insbesondere wichtig gewesen, da die Bevölkerung das Gefühl hatte, dass die Regierung die Kontrolle verloren hätte (E3). Aber auch die hohen Ausgaben für die EZ sollten damit legitimiert werden (E3, E4, E8).

In Bezug auf den Einfluss durch die deutsche Innenpolitik wurde in fast allen Fällen gesagt, dass diese natürlich eine Auswirkung auf die EZ haben. Zunächst sei die Regierung nicht präsent gewesen, doch als sie es dann 2015 waren, habe eine Veränderung der Maßnahmen als auch der Debatten stattgefunden (E5). Nur ein Experte war der Meinung, dass dieser Einfluss stark eingeschränkt sei (E11). Eine weitere Person wies darauf hin, dass zwar kein direkter Druck vom BMI auf das BMZ ausgeübt werde, dass aber durch innenpolitische Debatten, bspw. zu Fluchtursachen, ein starker indirekter Druck ausgeübt werden würde. Dabei existiere auch ein Legitimationsdruck auf die Entwicklungspolitik und Ergebnisse müssten vorgewiesen werden (E10). Eine innenpolitische Einflussnahme sei außerdem dadurch zu erkennen, dass hier entschieden wird, wie viele Gelder wohin gehen sollen (E4).

Insbesondere bei der Verwendung des Begriffs Fluchtursachenbekämpfung werde deutlich, dass innenpolitische Überlegungen eine Rolle in der allgemeinen Ausrichtung von deut-

scher EZ spielen (E12). Andere Organisationen, wie das GIZ, würden die innenpolitischen Gründe einfach aufgreifen und umsetzen (E6).

Entwicklungsminister

Die Arbeit der jeweiligen Entwicklungsminister wird von den Interviewten ähnlich interpretiert: Während Dirk Niebel eine „Entwicklungspolitik mit wirtschaftsfreundlichem Profil" zugeschrieben wird, wird die Arbeit von Gerd Müller positiv hervorgehoben. Es kann ein Paradigmenwechsel konstatiert werden, da Müller die Nachhaltigkeit der ergriffenen Initiativen ins Zentrum seiner Politik rückt (Bohnet 2015: 195). Dirk Niebel soll die Entwicklung gleichgültig gewesen sein und er habe vor allem Strukturen aufgebaut und mehr Effektivität erzeugt (E4). Müller hingegen sei sehr von seiner Arbeit überzeugt und wenn er ein Problem vor Ort erkennt, würde er sich sofort einbringen wollen (E4, E6). Das sei auch der Grund für die von ihm entworfenen Sonderinitiativen. Da er sich intensiv mit den Fluchtursachen beschäftigt habe, erhielt er viele Gelder um diese zu bekämpfen (E1).

5.3 Kritik an den Änderungen und der Ausrichtung deutscher EZ

In Bezug auf die Fokussierung der Bundesregierung auf die Bekämpfung der Fluchtursachen sehen die Experten Aspekte und Tendenzen, die sie als problematisch oder einfach falsch ansehen. Die Kritikpunkte in Bezug auf die Verfolgung der Eigeninteressen wurden bereits thematisiert und sollen hier nicht weiter beleuchtet werden. Es wurden vier zusätzliche Hauptkritikpunkte festgestellt:

1) Man müsse bedenken, dass diejenigen, die eine Flucht oder Migration nach Europa auf sich nehmen, nicht die Ärmsten der Armen sind. Um sich eine solche Reise zu leisten, muss man bereits viel Geld mitbringen. Es ist daher nicht sinnvoll, von der Bekämpfung von Fluchtursachen zu sprechen, sondern man muss Bleibeperspektiven für alle in ihren Heimatländern schaffen. Das gilt auch für diejenigen, die ihr Land gar nicht verlassen können (E8).

2) Eine reine Abwehr oder Bekämpfung von Fluchtursachen sei keinesfalls sinnvoll (E12). Man könne Menschen nicht einfach daran hindern, ihr Land zu verlassen und das sollte auch nicht das Ziel von EZ sein. Das Ziel sollte sein, „dass größere, tragfähige Lösungen gefunden werden, für soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten" (E3). Den Menschen müsse die Möglichkeit für eine Entscheidung gegeben werden, damit sie selbst Verantwortung übernehmen können. Dann kann gerade Migration für alle Beteiligten etwas Positives sein (E3). Die Gründe für eine erzwungene Flucht oder Migration sollten gelindert werden. Hier sei es falsch, von Eindämmung oder Bekämpfung zu sprechen (E9).

3) In der Diskussion um den Fachkräftemangel in Deutschland und die positive Einstellung gegenüber gut ausgebildeten Migranten und Flüchtlingen, wird in der Politik das Problem des *Brain Drain*[18] vernachlässigt. Denn dieser könne zu Entwicklungsschädigungen führen, da das Fachpersonal auch in den Herkunftsländern oft dringend gebraucht wird (E3). Zunächst war der Politik bewusst, dass diese Leute in ihren Ländern benötigt werden, um dieses aufzubauen. In einem der analysierten Dokumente von 2016 hieß es daher: „Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass Herkunftsländer vor besonderen Herausforderungen stehen, wenn gut Ausgebildete ihre Länder verlassen (…)" (Bundesregierung 2016c: 9). Doch werde dieses Problem heute nicht mehr ernst genommen und Deutschland werbe sogar Personen in Entwicklungsländern ab. Somit stellt Deutschland die Eigeninteressen vor die der anderen Länder (E6). Länder in Afrika würden darunter leiden, dass die guten Leute das Land in Richtung Europa verlassen (E7).

4) Im letzten Kritikpunkt geht es um die Theorie des „Migration Hump" und somit darum, dass mehr EZ auch zu mehr Migration führe. Dabei sei in der Migrationsforschung klar, dass durch Armut Migration verhindert wird. Durch einen Wohlstandsgewinn und durch das Wirtschaftswachstum eines Landes steige jedoch die Möglichkeit, dass Personen eine Migration auch auf weite Distanzen realisieren (E5, E10). Es sei somit ein empirisch positiver Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand eines Landes und seiner Migrationsbereitschaft zu erkennen (E12). Ein anderer Experte weist jedoch auf Studien hin, die ein Mehr an Migration als eingeschränkt betrachten. Es sei nicht automatisch so, dass mit dem Steigen des Bruttoinlandseinkommens mehr Menschen migrieren. Der Prozentanteil sei stattdessen gleichbleibend. Daher kann es nicht die Konsequenz des „Migration Hump" sein, dass weniger EZ geleistet wird. Aus diesem Grund sei es das Ziel des BMZ den Ländern dabei zu helfen, Migration besser zu gestalten und zu steuern. Dass Menschen migrieren, könne man nicht beeinflussen (E9). Dieser letzte Kritikpunkt ist in der Literatur umstritten (Schraven et al. 2018; Thiele 2018).

5.4 Zweites Zwischenfazit

Insgesamt wurde deutlich, dass der EZ im Allgemeinen und den Themen Flucht und Migration im Besonderen mehr Bedeutung zukam, als Deutschland selber betroffen war. Dies sei laut den Experten auch daran zu erkennen, dass der Etat für diese Bereiche angewachsen ist. Das Gefühl der Bedrohung innerhalb der Bevölkerung führte u. a. dazu, dass die Bundesre-

[18] Dieser Begriff beschreibt die Migration von Arbeitskräften ins Ausland. Während hiermit oft negative Aspekte verbunden werden, zeigt die Untersuchung von Beine et al. (2001), dass auch positive Auswirkungen möglich sind.

gierung mehr gegen das Ankommen weiterer Personen vornahm, um Handlungskompetenz vorzuweisen. Dazu gehörte neben der Fluchtursachenbekämpfung auch die Eindämmung illegaler Migration und eine schnellere Abschiebung sowie die Ausweitung von EZ.

In Bezug auf die Eigeninteressen wurde deutlich, dass diese schon immer mit einbezogen wurden, sich aber die Themen dieser Interessen geändert haben. Durch die Bezeichnung „Fluchtursachenbekämpfung" wird dieses Eigeninteresse jedoch deutlicher benannt und EZ somit als Mittel zum Zweck dargestellt. Während also zunächst wirtschaftliche Interessen verfolgt wurden, stehen aktuell eher sicherheitspolitische Themen im Vordergrund.

Betrachtet man hier zusätzlich die Grundinteressen der politisch-administrativen Akteure, welche in der theoretischen Grundlage präsentiert wurden, werden vor allem die rationalen Interessen entsprechend zum Utilitarismus deutlich. Bundeskanzlerin Angela Merkel ändert ihren Kurs der Willkommenspolitik nachdem Befürchtungen in der Bevölkerung aufkommen. Damit lässt sich das Grundinteresse der Wiederwahl erkennen, da die Erwartungen der Wählerschaft erfüllt werden sollen (Bienen et al. 1999: 12). Auch das Interesse über die Ausweitung der finanziellen Mittel wurde insbesondere durch das BMZ und den jeweiligen Entwicklungsminister verfolgt. Indem man die Möglichkeit der Verringerung der Flüchtlingsströme mit der Fluchtursachenbekämpfung anbot, wurden die Haushaltsmittel deutlich erhöht. Die Einflussnahme der Bevölkerung, welche hier als ein Einflussfaktor identifiziert wurde, geht jedoch über die Fokussierung auf politisch-administrative Akteure hinaus und erweitert die Theorie um eine Akteursgruppe. Dies sind ebenfalls kollektive Akteure, welche als ein zentrales Grundinteresse die Wahrung der eigenen Sicherheit verfolgen und wie die anderen Akteure ihren eigenen Nutzen maximieren möchten.

6. Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

In diesem Kapitel geht es zum einen darum, welche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit neu geschaffen wurden und zum anderen, auf welche Sektoren in welchen Regionen sich die Politik mit diesen Projekten konzentriert. Es wird somit die Frage beantwortet, welche Ziele mit entwicklungspolitischen Projekten verfolgt werden.

Während sich dabei ausschließlich auf Projekte und Programme fokussiert wird, welche durch die Bundesregierung finanziert werden, werden zunächst Projekte für Flüchtlinge innerhalb Deutschlands und anschließend Projekte in den Entwicklungsländern betrachtet.

6.1 Projekte für Flüchtlinge innerhalb Deutschlands

Parallel zu den hohen Zahlen an Asylantragsstellern in Deutschland seit 2015, nahm auch die Menge der für diesen Personenkreis angebotenen Projekte im Inland zu. Diese wurden von der Bundesregierung zum großen Teil als Integrationsleistungen bezeichnet und so im Bundeshaushalt abgerechnet. Dazu zählen Projekte zur Integration, Sprach- und Integrationskurse, Projekte zur Aus- und Weiterbildung sowie besondere Freizeit- und Sportangebote (Bundesregierung 2018d: 3). Insgesamt lassen sich zwei Schwerpunkte erkennen: Zum einen die Integration der Personen, die voraussichtlich in Deutschland bleiben und zum anderen die Unterstützung der Rückkehr für Personen, die in ihr Heimatland zurückgehen.

Die Integration der Asylbewerber stellt neben der Fluchtursachenbekämpfung einen zentralen Schwerpunkt der Bundesregierung dar. Bereits im Koalitionsvertrag von 2009 wollte man die Integration intensiver unterstützen, um somit auch die Erfolgschancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen (CDU/CSU und FPD 2009: 75–76). Im April 2011 wurde das Modellprojekt *Integration verbindlicher machen – Integrationsvereinbarungen erproben* gestartet. Ziel war es, eine Verbindlichkeit herzustellen und die Potenziale der Migranten zu fördern (Bundesregierung 2011a: 61–62). Im Jahresbericht 2015 wurde erklärt, dass der Bund mehr Mittel für die frühzeitige Integration von Bewerbern mit guter Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt bereitstellt (Bundesregierung 2015a: 6). Um weiter die Integration der Flüchtlinge zu erleichtern, ist am 31. Juli 2016 ein neues Integrationsgesetz in Kraft getreten. Der Leitgedanke dabei ist, wie bereits in den Jahren zuvor, „Fördern und Fordern“. Es werden also bessere Integrationschancen angeboten, jedoch beinhaltet die Teilnahme auch Verpflichtungen des Asylbewerbers (Bundesregierung 2017a: 55).

Nach einer Aufforderung des Deutschen Bundestages im November 2015, berichtet die Bundesregierung am Ende eines jeweiligen Haushaltsjahres über die *Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und die Mittelverwendung durch die Länder im Jahr 2016* (Deutscher Bundestag 2017). Da der Bereich der Integration immer stärker fokussiert wurde, sei mehr Geld in diese Programme geflossen und alte Programme seien aufgestockt worden (E11). Das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge förderte bundesweit im zweiten Quartal 2018 insgesamt 384 Integrationsprojekte (BAMF 2018b). Nur vier dieser Projekte existierten bereits vor 2015.

Aber auch Rückkehrprojekte werden in Deutschland angeboten, die Flüchtlinge bei ihrer (freiwilligen) Rückkehr in ihre Heimatländer unterstützen sollen. In den Jahren zwischen 2009 und 2015 spielen Auseinandersetzungen mit der freiwilligen Rückkehr von Asylantragstellern zunächst noch eine untergeordnete Rolle. In vielen der Dokumente der anschließenden Jahre geht es eher um eine erzwungene Rückkehr aufgrund abgelehnter Asylanträge. Der 14. Entwicklungspolitische Bericht fordert 2013 auch die Unterstützung für die Rückkehr und Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen. In einem Dokument des BMZ (Bundesregierung 2016c) geht es gezielter um den Ausbau der *REAG/GARP* [19] Projekte und um die Unterstützung von Personen ohne gute Bleibeperspektive (Bundesregierung 2016c: 3). Für die Frage, warum diese Rückkehrprojekte intensiver verfolgt werden sollen, findet sich folgende Erklärung:

> „Oft sind es Rückkehrer, die in den Herkunftsländern positive Aufbauarbeit leisten und damit auch den Wirtschaftsaustausch mit Deutschland und der EU fördern. Daher unternimmt die Bundesregierung auch Bemühungen, um die Rückkehr gut Ausgebildeter in die Herkunftsländer zu unterstützen." (Bundesregierung 2016c: 9)

Im 15. Entwicklungspolitischen Bericht (2017) und im Koalitionsvertrag 2018 wird ebenfalls geschrieben, dass die Projekte der freiwilligen Rückkehr stärker gefördert und ausgebaut werden sollen, damit die Menschen wieder zurück in ihre Heimatländer können (BMZ 2017a: 54; CDU/CSU und SPD 2018: 151). Die freiwillige Rückkehr und die konsequentere Abschiebung seien für Ausreisepflichtige von großer Bedeutung, wobei hier der freiwilligen Rückkehr der Vorrang gewährt wird (CDU/CSU und SPD 2018: 108).

Laut der Meinung eines Experten sei das Ziel der Reintegration in den Heimatländern erst mit den neuen Projekten *REAG/GARP* hinzugekommen, welches von der Initiative *Perspektive Heimat* durchgeführt wird. Man möchte den Menschen in ihren Heimatländern eine

[19] Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG) und Government Assisted Repatriation Programme (GARP) sind Rückkehrförderprogramme, die von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt werden.

dauerhafte Perspektive geben, um eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. Aktuell sei das BMZ damit in 25 Ländern tätig. Diese Projekte sind dabei das Ergebnis von innenpolitischen Debatten und der Forderung, dass das BMZ in diesem Bereich etwas unternehmen müsse (E9). Bei dem Programm *Perspektive Heimat* hätte zudem auch das BMI einen direkten Einfluss (E11).

Es gibt aber auch hier Kritiken zu den Projekten und deren Zielsetzung. So sei die Aufgabenstellung von den Rückkehrprojekten zum Teil widersinnig. Denn bei Arbeitslosenquoten in den Heimatländern von 30 Prozent, könne man keine Perspektive vor Ort schaffen. Solche Maßnahmen wurden in Deutschland am Schreibtisch formuliert, würden aber vor Ort nicht funktionieren (E8).

Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, dass erneut die innenpolitischen Interessen zu sehr im Fokus stehen würden.

> „Und zu dem Programm Perspektive Heimat, da habe ich die großen Bedenken, dass sich die EZ damit auf die Innenpolitik spannen lässt. Dass die innenpolitische Agenda die deutsche EZ vorgibt und das kann meiner Ansicht nach nicht sein. Ich sage nicht, dass es nicht sinnvoll ist, auch die Frage zu stellen, wie kann man Leuten, die zurück gehen in ihre Heimatländer, dabei helfen, dass sie wieder Fuß fassen, dass sie dort wieder eine Perspektive bekommen. Das kann man aber zurzeit nicht davon trennen, dass viele Leute eher unfreiwillig als freiwillig in ihre Länder wieder zurückgehen." (E12)

Daher sei das Zusammenbringen von innenpolitischen und entwicklungspolitischen Interessen hier sehr fragwürdig. In Ländern wie dem Irak oder Afghanistan könne man aktuell zudem gar keine gute Perspektive schaffen, obwohl der Bevölkerung in Deutschland etwas anderes gesagt werden würde (E12). Auch der Hinweis, dass man vor Ort Strukturen schaffen müsse, um langfristige Perspektiven zu ermöglichen, unterstützt diese Kritik (E4).

6.2 Projekte in Entwicklungsländern

6.2.1 Bi- vs. Multilaterale Projekte

Obwohl in dieser Arbeit vor allem die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Fokus steht, wird an dieser Stelle kurz dargestellt, welche Vor- und Nachteile bi- bzw. multilaterale Projekte haben und untersucht, ob ein Wandel in der Anwendung dieser stattgefunden hat. Dabei bezeichnet bilaterale EZ die Unterstützung eines einzigen Staates durch Deutschland und multilaterale EZ die Unterstützung einer internationalen Einrichtung oder die gemeinsame Unterstützung in Absprache mit anderen Ländern (Klingebiel 2013: 24). Aufgegriffen wird dieser Aspekt, da sich die Experten größtenteils für multilaterale Projekte aussprechen, während die Bundesregierung jedoch zum vor allem bilaterale Projekte durchführt.

In den analysierten Dokumenten wird bereits 2009 deutlich, dass multilaterale Zusammenarbeit zwar verbessert werden soll, jedoch ein Fokus auf die bilaterale Arbeit gelegt wird (CDU/CSU und FPD 2009: 130; Deutscher Bundestag 2008: 6). Dirk Niebel erklärt in einem Interview 2009, dass damit das deutsche Engagement sichtbarer gemacht werden soll und daher rückt während seiner Amtszeit die bilaterale EZ in den Fokus des BMZ (Bohnet 2015: 184). In einem Interview zwei Jahre später weist er darauf hin, dass es im multilateralen Bereich zu viele ineffiziente Dopplungen gäbe. Im Koalitionsbericht 2013 wird ebenfalls ein Schwerpunkt auf die bilaterale EZ gelegt und somit auf eine direkte Zusammenarbeit, wobei multilaterale EZ gestärkt und effizienter gestaltet werden soll (BMZ 2013: 44, 111). Auch in den folgenden Jahren wird sich in einem Großteil der Dokumente für bilaterale Zusammenarbeit ausgesprochen und die Bundesregierung orientiert sich ebenfalls in diese Richtung (Bundesregierung 2014a). Im 15. Entwicklungspolitischen Bericht (2017) wird ebenfalls bilaterale EZ als ein wichtiges Instrument für die Stärkung von Kooperationen bezeichnet (BMZ 2017a: 161). Insgesamt steht also die bilaterale Zusammenarbeit im Fokus, aber auch die multilaterale Zusammenarbeit soll verfolgt werden.

In den Experteninterviews ist ein anderes Bild entstanden. Denn hier sieht man insbesondere in der multilateralen Zusammenarbeit eine Chance, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. So seien die multilateralen Geber diejenigen, die tatsächlich etwas bewirken könnten und daher mache es Sinn, mehr auf dieser Ebene zu arbeiten. Aktuell sei es so, dass jedes Land eher seine eigenen Projekte durchführe, obwohl multilaterale Projekte in der Vergangenheit bereits erfolgreich waren (E8). Eine nach den Fähigkeiten verteilte Arbeitsteilung würde zu mehr Effizienz führen und mehr positive Auswirkungen zeigen (E1, E8). Ein Experte weist jedoch darauf hin, dass EZ auch immer einen Eigennutzen generieren sollte und dafür sei der bilaterale Ansatz besser geeignet (E12).

Beide Ansätze haben Vor- und Nachteile, wobei Staaten in der Regel eine bilaterale EZ bevorzugen, da sie hier über die Ausrichtung und Länder bestimmen können, ihre Eigeninteressen berücksichtigen können und der Vorgang eher unbürokratisch erfolgt. Auf multilateralen Ebenen sei es häufig schwer, sich auf ein gemeinsames Ziel festzulegen und deswegen sei die multilaterale Zusammenarbeit aktuell in einer Krise. Aktuell seien fast 70-80 % deutscher EZ bilateral (E7). In der multilateralen EZ haben jedoch die Zielländer zum Teil mehr Mitspracherecht, die Eigeninteressen der Geberländer haben nicht so viel Gewicht und die Bewältigung größerer Aufgaben ist möglich. Natürlich treten hier höhere Koordinierungskosten auf und auch der bürokratische Aufwand sei höher (Klingebiel 2013: 24–25).

6.2.2 Bilaterale staatliche Projekte

In den analysierten Dokumenten finden sich zwei Kriterienlisten, nach denen das BMZ die Landesliste für Kooperationen erstellt hat. So wurden 2011 fünf Fragen präsentiert, welche das BMZ bei seiner Entscheidung leiten:

> „Wie arm ist das Land? Können wir durch die Zusammenarbeit globale öffentliche Güter schützen, wie Klima, Weltgesundheit und Frieden? Verfolgt die Regierung eine entwicklungsfreundliche Politik und will sie Reformen voranbringen? Welchen Mehrwert bringt Deutschland im Vergleich zu anderen Gebern ein? Gibt es gewachsene historische und politische Beziehungen zu dem Land?“ (BMZ 2011: 8)

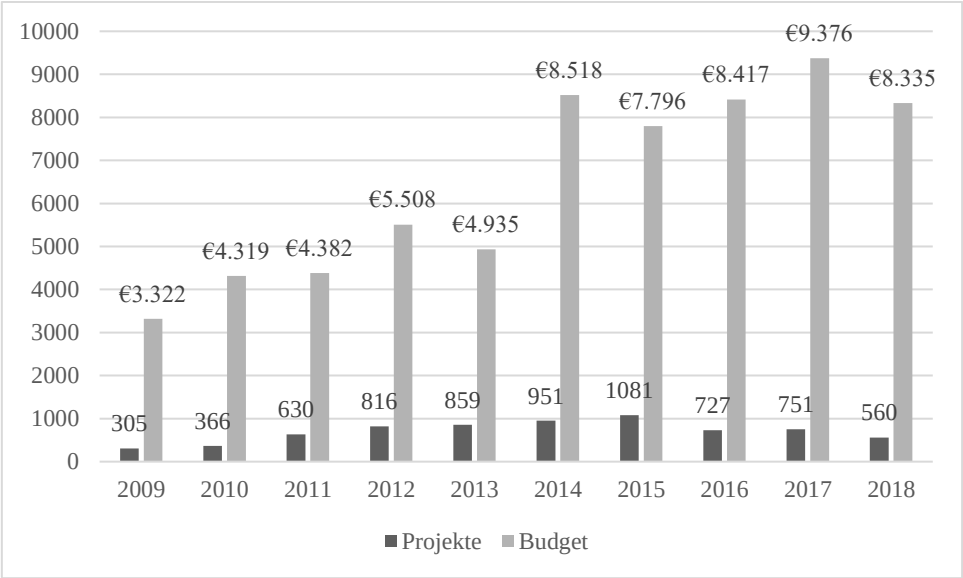
Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht (2013) werden insgesamt vier Kriterien aufgeführt, welche das BMZ auf der Basis der Kriteriengruppe des Koalitionsvertrages auf die Länderliste angewendet hat:

> „1. Leistungsfähigkeit, Regierungsführung und Rahmenbedingungen im Partnerland (auch Gefahrenquellen),
> 2. Armut und Bedürftigkeit,
> 3. Arbeitsteilung, Signifikanz des deutschen Beitrags, Leistungen anderer Geber
> 4. Deutsche Interessen (auch strategische Partnerschaften und globale Umweltgüter).“ (BMZ 2013: 158)

Auf der aktuellen Internetseite des BMZ über die Auswahl der Kooperationsländer wird kein umfassender Kriterienkatalog angeführt. Es wird darauf verwiesen, dass verschiedene wichtige Kriterien berücksichtigt werden, wie z. B. „ (…) die entwicklungspolitische Notwendigkeit (…), die Entwicklungsorientierung des Kooperationslandes (...), besondere deutsche Interessen (…), sowie die Signifikanz des deutschen Beitrags und die Arbeitsteilung zwischen Gebern“ (BMZ 2019a).

Um die Transparenz der Arbeit in der deutschen EZ zu erhöhen, können im Rahmen des *International Aid Transparency Initiative (IATI)* die Daten der Projekte online eingesehen werden. Sie geben Auskunft über alle gestarteten Projekte seit 1980, einschließlich der Projektländer, Projektnamen, die Ausgaben für ein Projekt und ob das Projekt aktuell noch läuft (BMZ 2017c).

Abbildung 6.1 Ausgaben und Anzahl Projekte, 2009-2018



Aus den Daten geht hervor, dass die Anzahl der Projekte zwischen 2009 und 2018 zunächst stetig zugenommen hat. Während 2009 nur 305 Projekte neu gestartet wurden, waren es 2015 insgesamt 1081 neue Projekte. Seit 2015 hat die Anzahl jedoch wieder abgenommen und 2018 wurden nur 560 Projekte gestartet. Das Gesamtbudget für die neu gestarteten Projekte stieg auch nach 2015 noch und erreichte sein Hoch 2017 (9,4 Milliarden Euro), bevor es 2018 wieder abnahm (siehe auch Tabelle A1.7 im Anhang).

Regionale Schwerpunktsetzung

Bohnet (2015) schaut sich unter anderem die Projektschwerpunkte von Dirk Niebel und Gerd Müller an. So führte Niebel ein „Neues Konzept für Afrika ein“ (Bohnet 2015: 187), das Afrika als einen Kontinent der Chancen darstellt und Potenziale aufzeigt, um das negative Bild des Kontinents abzuschütteln. Außerdem fordert er ein starkes Engagement in Afghanistan und Subsahara-Afrika und eine „Transformationspartnerschaft“ mit Regionen in Nordafrika und dem Nahen Osten für die Förderung von demokratischen Strukturen. Für die Zusammenarbeit mit Schwellenländern wurde ein Konzept der EZ mit globalen Entwicklungspartnern (GEP) durch das BMZ erstellt (Bohnet 2015: 187–188). Dies galt insbesondere für Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko und Südafrika.

Die Aktivitäten Niebels in Afrika werden unter Müller mit dem Konzept „Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent“ (Bohnet 2015: 199) weitergeführt. Durch das Flüchtlingskonzept wird außerdem insbesondere Syrien, aber auch die Nachbarstaaten wie Jordanien, der Libanon und der Nordirak, unterstützt. Auch die Friedenssicherung im Nahen Osten und Nordafrika soll verfolgt werden (Bohnet 2015: 200) und daher wurde 2014 die

Sonderinitiative zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika vereinbart. Insgesamt konzentriert sich Gerd Müller bis 2015 auf Afrika, den Umgang mit Flüchtlingen, den Kilmaschutz und die Ernährungssicherung (Bohnet 2015: 202). 2017 wurde auch der Marshallplan mit Afrika[20] erstellt.

Krempin (2017) kritisiert die Konzentration der Projekte auf die von der „Flüchtlingskrise" betroffenen Regionen, da dadurch in vielen anderen Ländern, die nicht im Fokus der aktuellen Debatte stehen, weniger Projekte durchgeführt werden. Dabei sei es für eine langfristige Perspektive wichtig, diese Länder zu unterstützen (Krempin 2017: 46–47).

In der Analyse der Dokumente wurde deutlich, dass Afrika bereits 2009 im Mittelpunkt bilateraler deutscher EZ stand. Eine Änderung ist dahingehend zu erkennen, dass im Laufe der Jahre der Nahe Osten immer häufiger in den Fokus gerät. Insbesondere seit 2014 wird immer wieder auf die Situation in Syrien und im Irak hingewiesen. Einen entgegengesetzten Trend erkennt man bei Afghanistan. Während 2009-2013 immer wieder darauf verwiesen wird, dass Afghanistan einen regionalen Schwerpunkt darstellt, taucht er in den Folgejahren kaum noch auf. Aus den Projektdaten wird ein solcher Trend ebenfalls erkennbar:

Tabelle 6.1 Anzahl der Projekte in ausgewählten Ländern, 2009-2018

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Afrika	18	18	22	36	45	49	54	46	55	40
Afghanistan	9	23	9	17	14	18	14	5	9	9
Naher Osten	1	1	6	9	13	23	34	19	12	10
Syrien	5	-	-	1	3	1	6	11	8	3
Irak	-	1	1	-	1	8	3	19	17	6

Quelle: BMZ 2017c

In den Experteninterviews wurde u. a. die Frage gestellt, welche Regionen aktuell im Fokus deutscher EZ stehen. Daraus geht hervor, dass sich die EZ zwar vielen Projekten in Herkunftsländern gewidmet habe, aber dass auch andere Regionen weiterhin im Fokus stehen. Obwohl beispielsweise die GIZ viel mehr in Anrainerstaaten von Syrien, wie Jordanien oder der Türkei, gehe, stehen immer noch Länder auf der Prioritätenliste des BMZ, bei denen es nicht um Geflüchtete geht (E11). Wenn man nur die Fluchtursachenbekämpfung betrachten würde, finde natürlich eine Konzentration auf die Herkunftsländer und Anrainerstaaten wie den Tschad, Niger oder Libyen statt. Bei anderen Projekten ginge es jedoch um wirtschaftliche Interessen (Ägypten, Ghana, Ruanda) oder um Not- und Übergangshilfe (Jordanien, Liba-

[20] Durch die Analyse der Dokumente fällt auf, dass der Titel des Projektes bei der Einführung noch Marshallplan für Afrika lautete. Dieser wurde aber 2018 in den Marshallplan *mit* Afrika umbenannt.

non) (E9, E12). Andere Experten sehen eine Fokussierung insbesondere auf Afrika seit 2015. Das sei durch die eingeführten Sonderinitiativen des BMZ zu erkennen und habe außerdem starke politische Motivationen. Andere Länder würden aus diesem Grund weniger beachtet werden (E7, E10). Und obwohl es Maßnahmen im Nahen Osten gibt, habe Afrika auch in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewonnen, was einer falschen Wahrnehmung geschuldet sei (E10). Also obwohl aktuell die meisten Menschen nicht aus Afrika kommen, steht dieser Kontinent trotzdem im Fokus. Dies könnte damit erklärt werden, dass die Anzahl der in Deutschland ankommenden Menschen aus Afrika im Vergleich zu anderen Nationalitäten leicht ansteigt (E10).

Thematische Schwerpunktsetzung

In den analysierten Dokumenten finden sich wenig Äußerungen bezüglich der direkten Ziele von EZ-Projekten. Es werden vor allem Schwerpunkte genannt, die verfolgt werden sollen und die bereits in Kapitel 5.1 dargestellt wurden.

Auch die IATI-Daten sagen wenig über die genauen Themen der Projekte aus und hier müsste eine intensivere Auseinandersetzung mit den einzelnen Zielen stattfinden. Allerdings lässt sich allein aufgrund der Häufigkeit der Begriffe Flucht und/oder Migration in den Projekttiteln feststellen, dass diese ab 2015 zugenommen haben (Tabelle im A1.18Anhang).

Zu den Themenschwerpunkten wurde gesagt, dass ein Großteil der aktuellen Projekte etwas mit Fluchtursachenbekämpfung zu tun habe und man müsse sich daher schon fast rechtfertigen, wenn man dieses Thema nicht verfolgt (E3). Dabei könne man bei konkreten Krisen oft gar nichts mit EZ machen und muss daher präventiv tätig werden (E4). Eine Expertenmeinung weicht von den anderen ab und sagt, dass die Politik 2015 zwar ein neues Label auf EZ geklebt habe und dass mehr Projekte ins Leben gerufen wurden, aber im Kern das Gleiche umgesetzt werde (E11). Es habe also keine Änderung der Projekte und deren Ziele gegeben. Ein anderer Experte widerspricht dieser Aussage, da es seit 2015 eine engere Bindung zwischen der EZ und der Migrationspolitik gäbe und dass dies auch auf der Ebene der Projektentwicklung und -durchführung zentral sei (E5).

Kritik

Kritik gibt es bei den Projekten und den ausgewählten Regionen insbesondere darüber, dass Länder, die keine akuten Probleme im Bereich Flucht haben oder nicht in Afrika liegen, keine oder nur wenig Unterstützung erhalten (E1, E11). Außerdem müsse man die Projekte langfristiger planen und insbesondere darauf achten, dass die Zivilbevölkerung miteingebunden ist. Nur so könne man effiziente EZ leisten. Auch müsse man bedenken, dass die Projekte

nach Beendigung von den Ländern weitergeführt werden sollen und daher müssen die Möglichkeiten und die Bedingungen dieser Weiterführung frühzeitig geplant werden (E6, E12).

6.3 Drittes Zwischenfazit

Innerhalb Deutschlands ist eine Zunahme von Projekten zu erkennen, die auf der einen Seite Menschen, die dauerhaft in Deutschland bleiben, bei der Integration fördern sollen. Auf der anderen Seite gibt es Projekte, welche die Rückkehr von Personen in ihre Herkunftsländer vor allem finanziell unterstützt. Insbesondere zu den Rückkehrprojekten gibt es jedoch viel Kritik bezüglich der Umsetzung der Ziele, die mit diesen Projekten verfolgt werden.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit Partnerländern wird die multilaterale Zusammenarbeit, obwohl sie insgesamt als effizienter dargestellt wurde, weniger von der deutschen Regierung verfolgt. Mögliche Gründe hierfür sind die höhere Einflussnahme und die bessere Interessensdurchsetzung bei bilateralen Projekten. Hier wird das Interesse über den Erhalt der Macht der politisch-administrativen Akteure deutlich, da sie möglichst wenig Entscheidungskompetenzen an internationale Organisationen übertragen möchten.

Wie aus den Kriterienlisten hervorgeht, spielen bei der Auswahl der Partnerländer die deutschen Interessen ebenfalls eine Rolle. Dabei hat die Anzahl der neu gestarteten bilateralen Projekte bis 2015 zugenommen, bevor diese wieder abfiel. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass es sich bei diesen Zahlen nur um die Anzahl der gestarteten, nicht aber um die aktuell laufenden Projekte handelt. Das Budget für die Projekte stieg 2014 stark an und ist seitdem nur leichten Schwankungen ausgesetzt. Dadurch wird die Erkenntnis bestätigt, dass mehr Geld in Projekte deutscher EZ geflossen ist.

Bezüglich des thematischen Schwerpunktes ist eine Hervorhebung von Fluchtursachenbekämpfung zu erkennen. Dabei gibt es die Befürchtung, dass Länder abseits der Fluchtthematik nicht mehr gefördert werden, da sie aktuell weniger Bedeutung für Deutschland haben. Durch die Setzung des thematischen Schwerpunktes möchte man möglichst verhindern, dass Menschen ihre Länder verlassen (müssen) und nach Deutschland migrieren. Auch die Zunahme von Projekten im Nahen Osten weist darauf hin.

Allerdings ist der Nahe Osten nicht der regionale Schwerpunkt der Projekte deutscher EZ, obwohl die Bedeutung dieser Region zugenommen hat. Es wurde deutlich, dass dieser schon seit 2009 auf Afrika liegt, auch wenn von hier nicht die meisten Asylantragsteller nach Deutschland kommen. Aus welchem Grund Afrika im Mittelpunkt steht, kann neben humanitären Gründen aber auch andere Ursachen haben. Es könnte zum einen auf die bereits frühe

Fokussierung auf Afrika, die Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit oder auf präventiven Maßnahmen zurückzuführen sein.

In Bezug auf die zugrundeliegende Theorie wurde somit nachgewiesen, dass die deutschen Interessen bei den durchgeführten Projekten der EZ eine Rolle spielen und auch die Interessen des Eigennutzes der politisch-administrativen Akteure haben einen Einfluss, da man keine Übertragung an internationale Organisationen möchte.

7. Fazit & Ausblick

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Entwicklung der deutschen ODA-Quote sowie die politische Diskussion zu den Themen Flucht und Migration der letzten zehn Jahre zu untersuchen und somit der Frage nachzugehen, inwiefern sich die EZ in Deutschland den Interessen des eigenen Landes zuwendet. Dabei liegt die Theorie zugrunde, dass nationale Interessen die Ausrichtung der Außenpolitik mitbestimmen. Dafür wurden drei Analysekapitel präsentiert, die sich jeweils mit einer Unterfrage und einer These auseinandersetzten.

Das vierte Kapitel zielte darauf ab, Änderungen in der Verwendung der finanziellen Mittel aufzuzeigen. Dabei ergab die Analyse der deutschen ODA-Quote, dass diese insbesondere seit 2015 stark angestiegen ist. Es wurde deutlich, dass dies vor allem den gestiegenen Ausgaben im Geberland geschuldet ist, da mehr Geld für die Asylantragsteller verwendet und auch prozentual mehr dieser Ausgaben an die ODA angerechnet wurden. Allerdings ist deutlich geworden, dass die deutsche ODA-Quote auch ohne die Anrechnung der *in-donor costs* angestiegen ist. Dies begründet sich dadurch, dass sich die Höhe der Ausgaben an aktuellen Herausforderungen orientiert, welche einen politischen Druck verursachen.

Um die These zu beantworten, dass diejenigen Länder, aus denen die meisten Menschen nach Deutschland kommen auch mehr ODA-Mittel erhalten, wurden vor allem Länder betrachtet, aus denen in den letzten Jahren besonders viele Personen einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt haben. Dabei ergab die Untersuchung, dass für Afghanistan, den Irak und Syrien ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Asylanträgen und der Höhe der Mittel erkennbar ist. Für den Iran und Eritrea wurde eine solche Korrelation allerdings nicht festgestellt. Der zweite Teil dieser These, dass die Unterstützung für LDCs aufgrund der Fokussierung auf die Bekämpfung von Fluchtursachen abgenommen habe, kann verworfen werden. Obwohl der prozentuale Anteil der ODA, welcher in diese Länder geht, seit 2015 deutlich zurückgegangen ist, so haben die absoluten Zahlen der Mittel insgesamt zugenom-

men haben. Daraus lässt sich schließen, dass die erhöhten ODA-Zahlungen nicht in die LDCs gingen, aber dass die Zahlungen auch nicht zurückgegangen sind.

Um die zweite Unterfrage zu beantworten, ob es sich bei der Vergabe der Mittel um eine eigennützige Entscheidung handelt, wurden mit Hilfe einer Inhaltsanalyse im fünften Kapitel Änderungen in der politischen Diskussion dargestellt. Dabei wurde festgestellt, dass die Themen Flucht und Migration zunächst eine untergeordnete Rolle spielten und sich Niebel vor allem auf die Wirtschaft in den Entwicklungsländern konzentrierte. Bei Müller spielen Flüchtlinge von Anbeginn eine größere Rolle und rücken in den politischen Fokus. 2015 geht es dabei vorrangig um die Finanzierung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Erst später geht es immer häufiger darum, wie man die Ursachen der Flucht bekämpfen kann, wie man Migration steuern und Integration in Deutschland unterstützen kann. Insgesamt ist jedoch zu erkennen, dass Entwicklungszusammenarbeit in der Innenpolitik immer häufiger thematisiert wird und somit insgesamt einen Bedeutungszuwachs erhält.

In Bezug auf die Eigeninteressen wurde deutlich, dass diese schon immer mit einbezogen wurden, aber eine thematische Veränderung stattgefunden hat. Dadurch, dass EZ mehr in der Öffentlichkeit steht, werden auch die Eigeninteressen deutlicher kommuniziert und scheinen mehr in den Vordergrund zu rücken. Die Hypothese der Theorie von Freund und Rittberger, dass innenpolitische Interessen das außenpolitische Handeln eines Landes formen, konnte hier nachvollzogen werden. Dabei können sowohl die Interessen der Bevölkerung als auch die Interessen der Bundesregierung einen Einfluss ausüben. Allerdings wurde durch diese Untersuchung auch deutlich, dass humanitäre Interessen ebenfalls einen Einfluss auf die Vergabe der Mittel haben.

Die These zu der zweiten Frage, dass EZ in Deutschland zunehmend für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert wird, kann nur zum Teil angenommen werden. EZ wird in innenpolitischen Diskussionen häufiger thematisiert, da die damit verbundenen Themen aufgrund ihrer Aktualität mehr in die Öffentlichkeit gerückt wurden. Daher spielen die deutschen Interessen in der EZ, auch wenn diese schon vorher von Bedeutung waren, eine zentralere Rolle. Dadurch konnten mehr Gelder für diesen Bereich bereitgestellt werden. Ob man hier aber tatsächlich von einer Instrumentalisierung sprechen kann, ist nicht ausschließlich festzustellen.

In der dritten Unterfrage ging es schließlich um die Ziele, welche mit Projekten deutscher EZ verfolgt werden. Dabei wurden Projekte innerhalb und außerhalb Deutschlands betrachtet. Innerhalb Deutschlands ist eine Zunahme von Projekten zu erkennen, um Integration zu fördern und die Rückkehr von Personen in ihre Herkunftsländer zu unterstüt-

zen. Daraus lässt sich schließen, dass man das Verlassen Deutschlands zunehmend unterstützt und auf der anderen Seite Menschen, die dauerhaft in Deutschland bleiben, erfolgreich integrieren möchte. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit Partnerländern wurde eine thematische Entwicklung hin zu mehr Fluchtursachenbekämpfung deutlich. Ziel ist es hierbei, die Lage vor Ort zu verbessern, aber auch die Wanderung nach Deutschland zu verhindern. Eine Fokussierung auf bilaterale Projekte trotz eines Effizienzverlustes gegenüber multilateralen Projekten weist darauf hin, dass die Durchsetzung von eigenen Interessen bei der Umsetzung von Bedeutung ist. Bei der Untersuchung zum regionalen Schwerpunkt wurde in der Analyse der Dokumente deutlich, dass Afrika bereits 2009 im Mittelpunkt bilateraler deutscher EZ stand, aber im Laufe der Jahre der Nahe Osten immer häufiger in den Fokus geraten ist. Insbesondere seit 2014 wird häufig auf die Situation in Syrien und im Irak hingewiesen, während ein entgegengesetzter Trend für Afghanistan besteht. Daraus lässt sich schließen, dass Länder mit aktuellen Herausforderungen mehr im Fokus stehen. Warum Afrika weiterhin im Zentrum steht, lässt sich nicht abschließend feststellen. Hierbei könnten die humanitäre Lage vor Ort, die Unterstützung Binnenvertriebener oder die präventive Verhinderung von Migration eine Rolle spielen.

Die These, dass sich deutsche EZ vor allem auf die Minderung von Flucht- und Migrationsflüssen nach Deutschland konzentriert, kann daher nicht abschließend angenommen werden. Aber eine Tendenz dahingehend ist durch diese Untersuchung deutlich geworden.

In allen dargestellten Analysen konnte nachgewiesen werden, dass die politisch-administrativen Akteure den von Freund und Rittberger (2011) dargestellten Grundinteressen folgen. Mit EZ verfolgen diese die Erhaltung ihrer Entscheidungskompetent indem mehr bilaterale Projekte verfolgt werden, die Ausweitung der finanziellen Mittel u. a. durch die *in-donor costs* und haben ein Interesse der Wiederwahl, indem die Ängste der Bevölkerung zu Änderungen führen. Somit wurde die Hypothese bestätigt, dass ein Zusammenhang zwischen der Ausrichtung von EZ und den innenpolitischen Interessen der politisch-administrativen Akteure besteht. Allerdings wurde in dieser Arbeit ein weiterer kollektiver Akteur erkannt, welcher ebenfalls die einen Einfluss auf die Ausrichtung der deutschen EZ hat. Die Bevölkerung hat einen direkten Einfluss auf die Außenpolitik und kann politischen Druck ausüben, um das Interesse der eigenen Sicherheit zu wahren.

Abschließend lässt sich daher feststellen, dass mehr Mittel bereitgestellt wurden und mehr Projekte deutscher EZ gestartet wurden, aber das damit auch häufig eigene Interessen verfolgt wurden. Zwar spielen diese Eigeninteressen schon lange eine Rolle in der deutschen

EZ, aber durch die Flucht und Migrationskrise sind diese weiter in den Vordergrund gerückt. Erst als Deutschland selbst von der Flucht- und Migrationskrise betroffen war, erhöhten sich die Ausgaben für EZ im In- und Ausland.

Die Eigeninteressen entwickelten sich zu einer Legitimitätsgrundlage deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Dabei hatten die Interessen der deutschen Bevölkerung (Sicherheit, Handlungsfähigkeit) und die immer breiter dargestellten Herausforderungen einen direkten Einfluss. Die deutsche EZ hat insgesamt einen Bedeutungszuwachs erfahren, um mit den Herausforderungen umzugehen. Dadurch hat auch der Einfluss der Innenpolitik auf diesen Bereich zugenommen. Weil die EZ in den Fokus getreten ist, erwartet die Bevölkerung Ergebnisse und einen Rückgang von Flucht und Migration, was wiederum einen Handlungsdruck auf die Regierung ausübt.

Somit kann abschließend die Forschungsfrage damit beantwortet werden, dass EZ in Deutschland schon früher den eigenen Interessen gefolgt ist, dass aber durch das Aufkommen von Flucht und Migration nach Deutschland Entwicklungszusammenarbeit immer mehr in den Mittelpunkt geraten ist und durch diese zentrale Stellung der Einfluss durch die innenpolitischen Interessen zugenommen hat.

Im Vergleich zu anderen Untersuchungsergebnissen lassen sich folgende Übereinstimmungen finden. Es konnte festgestellt werden, dass aktuelle Herausforderungen teilweise zu einer Umorientierung deutscher EZ geführt haben und dass sich Projekte nun häufiger an migrationsrelevanten Themen orientieren. Dies entspricht den Ergebnissen von Knoll und Sherriff (2017: 145–148), die sich insbesondere mit der finanziellen Entwicklung auseinandergesetzt haben. Auch der Befund von Bohnet (2015: 7), dass durch eine Zunahme der beteiligten Akteure eine Veränderung des Politikfeldes der Entwicklungspolitik einhergeht, konnte nachvollzogen werden. Allerdings konnte die vorliegende Untersuchung herausstellen, in welche Richtung sich diese Veränderung vollzogen hat und dass aufgrund des Bedeutungszuwachses auch die Legitimitätsgrundlage verstärkt dargestellt werden musste.

In Bezug auf den Bericht von der Deutschen Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. (2017), lassen sich ebenfalls viele Parallelen erkennen und die Hauptthese dieses Berichts, dass EZ zunehmend für innenpolitische Interessen genutzt wird, konnte zum Teil bestätigt werden. Allerdings wurde durch die vorliegende Arbeit nachgewiesen, dass diese Interessen schon früh Teil deutscher EZ waren und sich nun thematisch verändert haben. Des Weiteren widerspricht diese Arbeit der Aussage, dass die absoluten Zahlen der ODA-Quote für LDCs abnehme. Die Quote ist zwar prozentual nicht parallel zu der Ge-

samt-ODA gestiegen, aber die Ausgaben sind trotz Unregelmäßigkeiten über den gesamten Zeitraum hinweg angestiegen. Die Aussage, dass vor allem Schwellenländer wie China und Indien Empfänger deutscher Mittel sind, konnte bestätigt werden. Allerdings wird in dem Bericht nicht dargestellt, dass auch Afghanistan über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg ein Hauptempfänger war.

Der Befund von Stockmann et al. (2016), dass die Eigeninteressen immer einen Vorrang vor EZ-Zielen haben, konnte nicht ausschließlich nachvollzogen werden. Eigeninteressen spielen immer eine Rolle in der deutschen EZ, jedoch konnte nicht nachvollzogen werden, dass diese immer den Vorrang haben. Aber auch hier ist eine Tendenz dahingehend zu erkennen.

Neben der Beantwortung der Forschungsfrage hat diese Arbeit zu der Erkenntnis geführt, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch die Innenpolitik als auch durch die eigene Bevölkerung beeinflusst wird.

Diese Arbeit hat sich ausschließlich mit der Unterstützung durch öffentliche Mittel beschäftigt. Um eine Aussage darüber treffen zu können, ob sich Deutschland bei der EZ auch außerhalb des politischen Raums eher auf die eigenen Interessen konzentriert, ist eine Analyse von privaten Investitionen notwendig und die Betrachtung von Projekten durch NGOs sinnvoll.

Innerhalb dieser Arbeit sind weitere Fragen aufgekommen, welche in weiterführenden Untersuchungen beantwortet werden können. Dazu zählt die Frage, warum kein Fokus auf den LDCs liegt und stattdessen Länder wie China und Indien von der ODA-Quote profitieren. Hierfür wäre eine genauere Betrachtung der Projekte notwendig, welche in diesen Ländern unterstützt werden. Außerdem wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit den Schwankungen der ODA-Mittel für einzelne Länder interessant, die sich aus den hohen Standardabweichungen ergeben. Dadurch könnte man erfahren, ob Länder tatsächlich aufgrund einer akuten Krise mehr Unterstützung erhalten haben oder ob eventuell andere Interessen eine Rolle spielten.

Interessant wäre eine Auseinandersetzung mit dem Stellenwert der Eigeninteressen aus einer ethischen Perspektive. Sollte man die Interessen der eigenen Bevölkerung über die anderer Menschen stellen? Insbesondere seit Donald Trumps „America First“ wäre diese Betrachtung relevant.

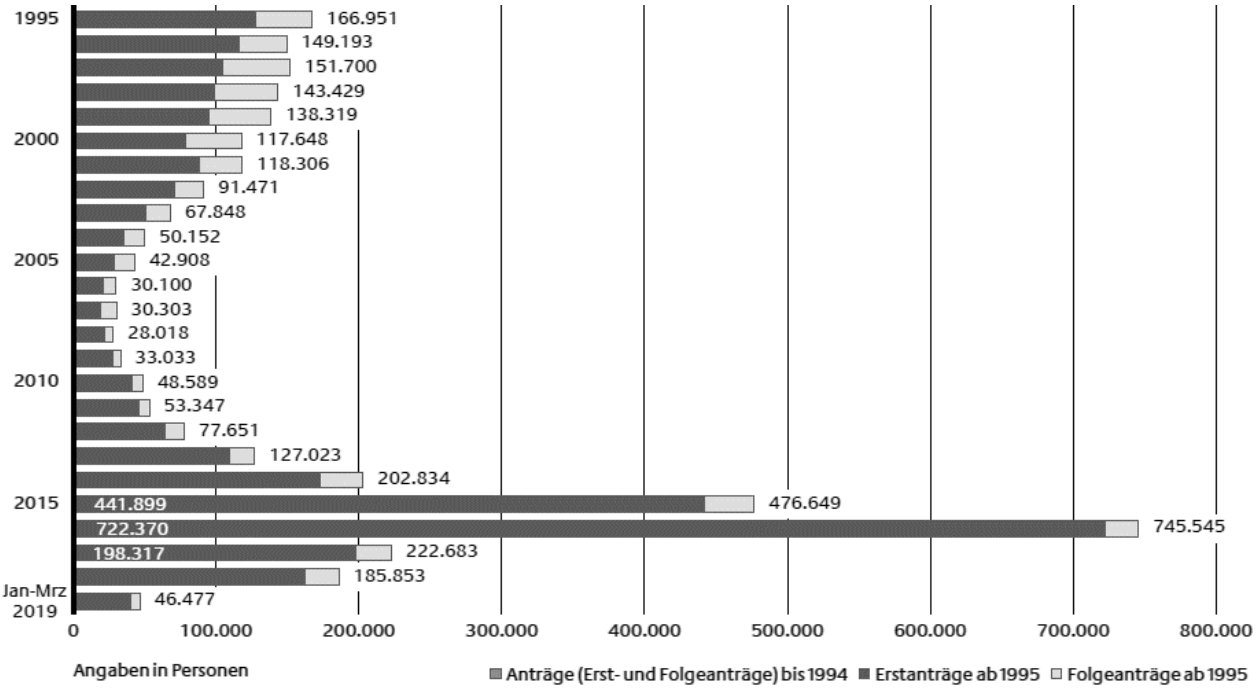
Aus den Aussagen der Experten lassen sich zudem Empfehlungen für die Bundesregierung ableiten, die über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Die Ergebnisse der Inter-

views lassen sich auch auf andere Fragstellungen anwenden und bieten eine interessante Grundlage für weitere Untersuchungen.

Anhang

A1 – Tabellen und Abbildungen

A1.1 Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 1995 in Deutschland



Quelle: BAMF 2019: 5

A1.2 Liste der befragten Experten in alphabetischer Reihenfolge

ExpertIn	**Funktion**
Betz, Joachim	Seit 2012 Associate am GIGA Institut für Asien-Studien, zuvor zwischen 2007 - 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien, u. a. zuständig für Entwicklungsfinanzierung
Braun, Christiane	Mitarbeiterin im GIZ, Projektmanagerin im Verbindungsbüro des BAMF
Friedhoff, Dietmar	MdB seit 2017, Obmann und ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die AfD-Bundestagsfraktion
Goltermann, Lukas	Referent im Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)
Grünewald, Andreas	Mitarbeiter im Büro von MdB Maria Schreiber, Obfrau und ordentliches Mitglied im Ausschuss wirtschaftliche Zusammen-

	arbeit und Entwicklung der Fraktion DIE LINKE
Hoffman, Christoph	MdB seit 2017, Entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
Klimke, Jürgen	MdB von 2002-2017, zwischen 2009-2013 Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU-Bundestagsfraktion, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Oltmer, Jochen	Apl. Prof. für historische Migrationsforschung (deutsche, europäische und globale Migrationsverhältnisse) an der Universität Osnabrück
Pfäfflin, Jürgen	Mitarbeiter im BMZ, Referat 220: Grundsatzfragen von Flucht und Migration
Reuke, Ludger	Referent für Entwicklungspolitik bei Germanwatch e.V.
Schraven, Benjamin	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (D.I.E.)
Weber, Gabi	MdB seit 2013, Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion, Obfrau und ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion

A1.3 Ausgewählte Dokumente für die Dokumentenanalyse, nach Erscheinungsjahr

Titel	**Institution**	**Jahr**
13. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung	BR	2008
Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP	BR	2009
Katastrophenvorsorge – Beiträge der deutschen EZ (Informationsbroschüre)	BMZ	2010
9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen	AA	2008-2010
Deutsche Entwicklungspolitik auf einen Blick	BMZ	2011
Die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik (Flyer)	BMZ	2012
Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, 2012: Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Herrmann (GRÜNE). Erfüllung der ODA Quote in Berlin. Deutscher Bundestag Drucksache 17/10 199	BR	2012
10. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen	AA	2010-2012
14. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung. Weißbuch zur Entwicklungspolitik	BR	2013
Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD	BR	2013
Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. EINEWELT – Unsere Verantwortung (Broschüre)	BMZ	2014

11. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen	AA	2012-2014
EINEWELT ohne Hunger ist möglich – Lösungsansätze der deutschen Entwicklungspolitik (Broschüre)	BMZ	2015
Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke. Aktuelle Entwicklungen der ODA-Quote. Deutscher Bundestag Drucksache 18/8479	BR	2016
12. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen	AA	2014-2016
Der Zukunftsvertrag für die Welt Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung	BMZ	2017
Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik. 15. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung	BR	2017
Deutsche Entwicklungszusammenarbeit wirkt. Beispiele im Überblick.	BMZ	2018
Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik	BMZ	2018
Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD. Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag Drucksache 19/1086	BR	2018
Kleine Anfrage der Abgeordneten Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP. Engagement der Bundesregierung für die Bekämpfung von Fluchtursachen. Deutscher Bundestag Drucksache 19/495	BR	2018
Masterplan Migration	BMI	2018
Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD	BR	2018
EINEWELT ohne Hunger ist möglich	BMZ	2019

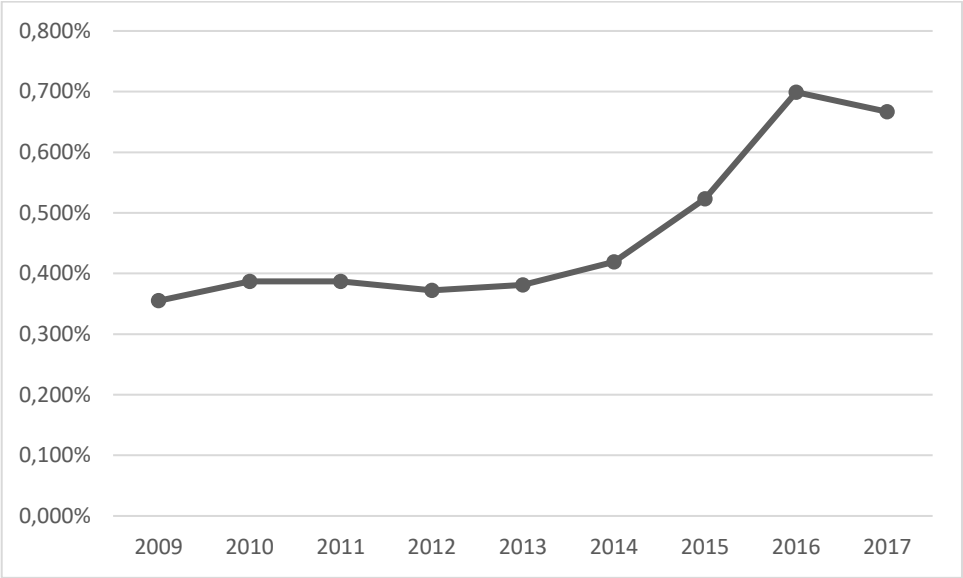
BR= Bundesregierung; AA = Auswärtiges Amt

A1.4 Erweiterte Dokumente der Dokumentenanalyse, nach Erscheinungsjahr

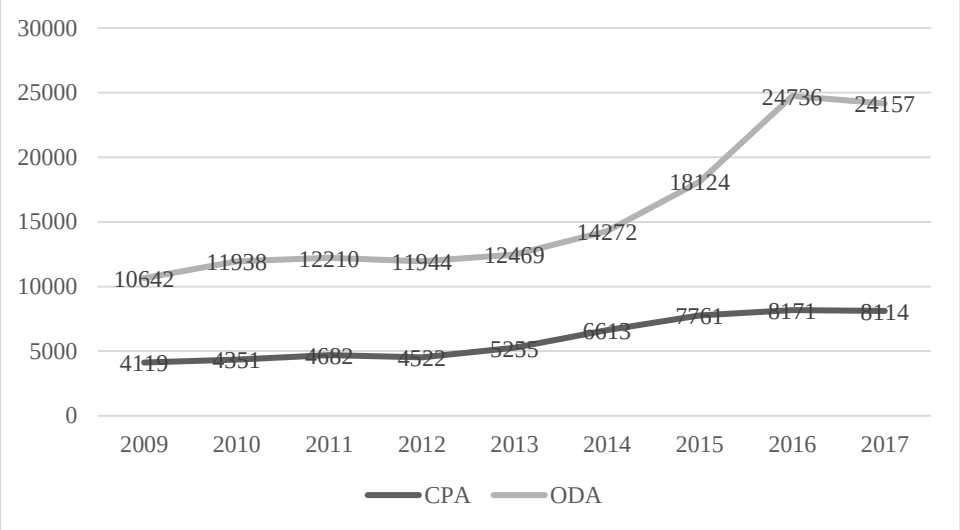
Titel	**Dokumenttyp/Thema/Verfasser**	**Jahr**
Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel im Wortlaut	Regierungserklärung	2009
„Entwicklungshilfe muss sich überflüssig machen“	Interview mit Dirk Niebel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“	2009
Entwicklungspolitik ist Hilfe zur Selbsthilfe	Undefiniert	2009
Regierungspressekonferenz vom 15. Dezember	Mitschrift Pressekonferenz	2010
Mehr Geld für effizientere Entwicklungszusammenarbeit	Bundeshaushalt 2011	2010
„Entwicklungszusammenarbeit darf auch interessengeleitet sein“	Interview mit Dirk Niebel im „Handelsblatt“	2010
Kräfte bündeln – neue Perspektiven nutzen	Entwicklungszusammenarbeit	2010

Mehr Mittel für Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik	Entwicklungszusammenarbeit	2010
Sommerpressekonferenz Merkel	Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik	2010
Haushalt Entwicklungshaushalt: Mittel werden aufgestockt	Bundeshaushalt 2012	2011
Entwicklungspolitik nutzt beide Seiten	Interview mit Dirk Niebel vom Magazin für Europa und Internationales	2011
Innovative Lösungen für globale Probleme	Entwicklungszusammenarbeit	2011
„Alle unserer Projekte sind regierungsfern“	Interview mit Dirk Niebel in der „Berliner Zeitung“	2011
Entwicklungspolitik ist Verantwortung	Haushalt	2012
Entwicklungsminister Niebel zum Welternährungstag	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	2012
42 Millionen Menschen auf der Flucht	Weltflüchtlingstag	2012
Investition weiter gesteigert	Entwicklungszusammenarbeit	2013
Nachhaltige Entwicklung gestalten	Weissbuch Entwicklungspolitik	2013
Konflikte vorbeugen und Frieden sichern	Krisenprävention	2013
„Wir lassen die Menschen nicht allein“	Interview mit Niebel in der „Welt am Sonntag“	2013
Humanitäre Krisen größte Herausforderung	Etat des Entwicklungsministeriums	2014
Hilfe für Flüchtlinge ausweiten	Interview Müller mit der „Welt“	2014
Mit Mut und Investitionen in die Zukunft	Etat des BMZ	2014
Sommerpressekonferenz Merkel	Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik	2014
Merkel für ehrgeizige Entwicklungsziele	Podcast	2015
„Wir brauchen eine neue Strategie“	Interview mit Müller im „Tagesspiegel“	2015
Deutschland erneut drittgrößter Geber	Entwicklungszusammenarbeit	2015
Globale Verantwortung übernehmen	Haushaltsentwurf 2016	2015
Sommerpressekonferenz Merkel	Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik	2015
Strategie für Migration und Entwicklung	Auswärtiges Amt	2016
Mehr Engagement für Flüchtlinge und für Afrika	Etat für Entwicklungspolitik	2016
Mehr Geld für EU	OECD-Zahlen	2016
Entwicklungspolitik kann Frieden schaffen	Interview mit Müller in der JVG	2016
Sommerpressekonferenz Merkel	Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik	2016
Gut beraten und global engagiert	Entwicklungszusammenarbeit	2017
Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel	Im Wortlaut	2017
Bildung zentral in der Entwicklungspolitik	Bericht im Bundestag	2017
Die Welt im Umbruch	Auswärtiges Amt	2018
Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern	Auswärtiges Amt	2018
Sommerpressekonferenz Merkel	Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik	2018

A1.5 Netto- ODA Deutschland (in Prozent am BNE), 2009-2017



A1.6 Entwicklung der CPA und ODA-Quote (in Millionen US Dollar), 2009-2017



Quelle: OECD (2019), Country Programmable Aid (CPA) (indicator), eigene Darstellung

A1.7 Übersicht der deutschen bilateralen Projekte, 2009-2019

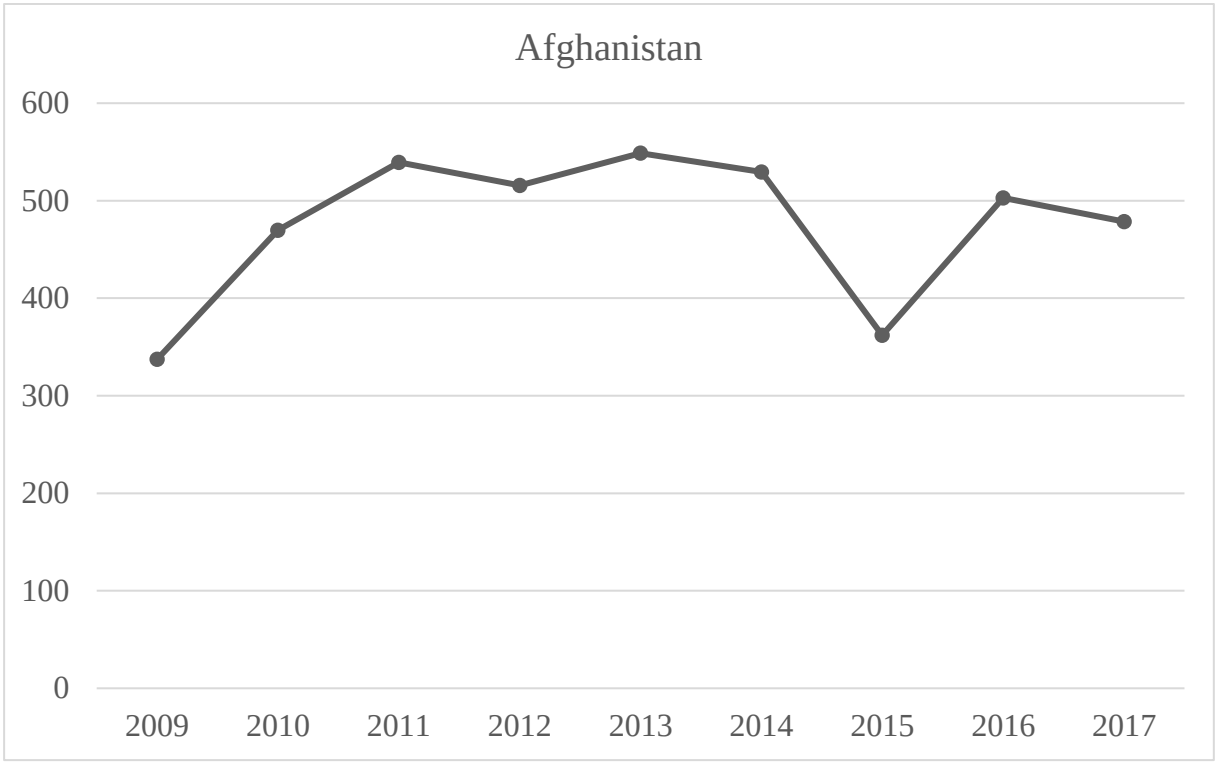
Jahr	Neue Projekte	Land/Region	Sektor	Status	Gesamtbudget
2009	305	G&R Maßnahmen (27), Indien (20), Afrika (18), Ruanda (9), Afghanistan (9), Benin (8)	Staat und Zivilgesellschaft (51), Wasser und Abwasser/ Abfallentsorgung (40), Multisektor/ Querschnitt (38)	laufend: 40 beendet: 99 Projektabschluss: 166	3.322.579.423€
2010	366	G&R Maßnahmen (34), Afghanistan (23), Afrika (18), Amerika (11), Pakistan (11), Indien (11), Peru (11)	Multisektor/Querschnitt (64), Staat und Zivilgesellschaft (59), Energieerzeugung und -versorgung (42)	laufend: 61 beendet: 87 Projektabschluss: 218	4.319.289.121€
2011	630	G&R Maßnahmen (80), Indien (35), Afrika (22), Amerika (19), Asien (17), Kenia (17), Tunesien (17)	Multisektor/Querschnitt (129), Staat und Zivilgesellschaft (83), Bildung (75)	laufend: 99 beendet:177 Projektabschluss: 354	4.382.279.298€
2012	816	G&R Maßnahmen (104), Indien (49), Afrika (36), Asien (31), Äthiopien (18), Bangladesch (18)	Multisektor/Querschnitt (136), Staat und Zivilgesellschaft (141), Bildung (102)	laufend: 140 beendet:271 Projektabschluss: 405	5.508.946.019€
2013	859	G&R Maßnahmen (160), Afrika (45), Indien (35), Tansania (21), Amerika (23), Burkina Faso (21)	Multisektor/Querschnitt (131), Staat und Zivilgesellschaft (145), Bildung (131)	laufend: 175 beendet:381 Projektabschluss: 303	4.935.877.627€
2014	951	G&R Maßnahmen (145), Afrika (49), Indien (43), Naher Os-	Multisektor/Querschnitt (145), Staat und Zivilgesellschaft (153), Bildung	laufend: 239 beendet:484 Projektabschluss: 228	8.518.686.247€

		ten (23), Amerika (27), Kenia (24), Asien (21)	(129)		
2015	1081	G&R Maßnahmen (178), Afrika (54), Indien (42), Naher Osten (34), Asien (30), Amerika (29)	Staat und Zivilgesellschaft (192), Multisektor/Querschnitt (162), Bildung (159)	laufend: 483 beendet:470 Projektabschluss: 159	7.796.063.941€
2016	727	G&R Maßnahmen (162), Afrika (46), Amerika (24), Naher Osten (19), Irak (19), Kongo, D.R. (17)	Staat und Zivilgesellschaft (120), Multisektor/Querschnitt (120), Bildung (68)	laufend: 580 beendet:123 Projektabschluss: 24	8.417.421.437€
2017	751	G&R Maßnahmen (155), Afrika (55), Jordanien (28), Asien (22), Amerika (21), Irak (17)	Multisektor/Querschnitt (134), Staat und Zivilgesellschaft (121), Humanitäre Hilfe (66)	laufend: 669 beendet: 64 Projektabschluss: 18	9.376.684.175€
2018	560	G&R Maßnahmen (98), Afrika (40), Asien (19), Amerika (17), Marokko (12), Indien (12), Äthiopien (12)	Staat und Zivilgesellschaft (115), Multisektor/Querschnitt (88), Bildung (56)	laufend: 558 beendet: 2	8.335.642.479€
2019	103	G&R Maßnahmen (17), Afrika (16), Afghanistan (3), Asien (3), Indonesien (3), Kenia (3), Konko, D.R. (3)	Staat und Zivilgesellschaft (20), Multisektor/Querschnitt (20), Landwirtschaft (9), Wasser- und Abwasser/Abfallentsorgung (9)	Laufend: 103	766.344.300 €

- G&R Maßnahmen = Globale und Regionale Maßnahmen

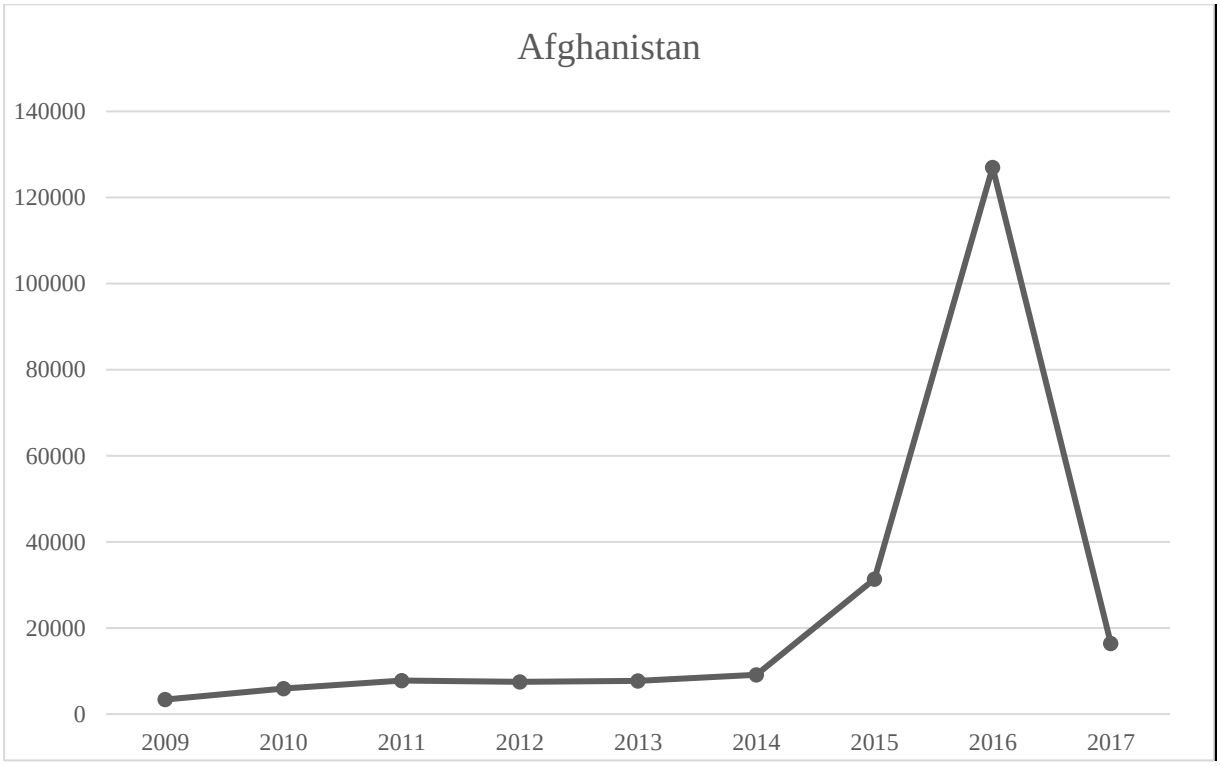
Quelle: BMZ 2017c, eigene Darstellung

A1.8 Deutsche ODA-Mittel an Afghanistan (in Millionen US-Dollar), 2009-2017



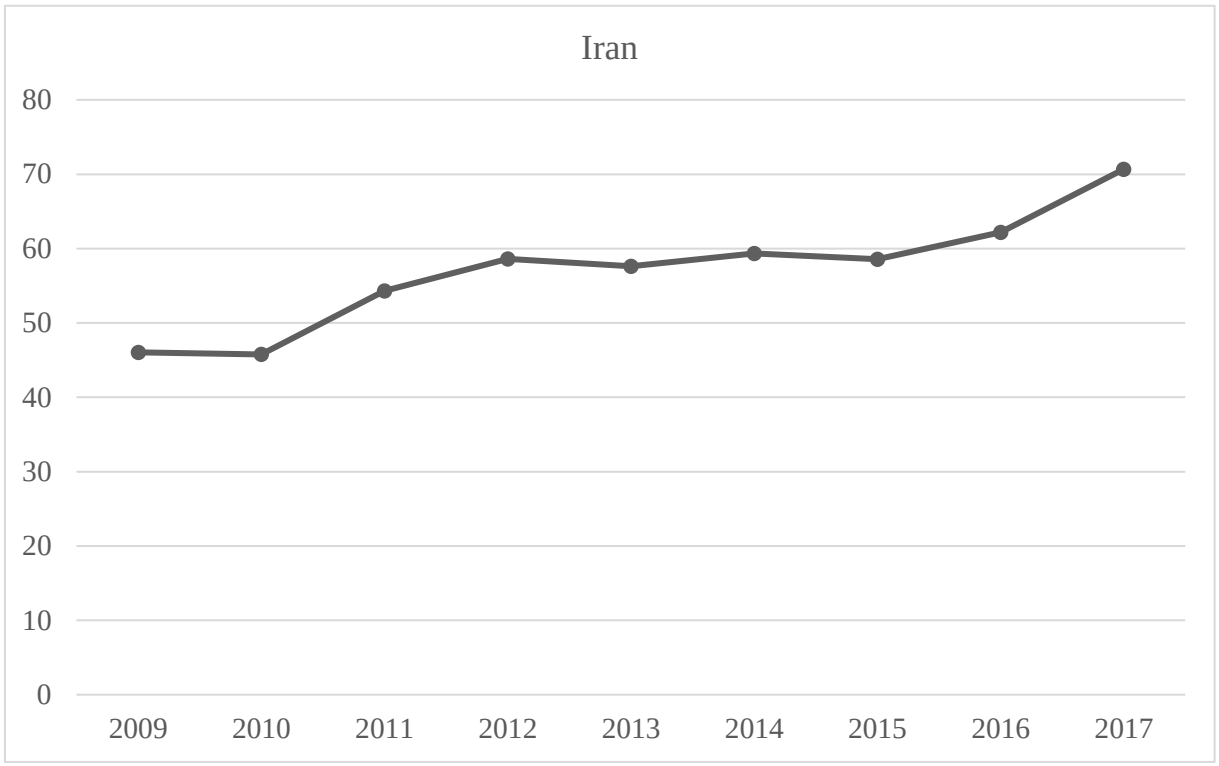
Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

A1.9 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017



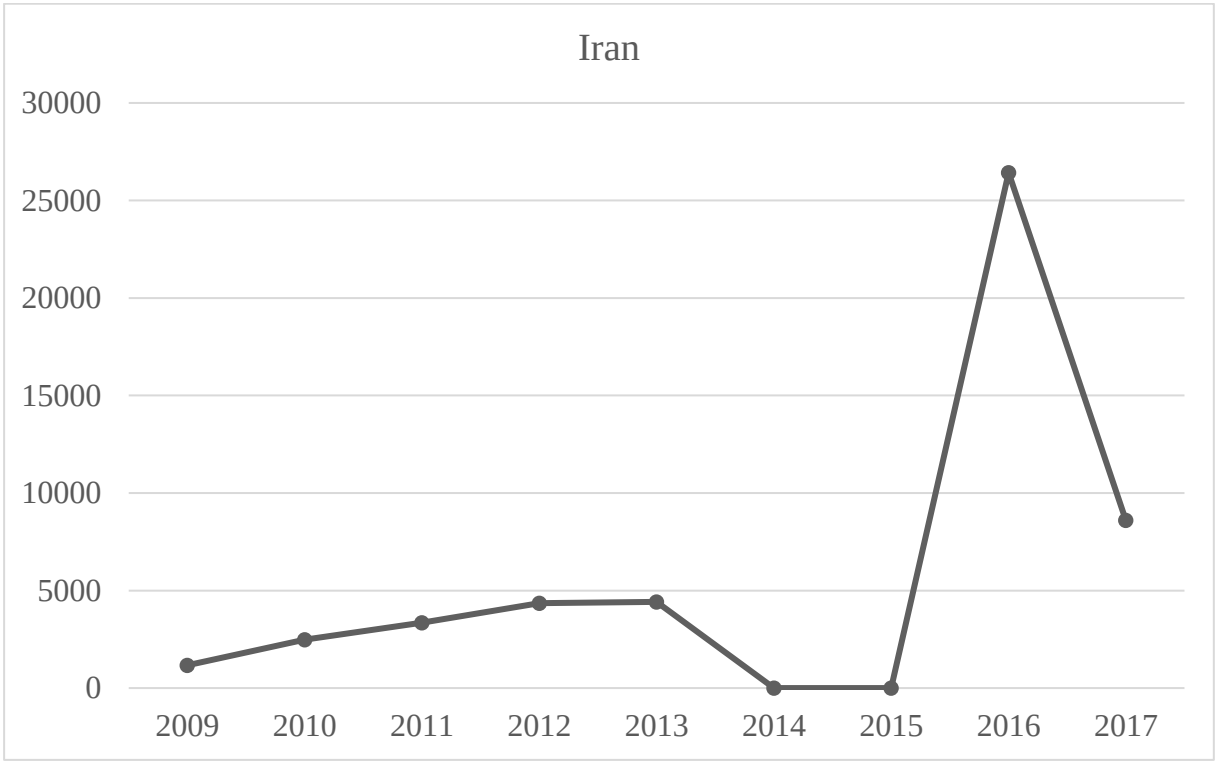
Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

A1.10 Deutsche ODA-Mittel an den Iran (in Millionen US-Dollar), 2009-2017



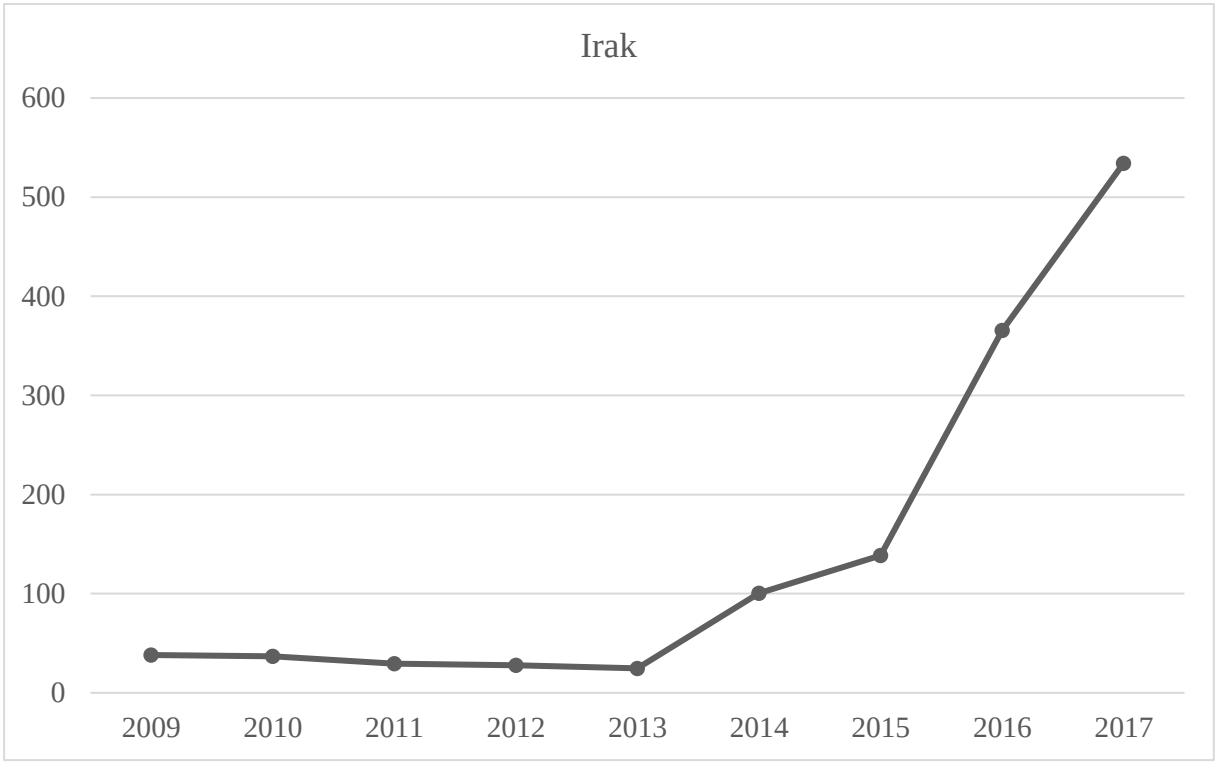
Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

A1.11 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit iranischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017



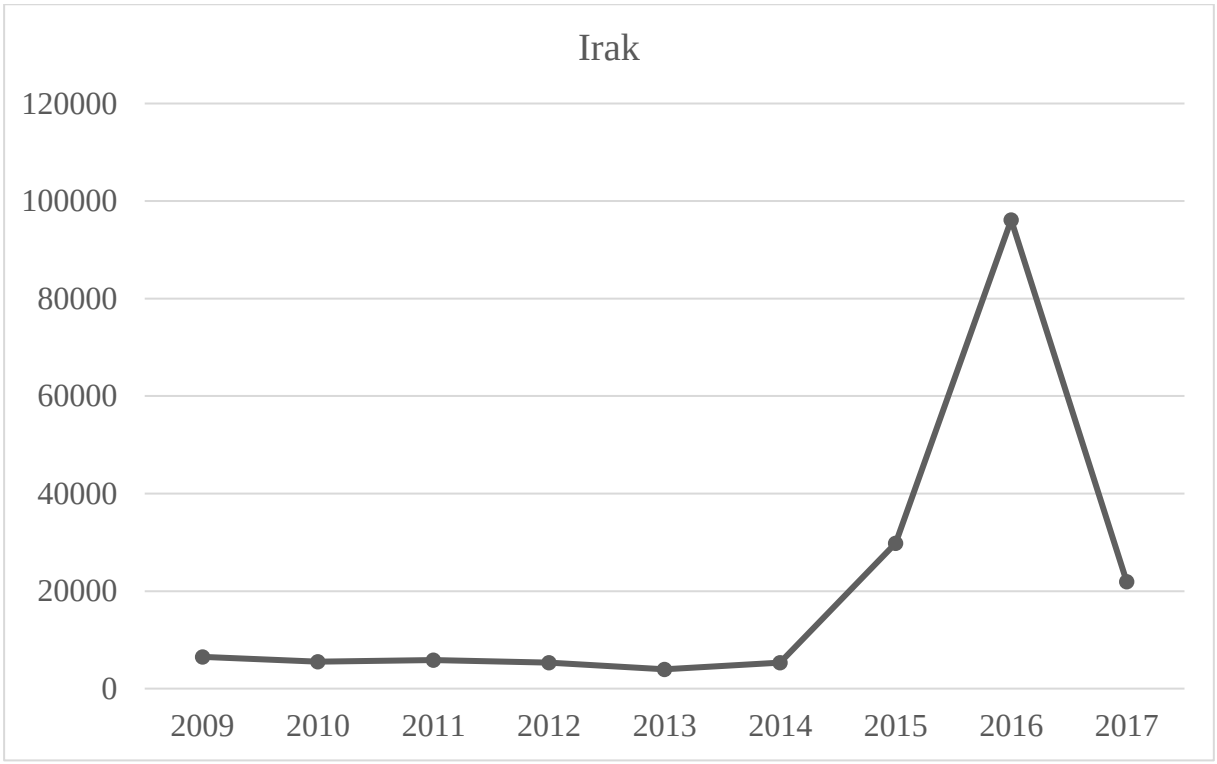
Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

A1.12 Deutsche ODA-Mittel an den Irak (in Millionen US-Dollar), 2009-2017



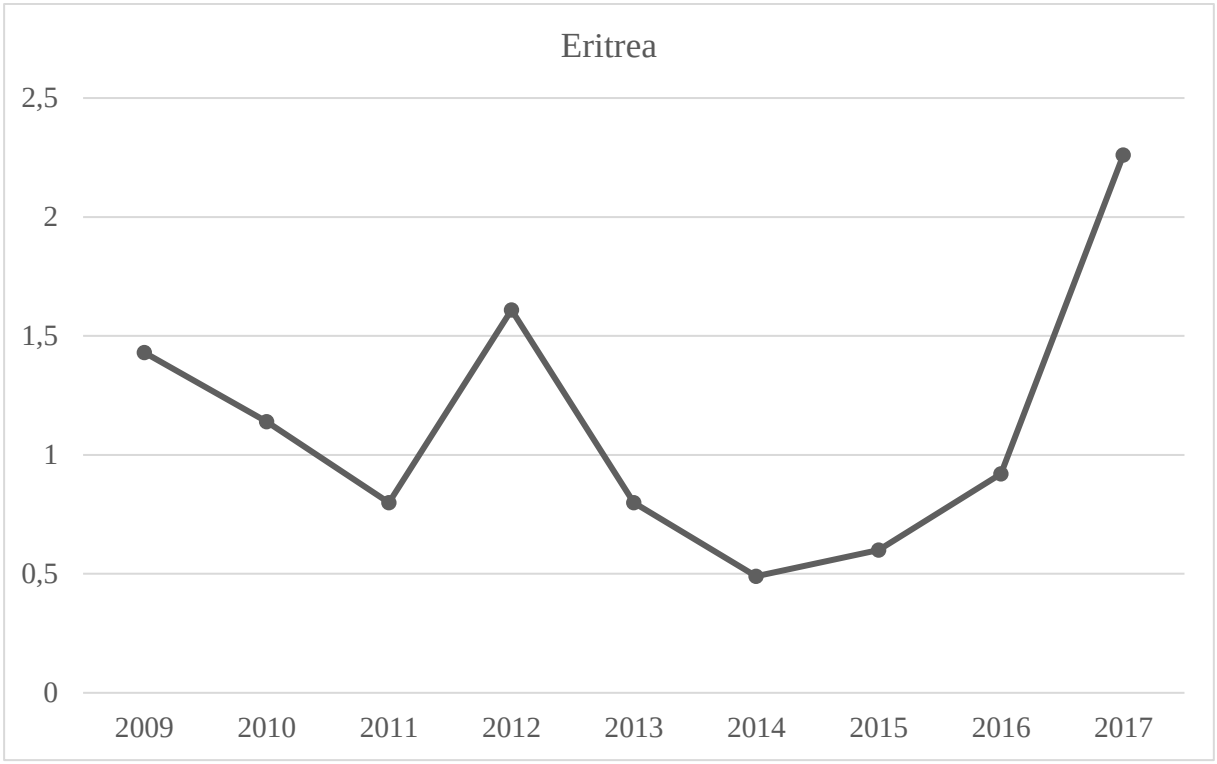
Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

A1.13 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017



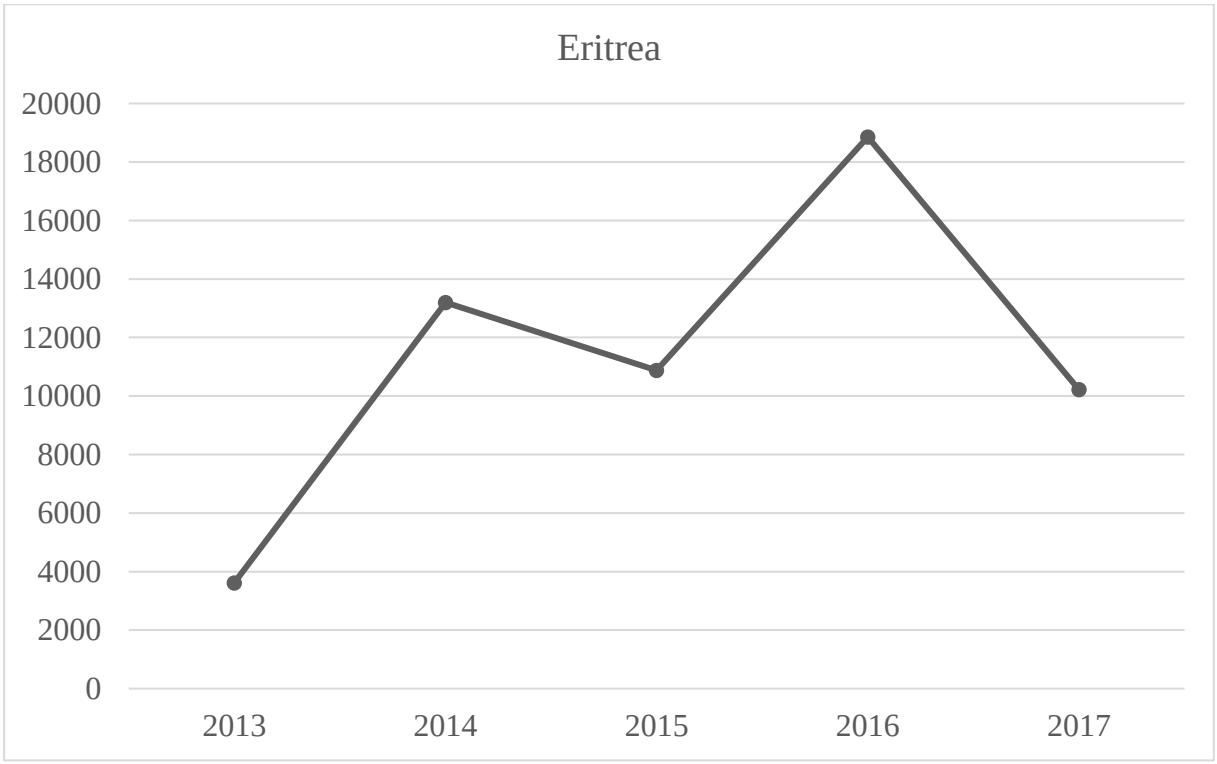
Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

A1.14 Deutsche ODA-Mittel an Eritrea (in Millionen US-Dollar), 2009-2017



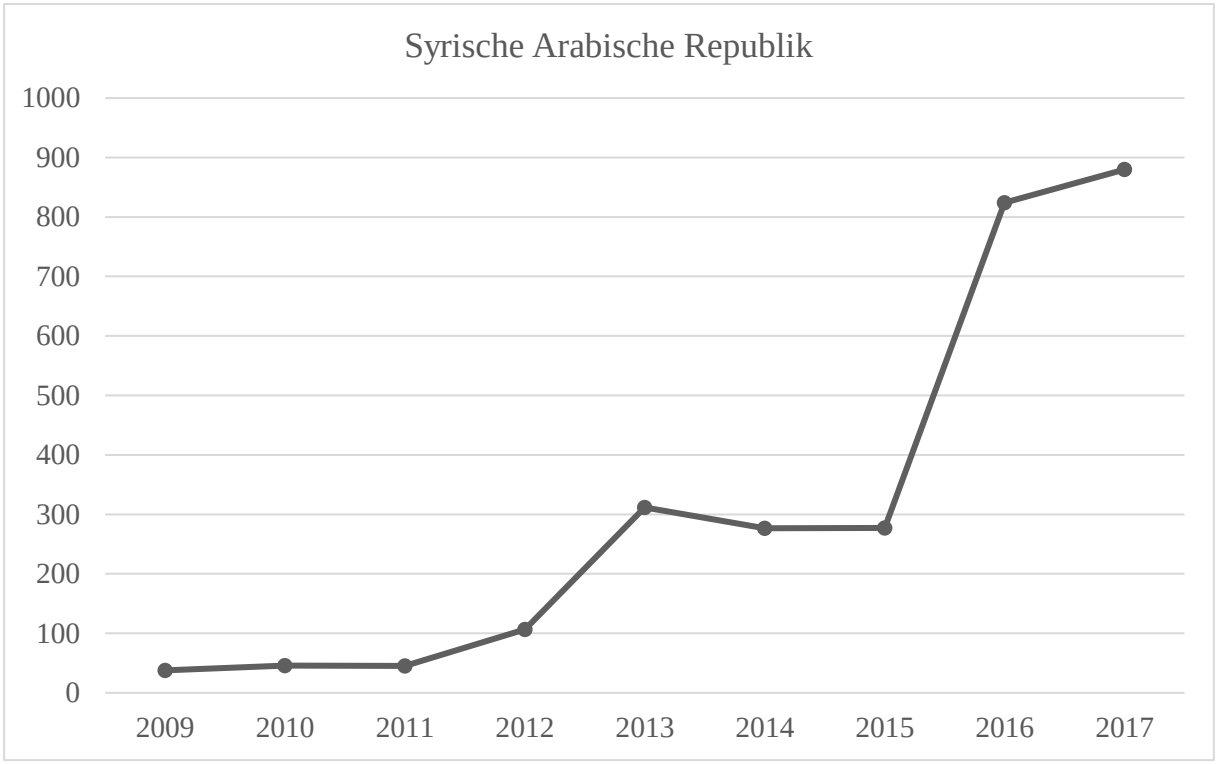
Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

A1.15 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit eritreischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017



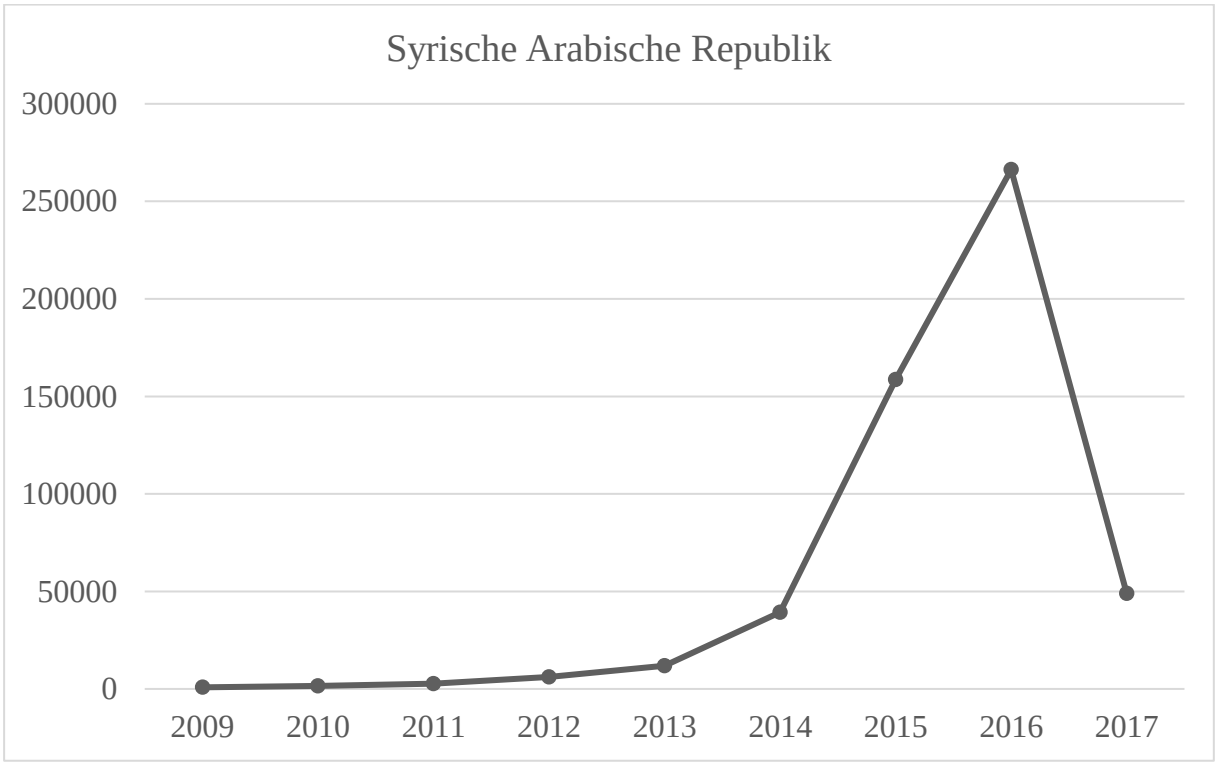
Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

A1.16 Deutsche ODA-Mittel an Syrien (in Millionen US-Dollar), 2009-2017



Quelle: stats.oecd.org/qwids (2019), eigene Darstellung, Sectors: total bilateral aid to all sectors, flows: ODA, donor: Germany; amount: current prices (USD millions), latest update: 20.12.2018.

A1.17 Erstanträge auf Asyl in Deutschland von Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit, 2009-2017



Quellen: BAMF 2017b: 19, 2017a: 8, 2018a: 8, eigene Darstellung

A1.18 Anzahl Projekte mit den Begriffen Flucht oder Migration im Titel, 2009-2018

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl Projekte	0	1	0	1	3	2	10	8	12	3

A2 – Kodierleitfaden

A2.1 Dimension 1: Finanzierung von EZ durch öffentliche Mittel, bilateral

KATEGORIE	DEFINITION	ANKERBEISPIELE	KODIERREGEL
1. ODA-Quote	Thematisierung und Bewertung der deutschen ODA-Quote.		Es geht hier ausschließlich um die finanzielle Unterstützung durch die ODA-Mittel. Dabei werden bilaterale als auch multilaterale Mittel beachtet.
1.1 Erreichung der 0,7 % ODA	Aussagen bezüglich der Erreichung des 0,7 %-Ziels der ODA.	„Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel. Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen." (CDU/CSU und SPD 2018: 162) „Danach ist es weiterhin das Ziel der Bundesregierung, ausgehend von einer ODA-Quote von mindestens 0,4 Prozent, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter auf einem Finanzierungspfad zum ‚0,7 Prozent-Ziel' (Anteil der Official Development Assistance (ODA) am Bruttonationaleinkommen) zu erhöhen." (CDU/CSU und SPD 2013: 128)	Wünsche, Forderungen oder Bewertungen der Erreichung der 0,7 %. Auch einfache Nennungen und Hinweise auf die Verpflichtung werden aufgenommen.
1.2 Einsatz der ODA- Mittel	Aussagen darüber, wofür die ODA-Mittel eingesetzt werden sollen bzw. aktuell eingesetzt werden.	„Die Bundesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, dass sich die Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit) im Verhältnis 1:1 zum Verteidigungs-	Die Textstellen müssen unmittelbar auf die ODA-Mittel bezogen werden. Dazu zählen auch Aussagen zur Länderprogrammierbaren Hilfe (CPA).

		haushalt erhöhen.“ (Bundesregierung 2018c: 5)	
1.3 Höhe der ODA-Mittel	Aussagen über die Aktuelle Höhe von ODA-Ausgaben im Bereich der EZ.	„Die ODA-Schätzung der OECD für 2015 liegt für Deutschland bei 0,52 Prozent gegenüber 0,42 Prozent im Jahr 2014 und 0,38 Prozent im Jahr 2013. Damit ist Deutschland in absoluten Zahlen weltweit der drittgrößte Geber nach den USA und Großbritannien.“ (Bundesregierung 2016a: 3)	Hier geht es weniger um das zu erreichende Ziel, sondern um die aktuelle Höhe und die Bewertung dieser.
2. Empfänger der deutschen ODA-Mittel	An wen gehen die ODA-Mittel und welche Begründungen werden abgegeben.		Hier geht es um konkrete Aussagen, welche Länder/Regionen aktuell Gelder erhalten oder in Zukunft erhalten soll(t)en.
2.1 In-donor costs	Ausgaben der ODA-Mittel innerhalb Deutschlands.	„Die Kosten für Flüchtlinge in Deutschland beinhalten die Unterkunft und Versorgung und seit 2015 auch die Kosten für (Grund-)Bildung. Für die Kosten der Unterkunft und Versorgung werden aktuell insbesondere die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz herangezogen.“ (Bundesregierung 2016a: 6) „Die Regeln der OECD sehen die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der konkreten Planung und Durchführung von Entwicklungszusammenarbeit als Teil der ODA-Leistung an.“ (Bundesregierung 2016a: 4)	Hier geht es vor allem um die Begründungen für die Flüchtlingsausgaben im Inland, aber auch für andere Ausgaben im Inland, u. a. für die Verwaltung oder Studienplätze. Auch die Vorgaben der OECD werden aufgenommen.
2.2 LDCs	Aussagen über die Ausgaben für LDCs.	„Wir werden die Zusage, 0,15-0,2 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens für die ärmsten Länder (LDCs) bereit zu stellen, so schnell wie möglich erreichen.“ (CDU/CSU und SPD 2018: 162)	Es werden Bewertungen aber auch Versprechungen aufgenommen, die sich konkret mit dem Einsatz von ODA-Mitteln in LDCs befassen.
2.3 Sonstige	Ausgaben für andere Länder, die keine LDCs sind.	„Hauptempfängerstaaten deutscher Entwicklungshilfe waren im Jahr 2015 Schwellenländer wie China mit rund 676 Mio. Euro, Indien mit rund 1,1 Mrd. Euro und Südafrika mit rund 380 Mio. Euro.“ (Bundesregierung 2018a: 1)	Hinweise oder Nennungen von Ländern, die durch die deutsche ODA unterstützt werden. Auch Bewertungen werden aufgenommen.

3. Struktur/Aufbau	Gründe für die Verteilung von ODA-Mitteln und die Entscheidungsfindung.		
3.1 Bedingungen	Aufgestellte Bedingungen, damit ein Land durch Deutschland finanziell unterstützt wird.	„Das BMZ bewertet jährlich die Regierungsführung und Entwicklungsorientierung von Kooperationsländern mit bilateralen Länderprogrammen. Dies geschieht anhand von fünf Kriterien: (…)." (Bundesregierung 2018a: 5)	Aussagen, die Grundlagen voraussetzen, damit eine Unterstützung von Ländern durchgeführt werden sollte. Dabei geht es vor allem um Kriterien und weniger um die aktuelle Lage vor Ort.
3.2 Vorgehen	Hinweise darauf, wie die Entscheidungen getroffen werden und wer diese trifft.	„Das BMZ formuliert die Leitlinien der deutschen Entwicklungspolitik. Es legt die Arbeitsschwerpunkte fest, schließt Verträge mit den Partnerländern und sichert die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit." (BMZ 2014b: 32)	Formelles Vorgehen bei der Entscheidungsfindung.

A2.2 Dimension 2: Entwicklung der allgemeinen Gründe und Ziele der deutschen EZ

KATEGORIE	DEFINITION	ANKERBEISPIEL	KODIERREGEL
1. Langfristige Verbesserung der Lebensumstände vor Ort	Durchführung von EZ aufgrund der Situation in dem Empfängerland.		Es muss hierbei eindeutig sein, dass es sich um Ziele der EZ handelt, um das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern. Eigeninteressen spielen dabei keine Rolle.
1.1 Armut/ Hunger bekämpfen	Ziel von deutscher EZ ist es, Hunger und Armut zu bekämpfen.	„Armutsreduzierung ist eines der Kernziele der deutschen Entwicklungspolitik." (BMZ 2013: 70) „Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten." (BMZ 2013: 9) „Entwicklungspolitik wird dazu beitragen, die weiterhin bestehende Armut in all ihren Facetten durch bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren." (BMZ 2013: 27)	Hier geht es darum, dass Armut und Hunger als Hauptziel von EZ dargestellt werden.
1.2 Klima/ Umwelt	Ziel von deutscher EZ ist es, das Klima und die Umwelt zu schützen.	„Klimapolitik ist Entwicklungspolitik! Fast 90 PROZENT der Mittel, die die Bundesregierung für die internationale Klimafinanzierung zur Verfügung stellt, werden vom BMZ umgesetzt."(BMZ 2018b: 8) „Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt, richten. Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen unterstützt werden." (CDU/CSU und SPD 2013: 129)	Hier geht es darum, dass Klima und Umwelt als Hauptziel von EZ dargestellt werden. Dazu gehören auch Schlagworte wie Klimawandel.

1.3 Bildung	Ziel von deutscher EZ ist es, die Bildung in Entwicklungsländern zu fördern.	„Eine Politik, die auf Selbstbestimmung und individuelle Chancen setzt, investiert in Bildung. Bildung bedeutet aber nicht nur Entwicklung des Einzelnen, sondern stärkt auch Gesellschaften als Ganzes." (BMZ 2013: 72) „Die Förderung von Bildung ist seit 2009 ein Schlüsselbereich der deutschen Entwicklungspolitik." (BMZ 2017a: 89)	Hier geht es darum, dass Bildung als Hauptziel von EZ angesehen wird. Dabei ist unwichtig, welche Art und welcher Grad von Bildung gemeint ist.
1.4 Flucht	Ziel von deutscher EZ ist es, Menschen auf der Flucht oder Migration zu unterstützen.	„Die Bewältigung der Fluchtbewegungen hat für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität." (BMZ 2018b: 6) „Es geht darum, die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu reduzieren, Flüchtlinge zu unterstützen oder sie nach ihrer Rückkehr wieder in die Gesellschaft einzugliedern." (BMZ 2014b: 23)	Hier geht es darum, dass die Unterstützung von Flüchtlingen als Hauptziel von EZ angesehen wird. Dabei geht es nicht um Flüchtlinge, die bereits in Deutschland sind.
1.5 Menschenrechte	Ziel von deutscher EZ ist es, die Menschenrechte vor Ort zu schützen und ihre Rechte zu stärken.	„Ziel der Bundesregierung ist es, dass der Menschenrechts- und Genderansatz stärker in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verankert wird." (BMZ 2008: 46) „Leitprinzip ist dabei der Schutz der Menschenrechte." (BMZ 2011: 8)	Hier geht es darum, dass die Verteidigung und Wahrung von Menschenrechten als Hauptziel von EZ angesehen wird.
1.6 Wirtschaft	Ziel von deutscher EZ ist es, die Wirtschaft in den Entwicklungsländern zu verbessern.	„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Partnerländern ist der beste Weg, Einkommen für die Menschen vor Ort zu schaffen und so Armut zu bekämpfen." (Bundesregierung 2011b) „Es gibt keine nachhaltige Entwicklung ohne nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit." (BMZ 2011: 9)	Hier geht es darum, dass die Wirtschaft in den Entwicklungsländern als Hauptziel von EZ angesehen wird. Dazu zählen jedoch nicht die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands.
1.7 Sicherheit	Ziel von deutscher EZ ist es, die Sicherheit in Ihren Ländern zu ermöglichen.	„Auf Dauer kann es aber keine Entwicklung ohne Sicherheit und keine Sicherheit ohne Entwicklung geben." (Bundesregierung 2017b: 5) „Sicherheit und Entwicklung gehören zusammen." (BMZ 2013:	Hier geht es darum, dass die Sicherheit in den Entwicklungsländern als Hauptziel von EZ angesehen wird. Dabei spielt die Sicherheit für Deutschland

		2)	keine Rolle.
2. Kurzfristige Verbesserung der Lebensumstände vor Ort	Durchführung von EZ aufgrund akuter Krisen in den Empfängerländern. Dazu gehört Humanitäre Hilfe, Hilfe aufgrund von Kriegen oder Naturkatastrophen.		Es geht hier um die Verfolgung von Not- und Übergangshilfe, ohne dass dabei eindeutig eigene Interessen verfolgt werden. Die Ziele sollten daher erkennbar sein.
2.1 Nothilfe/ Soforthilfe	Hilfe aufgrund einer akuten Notsituation.	„Angesichts der extremen Dürre und der Hungersnot am Horn von Afrika hat Deutschland Soforthilfe in Höhe von 30 Millionen Euro geleistet." (Bundesregierung 2011a: 77) „In akuten Krisen ist es für uns selbstverständlich, dass unsere zivilen Instrumente – wo immer möglich – im Vordergrund stehen." (Bundesregierung 2017b: 5)	Hier geht es darum, dass eine akute Situation besteht, in der man schnell helfen muss. Dazu zählen Naturkatastrophen, Krieg, Hungersnot u. a.
2.2 Übergangshilfe	Unterstützung bei dem Aufbau von Strukturen, um eine nachhaltige EZ zu ermöglichen.	„Auch für die Übergangshilfe (Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur) wurden die finanziellen Mittel maßgeblich aufgestockt, insbesondere um die Notwendigkeit von immer wiederkehrender kurzfristiger Hilfe zu reduzieren." (BMZ 2017a: 133)	Aussagen zu dem Ziel, die Strukturen vor Ort zu verbessern und somit langfristig helfen zu können. Eigeninteressen spielen keine Rolle.
3. Handeln aufgrund eigener Interessen	Durchführung von EZ um sich einen eigenen Vorteil zu verschaffen; der Fokus liegt auf Deutschland.		Mit EZ ist vordergründig das Ziel, eigene Interessen zu verfolgen und die innenpolitischen Themen zu befriedigen.
3.1 Interessen deutscher Bürger	Die Interessen der eigenen Bevölkerung stehen im Vordergrund bei der Entscheidungsfindung.	„Unser politisches Handeln wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren." (CDU/CSU und FPD 2009: 114) „Nur eine Entwicklungspolitik, die in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, findet das Wohlwollen von Bürgern, die dafür ihr Engagement, ihre Stimme und ihre Steuergelder geben." (BMZ 2012: 8)	Dazu gehören auch die Sicherheit und die Forderungen aus der eigenen Bevölkerung.

3.2 Wirtschaftliche Interessen	Wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund bei der Ausrichtung deutscher EZ.	„Entwicklungspolitische Entscheidungen müssen die Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, angemessen berücksichtigen." (CDU/CSU und FPD 2009: 56) „Zugleich dient Entwicklungspolitik auch deutschen Interessen: Als führende Exportnation profitiert Deutschland davon, wenn in anderen Ländern der Lebensstandard steigt." (Bundesregierung 2012b: 76)	Aussagen darüber, dass mit EZ die eigenen Interessen der Wirtschaft verfolgt werden. Es soll möglichst wenig auf die Wirtschaftlichen Vorteile der Entwicklungsländer geachtet werden.
3.3 Sicherheit	Die Sicherheit des eigenen Landes soll verfolgt werden.	„Es geht darum, Konfliktursachen zu bekämpfen, staatliche Strukturen zu festigen sowie Staat und Gesellschaft darin zu bestärken, Konflikte friedlich zu lösen, um so ein Umfeld zu gestalten, das eine friedliche Entwicklung ermöglicht. Dies kommt auch den Menschen in Deutschland zu Gute, denn bewaffnete Konflikte und Kriminalität machen nicht an nationalen Grenzen Halt." (BMZ 2013: 98)	Dazu zählen Aussagen, die eine Bedrohung durch Entwicklungsländer sehen und bekämpfen wollen.
3.4 Sonstige Vorteile	Aussagen, welche die eigenen Interessen verfolgen, aber nicht aufgrund der Bevölkerung oder der Wirtschaft.	„Von Entwicklungszusammenarbeit profitieren nicht nur die Empfängerländer, sondern auch die Geber." (BMZ 2011: 4)	Eigeninteressen müssen klar erkennbar sein.

A2.3 Dimension 3: Bewertung der Themen Flucht und Migration durch die deutsche Bundesregierung

KATEGORIE	DEFINITION	ANKERBEISPIEL	KODIERREGELN
1. Migration als Chance	Die Zunahme an Migration stellt für Deutschland eine Chance dar, die genutzt werden muss.		Migration wird nicht als Bedrohung angesehen und als etwas positives dargestellt.
1.1 Für die Herkunftsstaaten	Die Migration von Personen aus Entwicklungsländern hat Vorteile für die Migranten und deren Familien.	„Migration war und ist fester Bestandteil globaler Veränderungsprozesse. Geregelte Wanderungsbewegungen bieten großes Potenzial für Entwicklung, etwa durch Wissens- oder Geldtransfers sowie Investitionen von	Es geht nur um die positiven Aspekte, welche Migration für die Migranten selber haben. Dabei geht es um eine Verbesserung der Lebenslage aber auch um Rücküberweisungen in die

		Migrantinnen und Migranten in ihren Heimatländern.“ (Bundesregierung 2017b: 27)	Heimatländer.
1.2 Für Deutschland	Die Migration von Personen aus Entwicklungsländern hat Vorteile für Deutschland.	„Angesichts der im internationalen Vergleich guten Wirtschaftslage hat Deutschland seit Jahren in verschiedenen Regionen und Berufszweigen Fachkräfteengpässe zu verzeichnen. Nach den aktuellen Prognosen werden sich diese Engpässe aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärfen.“ (Bundesregierung 2016c)	Es geht um die positiven Aspekte, welche Migration für Deutschland hat. Dazu gehört die Bewältigung des Fachkräftemangels.
2. Hilfe ist Notwendig	Den Flüchtlingen muss in Deutschland als auch in den Herkunftsländern und den Anrainerstaaten geholfen werden.	„Die Bewältigung der Fluchtbewegungen hat für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität. Wir investieren in Entwicklung und schaffen Perspektiven in den Herkunftsländern. Wir helfen Flüchtlingen, wie auch den Ländern, Städten und Gemeinden, die sie aufnehmen.“ (BMZ 2018b: 6)	Es geht nicht um Eigeninteressen, sondern nur um die Hilfe der Menschen in Not., die von Flucht und Migration betroffen sind.
3. Es besteht eine Gefahr, die reguliert werden muss	Die Flüchtlinge und Migranten stellen eine Gefahr für Deutschland dar, die unter Kontrolle gebracht werden muss		
3.1 Bedrohung	Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt eine Gefahr für Deutschland und seine Bevölkerung dar.	„Im Gegensatz dazu bergen irreguläre Migrations- und Fluchtbewegungen große Risiken, sowohl für die Migranten und Flüchtenden selbst, als auch für die Transit- und Aufnahmeländer.“ (Bundesregierung 2017b: 27)	Die Einschätzung der aktuellen Situation wird als gefährlich eingestuft. Dabei geht es vor allem um Gefahren für Deutschland.
3.2 Steuerung/ Ordnung	Die aktuelle Situation muss geregelter vorgehen und Regeln aufgestellt werden.	„Die Bundesregierung möchte Flucht- und Migrationsbewegungen im Sinne ihrer nationalen und europäischen Interessen sowie unter Beachtung ihrer internationalen und humanitären Verpflichtungen aktiv steuern und gestalten. Sie berücksichtigt dabei stets die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit Deutschlands.“ (Bundesregierung 2016c: 3)	Migration und Flucht müssen gesteuert werden. Hier sind insbesondere auch die Gründe für diese Einschätzung von Bedeutung.
4. Projekte	Es müssen Projekte geschaffen werden, welche die hohe Anzahl an Asylantrag-		Es geht vor allem um die Ziele, welche mit den Projekten verfolgt werden.

	stellern in Deutschland verringert.		
4.1 Projekte im Herkunftsland	Das Ziel von deutschen Projekten der EZ ist die Verbesserung der Situation vor Ort.	„Gerade die mittel- und langfristige Minderung struktureller Fluchtursachen ist Kerngeschäft der Entwicklungspolitik." (BMZ 2017a: 48)	Auch die Ziele dieser Projekte sollen aufgenommen werden und insbesondere auf „Fluchtursachenbekämpfung" geachtet werden. Da auch die Wichtigkeit dieser Projekte dargestellt werden soll, ist auch die Häufigkeit der Nennung dieser Projekte relevant.
4.2 Projekte in Deutschland	Projekte für Neuzugewanderte, die in Deutschland angeboten werden.	„Um Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren möchten oder die keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, noch besser unterstützen zu können, verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen im Bereich freiwillige Rückkehr und Reintegration." (BMZ 2017a: 58) „Wer eine gute Bleibeperspektive hat, soll frühzeitig in den Arbeitsmarkt integriert werden." (Bundesregierung 2015a: 6)	Die Ziele von Integrationsprojekten und Rückkehrprojekten sollen mitaufgenommen werden. Da auch die Wichtigkeit dieser Projekte dargestellt werden soll, ist auch die Häufigkeit der Nennung dieser Projekte relevant.

A2.4 Dimension 4: Im Fokus stehende Regionen

KATEGORIE	DEFINITION	ANKERBEISPIELE	KODIERREGEL
1. bestimmte Länder/ Regionen/ Kontinente	Explizite Nennung von Ländern, Regionen und Kontinenten, die aktuell unterstützt werden und/oder in Zukunft mehr unterstützt werden sollten.		
1.1 Afrika	Afrika als Kontinent steht im Fokus der deutschen EZ.	Mit der „Partnerschaft mit Afrika" setzt die Bundesregierung – nicht nur während der deutschen G20-Präsidentschaft – einen besonderen Schwerpunkt auf diesen Kontinent. Ich bringe deshalb auch meine Vorschläge für einen Marshallplan mit Afrika in die Diskussion mit ein. „Fördern und F ordern" ist auch hier das Prinzip der	Es wird direkt mehr Unterstützung in Afrika gefordert, angeboten oder auf die aktuelle Unterstützung verwiesen. Eine einfache Nennung reicht nicht aus.

		Zusammenarbeit. Mit den bisher erzielten Fortschritten auf dem afrikanischen Kontinent können wir alle nicht zufrieden sein.“ (BMZ 2017a: 5) „Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit 2014 ist Afrika.“ (Bundesregierung 2014c: 16)	
1.2 Naher Osten	Der Nahe Osten als Region steht im Fokus der deutschen EZ.	„Deutschland hat die einmalige Chance, durch partnerschaftliche Unterstützung die demokratischen Entwicklungen in Nordafrika und dem Nahen Osten zu fördern.“ (Bundesregierung 2011a: 77)	Es wird direkt mehr Unterstützung im Nahen Osten gefordert, angeboten oder auf die aktuelle Unterstützung verwiesen. Eine einfache Nennung reicht nicht aus.
1.3 Sonstige Länder/ Regionen / Kontinente	Weitere Länder, Regionen oder Kontinente, die im Fokus der deutschen EZ stehen.	Mit der Ausrichtung der Afghanistan-Konferenz 2011 in Bonn hat die Bundesregierung bestätigt, dass der Wiederaufbau und die Stabilisierung Afghanistans weiterhin eine hohe Priorität genießt.“ (BMZ 2013: 100)	Es wird direkt mehr Unterstützung gefordert, angeboten oder auf die aktuelle Unterstützung verwiesen. Eine einfache Nennung reicht nicht aus.
2. Krieg- und Krsengebiete	Bestimmte Länder oder Regionen stehen aufgrund der aktuellen Situation vor Ort im Fokus und sollen daher mehr unterstützt werden bzw. erhalten aktuell mehr Unterstützung.	„Die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet, mehr Verantwortung zu übernehmen und den Menschen in Krisenregionen eine Lebensperspektive zu ermöglichen – dafür wurden im Jahr 2015 insgesamt rund 4,2 Milliarden Euro ODA-Mittel in fragilen Staaten eingesetzt.“ (BMZ 2017a: 127)	Die aktuelle Situation in Ländern und Regionen sind die Gründe für die aktuelle Unterstützung oder mehr Unterstützung. Dabei werden auch Aussagen über die bereits genannten Regionen aufgenommen (Afrika, Naher Osten).
3. Entwicklungsländer	Entwicklungsländer stehen im Fokus deutscher EZ	„Es setzt sich dafür ein, dass Menschen in Entwicklungsländern Perspektiven und Chancen vor Ort entwickeln und nicht mit Flucht und Vertreibung konfrontiert werden.“ (BMZ 2018c: 8) „Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, darf niemand zurückgelassen werden. Wenn die ärmsten 40 Prozent der Weltbevölke-	Insbesondere Entwicklungsländer erhalten mehr Unterstützung bzw. sollen mehr Unterstützung erhalten. Auch die Begründungen für diese Einschätzungen sind relevant.

		rung nicht erreicht werden, können die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden. (BMZ 2018c: 33)	

A3 - Dokumente

A3.1 Allgemeiner Leitfaden für die Experteninterviews

Dieser Leitfaden dient dazu, die Befragung zu strukturieren und sicherzustellen, dass alle Aspekte behandelt werden, die für das Forschungsinteresse von Bedeutung sind. Der thematische Aufbau soll den Befragten als auch den Interviewer dabei unterstützen, die Rahmenbedingungen der Befragung nachzuvollziehen. Der Gesprächsverlauf soll dennoch offen gestaltet werden und kann daher von der präsentierten Struktur abweichen. Dieses Dokument erhält einen Überblick über alle möglichen Fragen, ein individueller Leitfaden wird akteursspezifisch erstellt.

1. Einführungsfragen

- Kurze Vorstellung: Wer sind Sie? Was machen Sie?
- Stellungnahme: Je nach Fachbereich

2. Themenkomplex (1): Projekte der deutschen EZ

„Im Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik der letzten zehn Jahre stehen vor allem die Prävention und Eindämmung der Folgen von wachsenden globalen Herausforderungen wie Klimawandel und (transnationale) Konflikte (2017a)."

- Was sind die Hauptziele deutscher EZ?
- Welche Erwartungen werden an die EZ gestellt?
- Wie hat sich die EZ in den letzten Jahren entwickelt?
- Welchen Einfluss hat die Zunahme von Asylantragszahlen auf deutsche EZ?
- Was beeinflusst die Ausrichtung der EZ?
- Welche Änderungen (Standorte/Länder/Projekte) gibt es seit 2015?
- Wird EZ seit 2015 intensiver verfolgt?
- Wie viel Einfluss hat die deutsche Innenpolitik?
- Projekte der Rückführung – Welchen Zweck verfolgen diese?
- Wie wichtig ist die Bekämpfung von Fluchtursachen für die deutsche EZ?
- Zielt EZ aktuell vor allem darauf ab, Fluchtursachen zu bekämpfen? – Welchen Stellenwert hat es?
- Findet eine Fokussierung auf die Herkunftsländer von Flüchtlingen statt?

3. Themenkomplex (2): Die Finanzierung deutscher Entwicklungszusammenarbeit

„2016 hat Deutschland zum ersten Mal die sogenannte ODA-Quote (Official Development Assistance) von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) und somit das mit der UN vereinbarte Ziel erreicht, bevor diese wieder zurückging. Die Betrachtung der deutschen ODA-Quote zeigt, dass ein großer Anteil aus Inlandskosten für die Immigration geflüchteter Personen im ersten Jahr besteht (2017b). Die Anrechnung dieser sogenannten *in-donor-costs* ist zwar regelkonform, aber nicht unumstritten. Zieht man die Inlandskosten ab,

liegt die deutsche ODA-Quote bei 0,52 % und somit weit unter dem vereinbarten Ziel. In Bezug auf die tatsächlich transferierten ODA-Mittel lässt sich feststellen, dass gerade die Zahlungen an LDC-Länder (least developed countries) kaum steigen. Auch über den „Marshall Plan mit Afrika" werden viele der LDC-Länder kaum erreicht (Knoll und Sherriff 2017)."

- Inwiefern sind diese „In-donor costs" – Gerechtfertigt? Welche Begründungen gibt es?
- Hat eine Veränderung der Zielländer für die Unterstützung stattgefunden? Wenn ja, warum?
- Stimmen Sie zu, dass Zahlungen an die LDC Länder abgenommen haben?
- Wie effizient würden Sie den Einsatz von ODA-Mitteln bewerten?
- Findet eine Fokussierung auf die Herkunftsländer von Flüchtlingen statt?

4. Themenkomplex (3): Änderungen im politischen Diskurs

„Der aktuelle politische Diskurs in Deutschland zeigt ebenfalls einen inländischen Fokus, da Entwicklungszusammenarbeit (EZ) häufig in Zusammenhang mit „Fluchtursachenbekämpfung" oder sicherheitspolitischen Aspekten thematisiert wird. Dementgegen kritisieren zivilgesellschaftliche Akteure, dass EZ auf die Bedarfe der Menschen in den Partnerländern ausgerichtet sein müsse und nicht für innenpolitische Diskussionen instrumentalisiert werden dürfe (Deutsche Welthungerhilfe e. V. und terre des hommes Deutschland e. V. 2017). In Deutschland ist die EZ Teil der Außenpolitik und ist somit auch „(…) in deren normativen Kontexten aus Werten, Prinzipien und Zielen eingebettet." (Schmidt 2015: 29)."

- Welche Rolle spielt die aktuelle Innenpolitik für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit?
- Welche Interessen verfolgt Deutschland mit der aktuellen EZ?
- Wie relevant ist die „Fluchtursachenbekämpfung" für die aktuelle deutsche Politik?
- Welche Rolle spielt die Innere Sicherheit bei der Flüchtlingsthematik?
- Inwiefern spielt Sicherheitspolitik eine Rolle für die deutsche EZ?
- Sehen sie die deutsche Sicherheit seit 2015 stärker bedroht?

5. Schluss

- Was wurde noch nicht angesprochen?
- Möchten Sie etwas ergänzen?

A3.2 Anschreiben der Experten

Kim Elaine Singfield
Papageienstraße 8
51063 Köln
E-Mail: kimelaine.singfield@gmail.com

Organisation
Name
Adresse

Köln, Datum

Anfrage für ein Experteninterview im Rahmen einer Masterarbeit

Sehr geehrte/r Frau/Herr Expert/in,

im Rahmen meiner Masterarbeit im Fach Politikwissenschaft an der Universität zu Köln möchte ich Sie als Experte für ein Interview anfragen.
In Kooperation mit World Vision e.V. schreibe ich meine Arbeit zu dem Thema: *Die deutsche Entwicklungspolitik seit 2009*. Ziel der Arbeit ist, rückblickend auf die letzten zehn Jahre die Entwicklung und Zusammensetzung der deutschen ODA-Quote und den politischen Diskurs zum Thema Flucht und Migration der deutschen EZ zu untersuchen. Es gilt folgende Forschungsfrage zu beantworten: *Inwiefern wendet sich die EZ in Deutschland den Interessen des eigenen Landes zu? Eine Analyse entlang des Themas Flucht und Migration.* Mehr Informationen zum Thema und zur Relevanz finden Sie im beigelegten Dokument.
Die Arbeit wird nach Fertigstellung von World Vision e.V. veröffentlicht.

➔ Begründung, warum der Experte ausgewählt wurde

Weitere Informationen:
- **Zeitraum**: Januar-März 2019
- **Dauer**: 30-60 Minuten
- **Ort**: Nach Absprache, gerne auch telefonisch

Die von Ihnen getätigten Aussagen werden vertraulich behandelt und in der Arbeit nicht eindeutig Ihnen zugeordnet werden können. Die Verwendung eines Aufnahmegerätes wird nur nach Rücksprache eingesetzt. Da ein Leitfadengestütztes Interview durchgeführt werden soll, können auf Wunsch auch die geplanten Interviewfragen bereits vor dem Interview mitgeteilt werden.

Um einen Termin für die Durchführung des Interviews mit Ihnen abzusprechen und um eventuelle Rückfragen zu beantworten, melde ich mich am **Datum** noch einmal **telefonisch** bei Ihnen. Falls Sie an diesem Termin verhindert sein sollten oder bereits zuvor Kontakt mit mir aufnehmen möchten, erreichen Sie mich unter der oben angegebenen E-Mail Adresse.

Ich bedanke mich im Voraus für ihre Mitarbeit und freue mich sehr, wenn Sie mich bei meiner Arbeit als Experte/Expertin unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Kim Elaine Singfield

evtl. Anlagen

Literaturverzeichnis

Andersen, U. & Woyke, W. (Hrsg.). (2013). *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.* Heidelberg: Springer VS.

Auswärtiges Amt. (2018). *Die Welt im Umbruch. Menschen helfen, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern.* Berlin.

Bade, K. (2018). Einwanderungsgesellschaft in der "Flüchtlingskrise". *Historische Sozialforschung. Supplement, Historische Migrationsforschung (30)*, 351–363.

Behrendes, U. (2016). Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und ihre Folgen Wahrnehmungsperspektiven, Erkenntnisse und Instrumentalisierungen. *Neue Kriminalpolitik, 28 (3)*, 322–343.

Beier, C., Rapp, K., Schumann, A. v. & Tonscheidt, S. (2018). *Deutschland in den Augen der Welt. Ergebnisse der GIZ-Erhebung 2017/2018.* Eschborn/Bonn.

Beine, M., Docquier, F. & Rapoport, H. (2001). Brain drain and economic growth. Theory and evidence. *Journal of Development Economics, 64 (1)*, 275–289.

Betz, J. (2015). Umbruch in der Entwicklungsfinanzierung? *Aus Politik und Zeitgeschichte, 65 (7-9)*, 23–29.

Bienen, D., Freund, C. & Rittberger, V. (1999). *Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik. Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus.* Tübingen: Inst. für Politikwissenschaft.

Böckler, N., Hoffmann, J. & Meloy, J. R. (2017). "Jihad Against the Enemies of Allah". The Berlin Christmas Market Attack from a Threat Assessment Perspective. *Violence and Gender, 4 (3)*, 73–80.

Bohnet, M. (2015). *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen.* Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH; UVK/Lucius.

Bohnet, M., Klingebiel, S. & Marshall, P. (2018). *Die Struktur der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Hintergründe, Trends und Implikationen für das BMZ und andere Bundesressorts.*

Brand, A. (2016). Sicherheit über alles? Die schleichende Versicherheitlichung deutscher Entwicklungspolitik. *PERIPHERIE, 31*, 209–235.

Brummer, K. & Oppermann, K. (2014). *Außenpolitikanalyse.* München: Oldenbourg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2017a). *Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe Dezember 2017.* Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2017b). *Das Bundesamt in Zahlen 2016. Asyl, Migration und Integration.* Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2018a). *Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe November 2018.* Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2018b). *Laufende Integrationsprojekte zum Stand 01.04.2018. Projektatlas 2. Quartal 2018.* Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). (2019). *Aktuelle Zahlen zu Asyl. März 2019.*

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). (2018). *Masterplan Migration. Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung.* Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2008). *Dreizehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung.*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2011). *Deutsche Entwicklungspolitik auf einen Blick.* Rostock.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2012). *Die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik.*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2013). *14. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung. Weißbuch zur Entwicklungspolitik.* Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2014a). *Die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit. EINEWELT - Unsere Verantwortung.* Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2014b). *Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. EINEWELT - Unsere Verantwortung.* Paderborn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2016). *Deutsche ODA-Quote 2015 steigt auf 0,52 Prozent. Neue OECD-Zahlen.*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2017a). *Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik. 15. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung.* Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2017b). *Neue OECD-Zahlen. Deutsche ODA-Quote steigt bedingt durch Flüchtlingsausgaben im Inland erstmals auf 0,7 Prozent.* Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2017c). *Visualisierungsportal IATI-Daten*. http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/iati/index.jsp (zuletzt geprüft am 25.10.2018).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2018a). *Lexikon. Entwicklungszusammenarbeit*. https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungszusammenarbeit.html (zuletzt geprüft am 9.12.2018).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2018b). *Deutsche Entwicklungszusammenarbeit wirkt. Beispiele im Überblick.*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2018c). *Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik. Ressortbericht zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs.* Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2019a). *Auswahl der Kooperationsländer*. https://www.bmz.de/de/laender_regionen/laenderliste/index.html (zuletzt geprüft am 5.5.2019).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2019b). *Glossar. Entwicklungsland*. https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungsland.html (zuletzt geprüft am 11.5.2019).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2019c). *Leitfaden "Was ist Official Development Assistance (ODA)?* http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/hintergrund/leitfaden/index.html (zuletzt geprüft am 8.2.2019).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (2019d). *Lexikon*. https://www.bmz.de/de/service/glossar/ (zuletzt geprüft am 4.5.2019).

(2018). *Bundesregierung rechnet sich die ODA-Quote schön.* Berlin.

(2017). *Bundestagswahl 2017. Endgültiges Ergebnis.* Pressemitteilung Nr. 34/17.

Busse, G. (2003). Leitfadengestütze qualitative Telefoninterviews. In O. Katenkamp (Hrsg.), *Praxishandbuch. Empirische Sozialforschung.* Münster: Lit-Verlag, 27–36.

CDU/CSU & FPD. (2009). *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Wachstum, Bildung, Zusammenhalt.* Berlin.

CDU/CSU & SPD. (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.* Berlin.

CDU/CSU & SPD. (2018). *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.* Berlin.

Christmann, G. (2012). Expert Interviews on the Telephone. A difficult undertaking. In A. Bogner, B. Littig & W. Menz (Hrsg.), *Interviewing experts.* Basingstoke: Palgrave Macmillan, 157–183.

Colschen, L. C. (2010). *Deutsche Außenpolitik.* Paderborn: Fink.

Crepaz, K. (2018). A Common Commitment. Civil Society and European Solidarity in the "Refugee Crisis". In T. Agarin & N. Nancheva (Hrsg.), *A European crisis. Perspectives on refugees, solidarity, and Europe.* Stuttgart: ibidem-Verlag.

Deutsche Welthungerhilfe e. V. & terre des hommes Deutschland e. V. (2011). *Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik - Neunzehnter Bericht 2011. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik.* Bonn.

Deutsche Welthungerhilfe e. V. & terre des hommes Deutschland e. V. (2017). Kompass 2030. Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik 2017.

Deutscher Bundestag. (1982). *Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vierter Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung.* Berlin.

Deutscher Bundestag. (2008). *Dreizehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Unterrichtung durch die Bundesregierung.*

Deutscher Bundestag. (2017). *Unterrichtung durch die Bunderegierung. Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und die Mittelverwendung durch die Länder im Jahr 2016.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland. (2011). *Innovative Lösungen für globale Probleme. Entwicklungszusammenarbeit.* https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/innovative-loesungen-fuer-globale-probleme-425062 (zuletzt geprüft am 9.4.2019).

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2010). *Jahresbericht der Bundesregierung 2009/2010. Deutschland stärken.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2011a). *Jahresbericht der Bundesregierung 2010/2011. Fortschritte für Deutschland.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2011b). Entwicklungspolitik nutzt beide Seiten. Interview mit Dirk Niebel. *Magazin für Europa und Internationales.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2012a). *42 Millionen Menschen auf der Flucht. Weltflüchtlingstag.* https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/42-millionen-menschen-auf-der-flucht-353772 (zuletzt geprüft am 9.4.2019).

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2012b). *Jahresbericht der Bundesregierung 2011/2012.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2014a). *Mit Mut und Investitionen in die Zukunft. Etat des Bundesentwicklungsministeriums.* https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/mit-mut-und-investitionen-in-die-zukunft-427438 (zuletzt geprüft am 3.5.2019).

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2014b). *Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und AUßenpolitik*. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/sommerpressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-848160 (zuletzt geprüft am 3.5.2019).

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2014c). *Jahresbericht der Bundesregierung 2013/2014. Deutschlands Zukunft gestalten.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2015a). *Jahresbericht der Bundesregierung 2014/2015. Herausforderungen annehmen - Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2015b). *Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2015c). *Globale Verantwortung übernehmen. Haushaltsentwurf 2016.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2016a). *Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke. Aktuelle Entwicklungen der ODA-Quote.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2016b). *Bundespressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2016c). *Strategie für Migration und Entwicklung. Aktionsplan für die Außendimension der Migrations- und Flüchtlingspolitik.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2016d). *Mehr Engagement für Flüchtlinge und für Afrika. Etat für die Entwicklungspolitik.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2017a). *Deutschland kommt voran. Jahresbericht der Bundesregierung 2016/2017.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2017b). *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2017c). *Sommerpressekonferenz von Angela Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik.*

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2018a). *Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD. Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2018b). *Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik.* Mitschrift Pressekonferenz. Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2018c). *Kleine Anfrage der Abgeordneten Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP. Engagement der Bundesregierung für die Bekämpfung von Fluchtursachen.* Berlin.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung). (2018d). *Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Boehring, Marcus Bühl, Martin Hohmann der Fraktion der AfD. Aufschlüsselung der unmittelbaren Flüchtlingskosten im Bundeshaushalt.* Berlin.

Diekmann, A. (2018). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Frank, R. & Lades, S. (2017). *Zuwanderung verliert für Deutsche an Brisanz. Ergebnisse der "Challenges of Nations 2017" des GfK Vereins.*

Freund, C. & Rittberger, V. (2001). Utalitarian-liberal foreign policy theory. In V. Rittberger & D. Peters (Hrsg.), *German foreign policy since unification. Theories and case studies.* Manchester: Manchester Univ. Press, 68–104.

Gaugele, J. & Malzahn, C. (2013). Wir lassen die Menschen nicht allein. Interview mit Dirk Niebel. *Welt am Sonntag*.

Gaugele, J. & Mülherr, S. (2014). Hilfe für Flüchtlinge ausweiten. Interview mit Gerd Müller. *Die Welt*.

Gläser, J. & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen.* Wiesbaden: VS Verlag.

Gleser, S. & Schneider, S. (2018). *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018. Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung.* Bonn.

Hahlen, J. & Kühn, H. (2016). Die Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise – Beobachtungen zur Agilität des deutschen Verwaltungssystems. *Verwaltung & Management, 22 (3)*, 157–167.

Haller, M. (2017). *Die "Flüchtlingskrise" in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information.* Frankfurt am Main.

Hanewinkel, V., Latz, V. & Oltmer, J. (2017). *Länderprofil Deutschland. Focus Migration.* Osnabrück.

Hanewinkel, V. & Oltmer, J. (2015). *Länderprofil Deutschland. Focus Migration.* Osnabrück.

Heißler, J. (2016). *Ein Jahr "Wir schaffen das". Merkels drei große kleine Worte*. https://www.tagesschau.de/inland/merkel-wir-schaffen-das-101.html (zuletzt geprüft am 22.12.2018).

Hellmann, G. & Baumann, R. (2006). *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Holmes, S. & Castaneda, H. (2016). Representing the "European refugee crisis" in Germany and beyond. Deservingness and difference, life and death. *American Ethnologist, 43 (1)*, 12–24.

Ihne, H. & Wilhelm, J. (Hrsg.). (2013). *Einführung in die Entwicklungspolitik.* Berlin: Lit.

Kaiser, R. (2014). *Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung.* Wiesbaden: Springer VS.

Keller, R. (2011). *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen.* Wiesbaden: VS Verlag.

Kirchgässner, G. (2008). *Homo Oeconomicus. The economic model of behaviour and its applications in economics and other social sciences.* Boston, MA: Springer-Verlag New York.

Klingebiel, S. (2013). *Entwicklungszusammenarbeit - eine Einführung.* Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik.

Klingebiel, S. (2015). Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 65 (7-9)*, 16–22.

Klingst, M., Krupa, M., Ladurner, U. & Lobenstein, C. (2018). Migration: Flüchtlinge – eine Bilanz. Routen schließen, Fluchtursachen bekämpfen, abschieben und helfen: Seit drei Jahren dominiert der Umgang mit Asylbewerbern und Migranten die Politik. *Die Zeit (36)*.

Knoll, A. & Sherriff, A. (2017). *Making waves. Implications of the irregular migration and refugee situation on Official Development Assistance spending and practices in Europe: A study of recent developments in the EU institutions, Denmark, Germany, the Netherlands and Sweden.* Stockholm: Expertgruppen för biståndsanalys.

Kollatz, U. (1985). *Entwicklungshilfe - Entwicklungspolitik. Fakten - Wege - Probleme.* Heidelberg: Decker.

Koselleck, R. (1982). *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland.* Stuttgart: Klett-Cotta.

Krause, U. (2011). *Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr. Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik.* Zugl.:Hagen, FernUniversität Hagen, Diss., 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.

Krempin, M. (2017). Verändert die europäische Flüchtlingskrise die Arbeit der GIZ? In H. Sangmeister & H. Wagner (Hrsg.), *Verändert die europäische Flüchtlingskrise die Entwicklungszusammenarbeit? Entwicklungszusammenarbeit im 21. Jahrhundert: Wissenschaft und Praxis im Dialog.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 37–49.

Lamnek, S. & Krell, C. (2016). *Qualitative Sozialforschung.* Weinheim, Basel: Beltz.

Landeszentrale Politische Bildung Rheinland-Pfalz. (2016). *Flüchtlinge in Deutschland. Fakten gegen die Angst.* https://politische-bildung-rlp.de/fileadmin/files/downloads/Faust/Flucht_und_Asyl.pdf (zuletzt geprüft am 18.1.2019).

Luft, S. (2017). *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen.* München: Verlag C.H. Beck.

Maihold, G. (2005). Die sicherheitspolitische Wendung der Entwicklungspolitik. Eine Kritik des neuen Profils. *Internationale Politik und Gesellschaft, 4*, 30–48.

Mayring, P. (1991). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick, E. Kardoff, H. Keupp, L. Rosenstiel & S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Forschung. Grundlagen Konzepte, Methoden und Anwendungen.* München: Beltz Verlag, 209–213.

Mayring, P. (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken.* Weinheim: Beltz.

Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken.* Weinheim: Beltz.

Meyling, J. (2016). *Analyse deutscher Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.* Hamburg.

Monath, H. & Scheffer, U. (2015). *Wir brauchen eine neue Strategie. Interview mit Gerd Müller.*

Moravcsik, A. (1997). Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics. *International Organization (IO), 51 (4)*, 513–553.

(2017). *ODA-Quote: Der Schein trügt.* Berlin.

OECD. (2012). *Development Co-operation Report 2012. Lessons in linking sustainability and development.* Paris.

OECD. (2016). *In-donor refugee costs reported as ODA by OECD-DAC members…* http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/In-donor-refugee-costs-in-ODA.pdf (zuletzt geprüft am 4.5.2019).

OECD. (2017). *In-donor refugee costs in ODA. There are five clarifications, with supporting explanatory notes.* http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/refugee-costs-oda.htm (zuletzt geprüft am 22.5.2019).

OECD. (2018). *Official development assistance (ODA) - Net Data. OECD Data.* https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm#indicator-chart (zuletzt geprüft am 25.10.2018).

OECD. (2019). *Country Programmable Aid (CPA). (indicator).* https://data.oecd.org/oda/country-programmable-aid-cpa.htm (zuletzt geprüft am 4.5.2019).

Ramsenthaler, C. (2013). Was ist "Qualitative Inhaltsanalyse"? In M. Schnell, C. Schulz, H. Kolbe & C. Dunger (Hrsg.), *Der Patient am Lebensende. Eine Qualitative Inhaltsanalyse.* Wiesbaden: Springer, 23–42.

Reuke, L. (2016). *Flüchtlingskrise und EZ: Großer Sprung? Die jüngste Eskapade der deutschen ODA-Quote.* https://germanwatch.org/de/12309 (zuletzt geprüft am 25.1.2019).

Reuke, L. & Grohse, Y. (2013). *Aus ODAstan nichts neues. Es gilt das gesprochene Wort. Die unzureichende Deutsche "Öffentliche Entwicklungsunterstützung" 2006 bis 2011/2012.* Bonn.

Riedel, D. (2010). Entwicklungspolitik darf auch interessengeleitet sein. Interview mit Dirk Niebel. *Handelsblatt*.

Roland, V., Seewann, L. & Wolf, M. (2018). Migration und Flucht. In M. Bach & B. Bach-Hönig (Hrsg.), *Europasoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 229–240.

Schäfers, M. (2009). Entwicklungshilfe muss sich überflüssig machen. Im Gespräch mit Dirk Niebel. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*.

Schmidt, S. (2015). Entwicklungszusammenarbeit als strategisches Feld deutscher Außenpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 65 (7-9)*, 29–35.

Schneider, G. & Toyka-Seid, C. (2018). *Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de*. https://www.hanisauland.de/lexikon/ (zuletzt geprüft am 1.4.2019).

Schorlemmer, P. (2009). *Herkunft der ODA-Mittel, der Einzelplan 23 und das BMZ. Eine Analyse der deutschen Entwicklungsfinanzierung.* Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik.

Schraven, B., Leininger, J. & Dick, E. (2018). Entwicklungszusammenarbeit gegen Fluchtursachen in Afrika. Kann das gelingen? *Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (43-43)*, 17–23.

Shinwari, Z. (2012). *EU Sicherheits- und Entwicklungspolitik als komplementäre Säulen. EU State-Building in Afghanistan.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Sieler, S. (2010). *Richtig eingeordnet. Das 0,7% Ziel zur Erhöhung der ODA Quote.*

Stockmann, R., Menzel, U. & Nuscheler, F. (2016). *Entwicklungspolitik. Theorien - Probleme - Strategien.* Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Szent-Ivanyi, T. (2013). *Niebel-Interview für die Berliner Zeitung*. https://www.liberale.de/content/niebel-interview-fur-die-berliner-zeitung (zuletzt geprüft am 4.5.2019).

Thiele, R. (2018). "Entwicklungshilfe ist nur ein kleiner Teil dessen, was Migration beeinflussen kann.". Ein Gespräch. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (43-45)*, 4–9.

United Nation - General Assembly. (1970). *International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade.*

VN-Generalversammlung. (2015). *Resolution der Generalversammlung. Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.*

(2019e). *Vorläufige OECD-Zahlen. Deutsche ODA-Quote 2018 verharrt bei 0,51 Prozent ohne Inlands-Flüchtlingskosten.*

Wendekamm, M. (2015). *Die Wahrnehmung von Migration als Bedrohung. Zur Verzahnung der Politikfelder innere Sicherheit und Migrationspolitik.* Zugl.: Witten, Herdecke, Univ., Diss., 2014. Wiesbaden: Springer VS.

Wilhelm, A. (2006). *Außenpolitik.* München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder.* Weinheim: Beltz, 227–255.

Witzel, A. (2000). The Problem-centered Interview. Forum: Qualitative Social Research, *1 (22)*.

World Vision e.V. (2019). *Warum es fairer ist von Entwicklungszusammenarbeit als von Entwicklungshilfe zu sprechen. Entwicklungszusammenarbeit als Ausdruck einer Partnerschaft auf Augenhöhe*. https://www.worldvision.de/2016/12/entwicklungshilfe (zuletzt geprüft am 26.1.2019).

Theorie und Praxis

Nr. 15

World Vision
ZUKUNFT FÜR KINDER